"...möchte ich Ihnen noch einmal ausdrücklich für Ihre klare und argumentativ so starke Zurückweisung der 'neuen Art der Auschwitz-Lüge' danken. ... Schließlich will ich auch sagen, daß ich Ihre Aktion als eine große Ermutigung für meinen eigenen Einsatz und den meiner Freunde und Freundinnen empfinde. Aus den Briefen an die Unterzeichner

Echo auf den Offenen Brief an die Minister Scharping und Fischer

"Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge"

Aus dem Inhalt:

Der Text des Briefes (Anzeige aus FR vom 23. 4. 99) (Seite 2)
Brief von Peter Gingold an die Bezieher dieser Dokumentation (Seite 3)
Gedanken von Werner Stertzenbach (Seite 5)
Das Echo in den Medien (Seite 7)

Darunter: Juristen-Dokumentation über falsche Minister-Dementis (Seite 35) und Konferenz der bundesweiten IG-Farben-Initiative "Deutschland wiedergutgemacht" (Seite 47)

Die Liste derer, die schrieben oder anriefen (Seite 55) Im Wortlaut: Einige Briefe an die Unterzeichner und Antworten (Seite 61) Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping

Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge

Holocaust-Überlebende verurteilen Äußerungen der Bundesregierung zu Parallelen Auschwitz/Kosovo

Die Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano, Kurt Goldstein und der VVN-BdA-Bundessprecher Peter Gingold, der auch Mitglied des Auschwitz-Komitees ist, haben sich gemeinsam mit weiteren jüdischen Überlebenden des Holocaust gegen Stimmen gewandt, zugunsten des Auftrages "Nie wieder Auschwitz" dürfe auf das Postulat "Nie wieder Krieg" verzichtet werden. Die Unterzeichner, die zahlreiche Familienmitglieder in Auschwitz verloren, wiesen diesbezügliche Äußerungen von Außenminister Joseph Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping zurück. Sie schrieben folgenden Brief an die Minister:

Sehr geehrter Herr Außenminister! Sehr geehrter Herr Verteidigungsminister!

er Verteidigungsminister hätte bereits vor der völkerrechtswidrigen Aggression der NATO gegen Jugoslawien, an der die Bundeswehr in verfassungswidriger Weise teilnimmt, bei einem Bundeswehrbesuch in Auschwitz gesagt: Um ein neues Auschwitz zu verhindern, "ist die Bundeswehr in Bosnien", und daß sie darum "wohl auch in das Kosovo gehen" wird. In Erklärungsnot geraten, berief sich auch der Außenminister auf die neue Art der Auschwitzlüge, um den verhängnisvollen Verstoß gegen die gerade auf Grund der Lehren von faschistischem Krieg und Holocaust geschaffene UN-Charta zu begründen

Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden. Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verhärmlosung des in der bisherigen Menschneitsgeschichte einmaligen Verbrechens. Diese Ihre Vorgehensweise soll offenbar einen schwerwiegenden und nicht entschuldbaren Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen rechtfertigen. Die gegen Deutschland und Japan siegreichen Völker haben sich diese Charta 1945 gegeben um "künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat" — das bekanntlich von deutschem Boden ausging. Sie besichlossen, die "Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren".

Wettfrieden und internationale Sicherheit werden jetzt gefährdet, indem gegen ein Grüngungsmitglied der UNO Krieg geführt wird, Krieg von deutschem Boden aus, Krieg gegen ein Land, itas großte Opfer im Kampf gegen Hitler erbrachte und Unschätzbares zur Befreiung Europas vom Faschismus leistete. Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen, ist infam.

Das Vorgehen der jugostawischen Führung gegen albanische Minderheiten verstößt gegen die Menschenrechte. Wir verünteilen es. Wir verunteilen es, wie wir das Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Kurden verünteilen und das Vorgehen der Israeilischen Führung gegen die Palastinenser verunteilt haben! Stets haben wir gefordert — und wir tun es auch jetzt —, daß dagegen mit den Mitteln vorgegangen wird, die der UNO zu Gebote stehen. Wer die antifaschistische, den Menschenrechten verpflichtete Rolle der UNO nicht nutzt, sondern die UNO ausschaltet und schwächt, der hat jedes Recht verloren, sich auf antifaschistische Postulate wie "Nie wieder Auschwitz" zu beziehen, zumal er damit zugleich das Recht zum Krieg-begründet. Die Folgen eines solchen Handelns werden ein Wiedererwachen der Krafte sein die 1945 entscheidend geschlagen zu sein schienen.

Sehr geehrte Herren Minister!

Wir fragen Sie angesichts Ihrer Verlautbarungen und politischen Praxis:

<u>Soll vergessen sein</u>, daß in diesem Jahrhundert zweimal über Serbien von deutschem Boden aus Vernichtung und Verwüstung hinweggingen? Soll vergessen sein das Massaker an einer Million Serben, begangen von deutschen Nazis im Zweiten Weltkrieg und ihren in- und ausländischen willigen Vollstreckern? Nach den Juden hatten die Slawen in Serbien — gemessen an inrer Gesamtbevolkerung — die meisten Opfer zu beklagen.

<u>Soll vergessen sein</u>, daß die Zerschlagung Serbiens von 1914 bis 1918 jenem Heeresgruppenbefehlshaber und Totenkopfhusaren August von Mackensen übertragen war, der 1915 und dann immer wieder das "rücksichtslose Vorgehen" gegen die serbische Bevolkerung befahl und der dann Hitler bis zuletzt als Propagandist half — bis zum Aufruf zum Opfertod der Jugendlichen als Volkssturm —, und nach dem die Bundeswehr noch immer eine Kaserne in Hildesheim benennt?

Soll vergessen sein, daß nicht nur kaiserliches Heer, Reichswehr und Wehrmacht erprobte Serbenschlächter in ihren Reihen hatten, sondern auch die Bundeswehr? Wir verweisen auf Wehrmachtsoberst Karl-Wilhelm Thilo, der in der Bundeswehr höchster General und Kommandeur der 1. Gebirgsdivision — jener Division, die nun wieder auf dem Balkan die deutsche Fahne vertritt — sowie stellvertretender Heeresinspekteur wurde. Er unterzeichnete Massenmordbefehle gegen Jugoslawen, und er schrieb mit an Büchern, die in der Bundeswehr kursierten, um den Völkermord zu preisen, so H. Lanz (Hg.) "Gebirgsjäger — Die 1 Gebirgsjäger-Division 1935/1945".

Soll vergessen sein, daß der Krieg der Bundeswehr gegen Serbien eindeutig gegen das Völkerrecht verstößt, nicht nur gegen die UN-Charta, sondern auch den NATO-Vertrag, die Schlußakte von Helsinki, gegen das Grundgesetz und den Zwei-plus-vier-Vertrag? Deutschland hat sich immer wieder zur Einhaltung der UN-Charta verpflichtet und sie nun mit dem Angriff augoslawien mit Füßen getreten. Die Bundeswehr verstieß gegen die Befehle aus dem politischen Raum. "Darüber hinaus hat die Bundesregierung das Verbot der Fuhrung eines Angriffskriegs bekräftigt" (Aus dem Zwei-plus-vier-Vertrag vom 12. September 1990 Ziniert nach "Weißbuch 1994" der Bundeswehr).

Soll vergessen sein, daß Jugoslawien mit dem Krieg zur Unterzeichnung eines Verträges gezwungen werden soll, der nur mit dem Münchner Diktat von 1938 verglichen werden kann, mit dem die ČSR zerstört wurde, wie heute Jugoslawien zerstört werden soll? "Ein Vertrag ist nichtig, wenn sein Abschluß durch Androhung oder Anwendung von Gewalt unter Verletzung der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätze des Völkerrechts herbeigeführt wurde." So heißt es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge, Artikel 52.

Wir fordern entschieden: Schluß mit dem Krieg gegen Jugoslawien, und als Sofortmaßnahme: Einstellung der Bombardements. Verhandeln statt schießen. Wir fordern die Wiederherstellung der UN-Charta und Stärkung der UNO. Dies als Beitrag zur Verwirklichung und Verteidigung der antifaschistischen Errungenschaften der Völker.

Hochachtungsvoll

Esther Bejarano, Hamburg Peter Gingold, Frankfurt am Main Kurt Goldstein, Berlin Walter Bloch, Düsseldorf Henny Dreifuß, Düsseldorf Günter Hänsel, Neuss Werner Stertzenbach, Düsseldorf

Rudi Lippmann, Berlin Erhard Deutsch, Berlin Vera Mitteldorf, Berlin Werner Krich, Berlin Irmgard Konrad, Berlin Maricha und Adi König, Berlin

Rückfragen und Möglichkeiten der Unterzeichnung bei Peter Gingold, Reichsforststraße 3, 60528 Frankfurt am Main, Telefon und Fax: 069/672631; und bei Ulrich Sander, c/o VVN-BdA, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Telefon und Fax: 0202/450629

Spenden zur Finanzierung dieser von einem Freundeskreis ermöglichten Anzeige bitte auf das Konto: Peter Gingold, Konto-Nr. 440477, Frankfurter Sparkasse, BLZ 50050201, Stichwort "Brief an Minister" Peter Gingold

Reichsforststraße 3 60528 Frankfurt am Main Tel. und Fax 069-67 26 31 im Juli 1999

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde!

Wir danken allen, die uns schrieben und anriefen, nachdem wir unsere Erklärung "Gegen eine neue Art der Auschwitzlüge" veröffentlichten. Wir danken allen, die dafür Geld spendeten, daß diese Erklärung, auch durch eine Anzeige in der Frankfurter Rundschau vom 23. 4. 99, in großer Zahl verbreitet werden konnte. Besonders haben wir uns gefreut, daß junge Leute unsere Erklärung zum Anlaß nahmen, um Anfang Juli in der Berliner Humboldt-Universität eine Konferenz "Gegen die Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit" zu veranstalten und uns dazu einzuladen.

Die unvergleichlich starke Resonanz und Wirkung der Anzeige wollen wir mit der vorliegenden Dokumentation widerspiegeln.

In einem kurzen Aufruf, den wir in zahlreichen Dankanzeigen in den Medien verbreiteten, heißt es: "Wer daran interessiert ist, daß auch künftig das Wort derer gehört wird, die es erlitten haben, und wer sich nicht hilflos der Propaganda einer scheinbar übermächtigen psychologischen und medialen Kriegsführung ausliefern will, den rufen wir zur Mitarbeit und zu Spenden auf."

Wie stellen wir uns die Zusammenarbeit vor?

Zunächst möchten wir daran erinnern, wie sehr wir überrascht und bestürzt waren, daß es zum Krieg unter deutscher Beteiligung kam. Wir waren zugleich zornig angesichts der Dreistigkeit, den Bruch des Völkerrechts mit der Begründung zu versehen, man müsse ein neues Auschwitz verhindern. Krieg und Bruch des Völkerrechts einerseits und Antifaschismus unter der Losung "Nie wieder Krieg und nie wieder Auschwitz" andererseits, - das ging und geht nicht zusammen. Wir haben damit Recht behalten.

Wir waren zugleich überrascht, daß es Menschen gab, die spontan bereit waren, sich einer neuen Art der Auschwitzlüge und der neuen Aggressionsmacht Deutschland entgegenzustellen - und die dafür Geld spendeten, um 38.000,- DM für die Anzeige in der Frankfurter Rundschau aufzubringen.

Wir fragen uns nun aber auch: Was machen wir bei neuen bösen Überraschungen? Und was machen wir, wenn wir keine Helfer finden, um uns dem entgegenstellen zu können?

Wir meinen, die Aufklärungsarbeit darf nicht dem Zufall überlassen bleiben!

Wir regen daher an, eine organisierte Aufklärungsarbeit im Sinne derer zu leisten, die es erlitten haben und deren Erinnerung nicht verblassen darf.

Doch was ist zu tun, wenn diese Zeitzeugen immer weniger werden, aber noch zu wenige nachgerückt sind, die ihre Arbeit fortsetzen? Wir müssen viele neue Mitstreiter für die Organisationen wie die VVN-Bund der Antifaschisten gewinnen, in denen jetzt die Zeitzeugen wirken. Wir müssen sie auch deshalb gewinnen, weil

damit Mitgliedsbeiträge gesichert werden, die für Aufklärungsarbeit gebraucht werden.

Doch was sollen wir machen, wenn die Zahl der Mitglieder nicht so schnell wächst, wie die Umstände es erfordern? Dann müssen wir soviel Geld aufbringen, daß die Arbeit zumindest etwas professioneller wird und nicht mehr allein einigen wenigen Ehrenamtlichen aufgebürdet wird.

Wir schlagen daher vor, einen Förderkreis für antirassistische, antifaschistische und antimilitaristische Aufklärungsarbeit zu gründen. Er sollte Organisationen wie der VVN-BdA helfen. Eine Förderungswürdigkeit seitens des Finanzamts wäre erforderlich.

Wie soll dieser Förderkreis heißen? (Vielleicht "Das Dreieck", in Anlehnung an die Häftlingskleidung mit dem Dreieckszeichen, um an die NS-Opfer und an die Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer zu erinnern?) Wer will mitmachen? Wer könnte sich vorstellen, Mitglied oder Förderer zu werden zu dem Zweck, jährlich eine freiwillig zu bestimmende Summe in den Verein einfließen zu lassen - je nach Möglichkeit?

Bitte schreiben Sie uns, wenn Sie Interesse haben.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Unterzeichner der Anzeige

- Peter Gingold -

P.S. Sollte es Ihnen möglich sein, uns Anschriften zu nennen, an die wir ebenfalls unsere Bitte richten sollten, so wäre uns dies eine große Hilfe.

Werner Stertzenbach:

Gegen die Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit

"Das alte Jahrhundert hat kein gutes Ende genommen," schrieb der bekannte britische Historiker Eric Hobsbawm in seinem Buch "Das Zeitalter der Extreme".

Und weiter: "Die meisten jungen Menschen am Ende dieses Jahrhunderts wachsen in einer Art permanenter Gegenwart auf, der jegliche organische Verbindung zur Vergangenheit ihrer eigenen Lebenszeit fehlt. Das läßt Historiker - deren Aufgabe es ist, in Erinnerung zu rufen, was andere vergessen haben - am Ende des zweiten Jahrtausends noch wichtiger werden als je zuvor. Und deshalb müssen sie auch mehr als nur Chronisten, Erinnerer und Materialsammler sein, obgleich auch dies nach wie vor zu deren unerläßlichen Aufgaben gehört."

Nun sind wir keine Historiker, sondern Zeugen einer Zeit, in der die technisch-wissenschaftliche Revolution ungeheure Fortschritte gemacht hat. Aber zugleich auch Zeugen unvorstellbarer Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Massen- und Völkermord, barbarischen Rückfalls in dunkelste Vergangenheit, des Bruch des Völkerrechts und der Entfesselung jeglicher moralischer Hemmungen.

Es gibt ein Wort, den Namen einer kleinen Stadt in Polen, das sozusagen zum Inbegriff der Verkommenheit, des Tiefpunkts menschlichen Zusammenlebens geworden ist: AUSCHWITZ.

Es ist viel darüber geschrieben, es sind zahlreiche Prozesse geführt worden, in denen die Unmenschlichkeit, die bodenlosen Gemeinheiten gerichtsnotorisch dokumentiert worden sind. Ich will das alles nicht kommentieren. Aber es muß gesagt werden, daß auch vieles in Vergessenheit geraten ist, oftmals absichtlich. Der Abstand ist größer geworden, der menschliche Geist hat das Unsagbare, Unerklärbare verdrängt. Aber der Begriff Auschwitz, der daran erinnert, ist wie eingemeißelt in die Geschichte unseres Volkes und Europas, er ist zum Synonym unserer Epoche geworden.

Das war auch der Sinn des offenen Briefes, den einige Überlebende des Holocaust an die Bundesminister Fischer und Scharping gerichtet haben. Darin wird ihnen der Vorwurf gemacht, sie und ihresgleichen betrieben einen infamen Mißbrauch mit den Millionen getöteter Juden, Sinti und Roma, Slawen, die von den Hitlerfaschisten im Namen des deutschen Herrenmenschenwahns gedemütigt, gepeinigt und schließlich in industriell betriebenen Vernichtungslagern wortwörtlich ausgerottet worden sind. Mißbrauch, um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg zu rechtfertigen.

Nebenbei sei in diesem Zusammenhang davon zu sprechen, daß vor einem halben Jahrhundert außer den Hauptangeklagten und Verantwortlichen der Nazityrannei und der Massenverbrechen im Zweiten Weltkrieg auch einige Spitzenmanager der IG-Farben in Nürnberg angeklagt und verurteilt wurden. Ganz im Sinne von Eric Hobsbawm erinnere ich an die Gangster einer sogenannten "ehrenwerten Gesellschaft": Ambros, Dürrfeld, ter Meer, Krauch, Bütefisch, von Schnitzler, Schmitz, Illgner, Oster, Haeflinger, Jahne und Kugler - heute alle Unbekannte, wobei vermerkt werden soll, daß die meisten von ihnen in der Nachkriegszeit in den oberen Etagen der bundesdeutschen Industrie wieder freundlichst aufgenommen wurden.

Ich erinnere mich, daß während des Auschwitzprozesses in Frankfurt/Main wir der erstaunten Öffentlichkeit enthüllen konnten, daß genau zu diesem Zeitpunkt Heinrich Bütefisch von der IG-Farben, einer der Hauptverantwortlichen für die Sklavenausbeutung und massenhafte Ermordung in Auschwitz, von der Bundesregierung das Bundesverdienstkreuz erhalten hatte. Alles Vergangenheit?!

Doch zurück zu unseren kriegsbegeisterten Ministern. Woher ihre Kaltschnäuzigkeit und Gedankenroheit? Die Kriegspartei, die völkerrechtswidrig und gegen Geist und Buchstaben des Grundgesetzes einen mörderischen Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien unterstützt, sucht krampfhaft nach "Argumenten", um die Öffentlichkeit zu irritieren, die Angegriffenen zu verteufeln. Wie in jedem Krieg

spielt die psychologische Kriegsführung eine wichtige Rolle. Aus der Sudelküche der Kriegspropaganda müssen täglich Sensationen, neue Greueltaten und Schreckensmeldungen präsentiert werden, wobei diese Lügenbolde es mit der Wahrheit nicht so genau nehmen.

In Erklärungsnot geraten, kommt ihnen der Satz, man wolle ein neues Auschwitz verhindern, leichtfertig und gewissenlos von den Lippen. Unabhängig davon, wann und wie dieser diabolische Krieg gegen ein kleines Balkanvolk letztlich beendet wird, werden die Chronisten in nicht allzulanger Zeit das wirklich Geschehene ans Tageslicht bringen. Was hat es mit der sogenannten ethnischen Säuberung für eine Bewandtnis? Muß ein schwergeprüftes Volk die tagtäglichen Bombardements einer mehrhundertfachen Flugzeugarmada erleiden, weil ihr gewähltes Staatsoberhaupt ein "Kriegsverbrecher" sein soll? War er es, der die "humanitäre Katastrophe" hervorgerufen hat oder sind nicht ganz andere Absichten der Kommandeure einer brutalen Gewaltpoltik im Spiel?

Warum mußten Straßen und Brücken, Wasserleitungen, Elektrizitätswerke, Fernsehsender, ja selbst Krankenhäuser, Schulen und Wohnbezirke, die ganze Infrastruktur eines kleinen Landes zerbombt und zerstört werden? Wie auch immer der "Friede" aussehen wird, wie das angestrebte Protektorat beherrscht und verwaltet wird, das Leben in Jugoslawien wird auf Jahrzehnte leidvoll und entbehrungsreich sein.

Und die Politiker, Militärs und Diplomaten, die sich heute als die Konstrukteure eines modernen Balkans feiern lassen, vielleicht werden sie demnächst am Pranger stehen und in die Geschichte als Kriegstreiber eingehen.

Wer bin ich, daß ich eine solche prononcierte kritische Meinung vertrete und eine Reihe von Fragen stelle?

Ich gehöre einer Generation an, die die Höhen und Tiefen des 20. Jahrhunderts erlebt und erlitten hat, im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, in der Zeit der grausamen Naziherrschaft und in der Nachkriegszeit.

Die Nazis verfolgten mich, weil ich schon vor 1933 ein entschiedener Antifaschist war und einer jüdischen Familie angehörte. Nach meiner ersten Verhaftung 1933 konnte ich 1934 fliehen, um in den Niederlanden das graue Leben eines Exilierten zu fristen. Es sollte elf Jahre dauern, bis ich wieder in meine Heimat zurückkehren konnte. Dazwischen lagen Gefängnishaft und Internierung, es endete1941 im Judendeportationslager Westerbork (Niederlande), von dem aus mehr als 100 000 Menschen in die Vernichtungslager Auschwitz, Majdanek und Sobibor deportiert worden sind. Ich schloß mich einer Widerstandsgruppe an, die mir im Jahre 1943 die Flucht aus dem Lager ermöglichte und damit mich vor dem so gut wie sicheren Tod in einer Gaskammer rettete. In Amsterdam lebte ich bis 1945 illegal und betätigte mich aktiv am antifaschistischen Widerstand. Nach Beendigung des Krieges kehrte ich auf abenteuerliche Weise nach Deutschland zurück, wo ich tief erschüttert von der Deportation meiner Eltern nach Majdanek und ihrem Tod erfuhr.

In der Nachkriegszeit war ich journalistisch tätig, u. a. für die antifaschistische Wochenzeitung "Die Tat", die der VVN nahestand. Ich schrieb Berichte über den Eichmann-Prozeß in Jerusalem, über den Auschwitz-Prozeß in Frankfurt/Main und über den Majdanek-Prozeß (5 1/2 Jahre lang) in Düsseldorf. Über 20 Jahre lang verweigerten die Behörden, mir eine Entschädigung für erlittenes NS-Unrecht nach dem Bundesentschädigungsgesetz zu zahlen.

Es ist doch wohl verständlich, daß diese meine Biographie es mir gestatten sollte, solche kritischen Fragen zu stellen und zur Meinungsbildung beizutragen?

Scharping besuchte mit deutschen Soldaten Auschwitz:

"Völkermord darf nie WR 15.2. mehr eine Chance haben" 99

Von Eva Krafczyk

Auschwitz. (dpa) Wie ein Leichentuch lag die Schneedekke an diesem Samstag über dem früheren Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

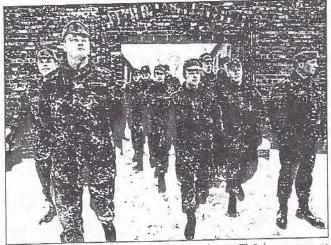
Vor dem Lagertor mit dem zynischen Motto "Arbeit macht frei" zog eine Besuchergruppe neugierige Blicke auf sich: Bundeswehrsoldaten in Uniform begleiteten Verteidigungsminister Rudolf Scharping und seinen polnischen Kollegen Janusz Onyszkiewicz bei der Besich-

tigung des ehemaligen Vernichtungslagers, in dem mehr ale eine Million Menschen ermordet worden waren. Der erste offizielle Besuch einer Abordnung der Bundeswehr in Auschwitz sollte ein Signal setzen, sagte Scharping. Alle Einheiten sollten ermuntert werden, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. "Auschwitz und Treblinka, Bergen-Belsen und Buchenwald müssen Lernorte der Toleranz und der Menschlichkeit sein", sagte Scharping, Völkermord durfe nie mehr eine Chance haben. Darum sei die

Bundeswehr in Bosnien, und darum werde sie wohl auch in das Kosovo gehen.

Für die Soldaten eines Panzerbataillons aus Thüringen war der Besuch mehr als nur Geschichtsunterricht. habe schon viele Filme zu Auschwitz gesehen, aber man kann es erst begreifen, wenn man davor steht", sagte der Stabsobergefreite Banny Kerl. "Wenn man in der Gaskammer steht und auf den Schildern liest, wie viele Men-schen auf einmal ermordet worden sind, kann man sich vorstellere, welche Tragödien sich hier abgespielt haben", meinte der Gefreite Jan Schmidt nachdenklich.

Schweigend hatten Scharping und Onyszkiewicz die Soldaten bei dem Gang zwischen den roten Backsteingebäuden angeführt, in denen Haare, Brillen und Koffer der zumeist jüdischen Lagerhäftlinge an die Toten von Auschwitz erinnern. Als Scharping an der sogenannten Todeswand einen Kranz niederlegte, kamen Onyszkiewicz die Tränen, und beide Minister umarmten sich. Später sagte Onyszkiewicz, er habe sich an den Kniefall von Willy Brandt vor dem Denkmal des Warschauer Ghetto- Aufstandes erinnert gefühlt.



Für 160 Soldaten einer Panzerkompanie aus Thüringen war es eine bedrückende Reise in die deutsche Vergangenheit. (AP)



VVN Bund der Antifaschisten NRW - Gathe 55 - 42107 Wuppertal

An die Medien

Auschwitz-Komitee verurteilt Äußerungen Rudolf Scharpings (SPD) beim Bundeswehr-Gedenkstättenbesuch (siehe Westfalische Rundscham, 15.02.95)

Die VVN-BdA-Bundessprecher Peter Gingold, Reichsforststr. 3, 60528 Frankfurt am Main, Tel-Fax. 069/67 26 31 und Ulrich Sander, Heinrich Sondermann-Platz 14, 44388 Dortmund, Tel. und Fax: 0231-69 80 60

teilen den Medien mit:

Der Verteidigungsminister Rudolf Scharping hat bei einem ersten Besuch einer Abordnung der Bundeswehr in Auschwitz, diesem Ort des Gedenkens an den millionenfachen Mord, dazu benutzt, um zu begründen: "Darum ist die Bundeswehr in Bosnien", und daß sie darum "wohl auch in das Kosovo gehen" wird.

Soll vergessen sein, daß in diesem Jahrhundert zweimal über Serbien von deutschem Boden aus Vernichtung und Verwüstung hinweggingen? Soll vergessen sein das Massaker an Hunderttausenden Serben, begangen von Deutschen im Zweiten Weltkrieg?

Ausgerechnet mit Auschwitz wird gerechtfertigt, daß wieder deutsche Soldaten - gegen die UNO-Charta handelnd - in Jugoslawien einmarschieren. Wir sind fassungslos, ja entsetzt darüber, daß der Verteidigungsminister das Gedenken an Auschwitz hierzu mißbraucht!

Wir finden es zudem äußerst geschmacklos, daß die Bundeswehrsgldaten zur Gedenkstätte in Uniform erscheinen.

Auschwitzkomitee in der Bundesrepublik

Esther Bejarano (Vorsitzende)

Peter Gingold (Mitglied des Auschwitzkomitees und Bundessprecher der VVN-BdA)

Mich Linder fdR. Ulrich Sander

"Für uns zählen…

Schröder, Fischer und Scharping halten an der Nato-Strategie fest

Von Martin S. Lambeck

Bonn - In Kriegszeiten hat es ein Kanzler sogar dann schwer, wenn er ein Geburtstagskind ist. Am Dienstag abend will Gerhard Schröder eigentlich rechtzeitig nach Hannover fliegen, um mit Ehefrau Doris in seinen Geburtstag hineinseiern zu können. Doch daraus wird nichts. Bis in die Nacht telefoniert der Kanzler mit den Staats- und Regierungschefs der Nato, erörtert die dubiose Waffenstillstandsofierte des Serben Milosevic. Mit ernster Miene gibt er vor laufenden Fernsehkameras eine zurückweisende Erklärung Schließlich bleibt Schröder in Bonn und konferiert noch mit seinem Au-Josehka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) und seinem Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD).

Alle drei lehnen die Milosevic-Initiative kategorisch ab, wissen aber auch, wie gern die Friedensbewegten in Deutschland auf solche Scheinangebote eingehen. In der Nacht noch formulieren deshalb die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der USA einen politischen Gegenzug. Joschka Fischer soll die abgestimmte Erklärung im Auswärtigen Amt am Mittwoch um Punkt 12 Uhr erläutern.

Dem Außenminister ist anzumerken, daß er innerlich geladen ist. Als "Kriegstreiber" hat ihn die Linke bezeichnet. Kritik und Rücktrittsforderungen gibt es wegen sei-. ner harten Haltung gegenüber den Serben sogar in seiner eigenen Partei. Es fällt ihm sichtlich schwer, öffentlich seinen Respekt für die Pazifisten bei den Grünen zu bekunden. Obendrein spielt sich die SED-Nachfolgeorganisation PDS als pazifistische Sammelbewegung auf. So ist es kein Wunder, daß Fischer den von Milosevic angebotenen Waffenstillstand mit emotionalem Unterton zurückweist. Der Vorschlag sei "gegenstandslos", solange das Morden und Vertreiben im Kosovo weitergehe. Dann kommen die Nato-Forderungen, die erfüllt sein müssen, wenn die Nato ihre Bombardements einstellen soll:

– Serbien soll überprüfbar alle Kampfhandlungen einstellen.

 Alle jugoslawischen Truppen sowie die Polizeikräfte und paramilitärischen Gruppen müssen das Kosovo verlassen.

- Belgrad muß der Stationierung internationaler Friedenskräfte zustimmen

 Belgrad muß der bedingungslosen Rückkehr aller Vertriebenen zustimmen und den Einzug von Hilfsorganisationen ermöglichen.

 Milosevic muß sich bereit erklären, ein Rahmenabkommen auf der Grundlage der Abmachungen von Rambouillet zu erstellen.

In der Erklärung heißt es abschließend: "Wir erwarten eine unverzügliche, positive Antwort auf die von uns gestellten Fragen." Obendrein soll der offenkundig von den Serben unter Druck gesetzte Führer der Kosovo-Albaner, Ibrahim Rugova, mit seiner Familie ausreisen dürfen. Rußland solle für den Frieden auf dem Balkan "eine

Die Welt 8.4.33

... nur Taten"

und kämpfen nun auch gegen die Linken in den eigenen Reihen

-aktive Rolle spielen". Schon Ende der Woche soll es ein Ministertreffen unter Einschluß Rußlands geben. Mehrfach spricht Fischer vom "sehr wichtigen Kanal Rußland" hin zu Milosevic.

Auf Fragen nach einer Einstellung der Bombardements antwortet Fischer kategorisch: "Für uns ist völlig klar, daß nicht Worte, sondern Taten zählen." Immer wieder verweist Fischer auf die Kriegsgreuel der Serben im Kosovo, auf die "ethnische Kriegsführung". Milosevic betreibe einen "barbarischen Faschismus". Für einen Augenblick erweckt Fischer den Eindruck, als gehe es hier um einen sehr persönlichen Krieg gegen ei-nen grausamen Diktator. Ja, sicher, er habe selbst gegen den Vietnamkrieg und gegen den chilenischen Diktator Pinochet demonstriert. Er sei ein 68er, aber: "Ich habe nicht nur 'Nie wieder Krieg' gelernt, son-dern auch 'Nie wieder Auschwitz'." Auch Fischer rückt damit Milosevic in die Nähe der Nationalsozialisten. Die Erregung wächst noch,

wenn er über die PDS-gesteuerten Demonstrationen gegen die Nato spricht. Da marschierten die 68er von der PDS, "die ihren Friedensdienst in einem DDR-Grenzbataillon" absolviert hätten. Das seien die "Neubekehrten der PDS", die "Zweckpazifisten". Er, der Außenminister, der im Zeichen des Krieges seine Hochzeit verschob, sei seinem Gewissen verpflichtet: "Jeden Morgen muß ich mich selbst im Spiegel noch sehen können." Fast resignativ kommt der Nachsatz: "Wer das nicht begreift bei den Linken..."

Dabei ist die Stimmung hinter den Kulissen bei weitem nicht so resignativ. Milosevic' halbherziges Waffenstillstandsangebot wird als erstes Schwächezeichen interpretiert. Längst weiß man bei der Nato und in der deutschen Schaltzentrale der EU-Ratspräsidentschaft, daß die Nato-Bombardements ihre Wirkung keineswegs verfehlt haben. Die Devise gilt: Jetzt heißt es, hart zu bleiben. Das nächste Indiz folgt gleich am Mittag. Angeblich ist

Belgrad jetzt sogar bereit, die drei an der mazedonischen Grenze gefangengenommenen US-Soldaten freizulassen.

Nach außen gibt man sich derweil unberührt. Schröders Vertrauter und Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye erklärt zum serbischen Ängebot einer Freilassung der Amerikaner schulterzuckend, das sei eine völlig unbestätigte Meldung: "Ich kann Ihnen dazu gar nichts sagen." Im Auswärtigen Amt sagt ein Sprecher Fischers, das seien "nicht einmal kosmetische Konzessionshäppchen". Die Freilassung der Amerikaner sei eine "bare Selbstverständlichkeit".

Nach außen präsentiert sich in Bonn weiter ein eisernes Kriegskabinett Schröder. Spekulationen werden vom Tisch gefegt. Schneidend erklärt Fischer über den Rand seiner Brille hinweg einem Journalisten: "Wir reden hier über Krieg und Frieden. Das ist bitterer Ernst." Die Worte gelten den laufenden Fernsehkameras und seinen eigenen Parteifreunden.

DER KOMMENTAR

welt

Links wird entrümpelt

MATHIAS DÖPFNER

Der Kosovo-Krieg beschleunigt und besiegelt den Durchbruch sogenannter konservativer Positionen in der deutschen Innenpolitik. Während Helmut Kohl 16 Jahre halb leidend, halb leidenschaftlich die Restbestände eines von der 68er Bewegung geprägten Wertekanons zu verwalten hatte, betreiben die Vertreter dieser Generation nun deren endgültige Entrümpelung.

Wäre der Anlaß nicht so tragisch, müßte man es kurios nennen: Die an die Macht gelangten Vertreter der Linken streiten in den Tagen der Krise vor allem mit der Linken. Die Gegner Schröders, Scharpings und Fischers heißen nicht etwa Schäuble, Gerhardt oder Stoiber, sie heißen Scheer, Ströbele und Gysi. Während Rot-Grün an der Seite der Nato das tut, was Schwarz-Gelb in Bosnien hätte tun müssen, aber nie hätte tun dürfen, ergeben sich bemerkenswerte tektonische Verschiebungen der politischen Landschaft.

Scharping und Fischer erweisen sich als Pragmatiker einer antitotalitären Interventionspolitik der harten Hand; die Opposition verhält sich mit Ausnahme des etwas unsouverän nörgelnden Volker Rühe - zurückhaltend; Stoiber

nach verblüffendem Schulterschluß mit Joschka Fischer als Vermittler nach Moskau, staatstragend und mit Leib und Seele Kanzler in spe. Dagegen sind "ganz links" und "ganz rechts" in ihrer Ablehrung des Nato-Einsatzes ganz nah beieinander. An den politischen Rändern, bei PDS und Republikanern, biegt sich die Meßlatte zum Kreis: so, als fehlte ihnen der Halt im antitotalitären Konsens und im Grundrecht der Menschenwürde.

An der Macht, merken die geläuterten Utopisten von einst, wie kompliziert und konkret die politische Wirklichkeit ist. Das moralisch empörte Nein genügt nicht zum Regieren. Nun relativiert "Nie wieder Auschwitz!" den Satz "Nie wieder Krieg!". Das ist einfach. Kosovo ist schlimm genug. Aber Kosovo ist nicht Auschwitz. Und wo versteckte sich dieses Argument, als in Srebrenica die Menschen ermordet wurden? Dennoch, daß Scharping und andere sich von früheren Positionen trennen und besonnen handeln, verdient Respekt.

In der Ideologiegeschichte gibt es selten Sieger. Doch in der deutschen Innenpolitik will es derzeit so scheinen: Karl Marx ist tot, Oskar Lafontaine zurückgetreten und Jürgen Trittin still. Das Manifest der utopischen Weltbilder ist zugeklappt. Der Staub darauf schmeckt schal.

Der Kosovo-Krieg und die Sprache Falscher Vergleich

"Gott mit uns" stand einst auf dem Koppelschloß der Soldaten. Die Botschaft ersparte manchem qualende Zweifel und Skrupel. Denn der Soldat schien - mit göttlichem Segen - für das Gerechte zu kämpfen.

So war in allen Zèlten die Legitimation eines: Krieges von zentraler Bedeutung: Er will gerechtfertigt sein. So ist es auch im Kosovo-Krieg.

Dort Ist és hund fritaus endfache Vertreibung und sind es Mord und brutalste Übergriffe durch Milosevic' marodierende Schergen, mit dev den kann, stinicht etwiesen. nen der Westen sein Bombardement moralisch und völkerrechtlich legitimiert.

Nun werden die Verbrechen des Milosevic gar mit denen von Hitler verglichen. Und die Vertreibung der Kosovo-Albaner mit der Verfolgung der Juden durch den NS-Staat. Da spielt das Bemühen eine Rolle, das Grauen des Balkans in Worte zu fassen und dem unfaßbaren Unrecht Dimensionen zu geben. Aber es müßten alle, die nun von "Auschwitz" reden, doch wissen, ball sie unt volle Pfade besonre en

Wasinden von national st schem Irrwitz geleiteten Köpfen in Belgrad derze t auch umgeht. Es findet keine Entsprechung zu Heydrichs Wannsee-Konferenz, die zur "Endlösung", zum industrielen Völkermord führte.

Mit Hitler war nicht zu verhandeln, Milosevic ledoch, so scheintes, Istale Sch Lase "qur für eine poitische Lösung, zum Friegen. Und daß er am Ende nicht ooch zum Einlenken gezwungen wer-

So sind Vergleiche zur NS-Zeit untauglich, das Belgrader Unrecht anzubrangem. Jedoch willkammene Hilfe für die, die dabel sind. Nazi-Verbrechen herunterzuspielen.

Jetzt mehren sich Zweifel an der Legitimation der NA-TO-Luftschläge, Ob die Sprache auch deshalb falschen Vergleichen verfällt, um die Zweifel zu bannen? Begrifflich beliebig mit "Auschwitz" zu verfahren, wäre kein gutes Signal zum Start der Berliner RolfPotthoff Republik.

Von. NewsBote Blindkopie: VVN0109

Holocaust-Opfer kritisieren Auschwitz-Kosovo-Vergleich der Regierung

Frankfurt/Bonn, 23. April (AFP) - Holocaust-Überlebende haben die Bundesregierung wegen Äußerungen über Parallelen dem Kosovo-Krieg und Auschwitz scharf angegriffen und eine Einstellung der Nato-Angriffergefordert. 15 Überlebende war in einem in der "Frankfurter Rundschau" veröffentlichten offenen Brief "gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge". Die gan Anzeige richtete sich an Außenminister Joschka Fischer (Grüne) und Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD). Mit di Argumentation, durch den Kosovo-Einsatz solle ein neues Auschwitz verhindert werden, hatten sich die Minister "auf die ne der Auschwitzlüge" bezogen und zur Verharmlosung des Holocaust beigetragen, heißt es in dem Brief weiter. Auf die Fordi "Nie wieder Krieg" dürfe nicht zugunsten des Auftrags "Nie wieder Auschwitz" verzichtet werden. Die Unterzeichner warfen i und Scharping vor, es sei "infam", sich auf Auschwitz zu berufen, um den "völkerrechtswidrigen" Krieg zu rechtfertigen, mit die UN ausgeschaltet würden. Frieden und Sicherheit würden gefährdet durch den Krieg gegen ein UN-Gründungsmitglied *Bte Opfer im Kampf gegen Hitler erbrachte". Das Vorgehen Belgrads gegen die albanische Minderheit verstoße geger henrechte und werde daher von den Unterzeichnern verurteilt. Dagegen sollte jedoch mit den Mitteln der UN vorgeg en. Bei den Unterzeichnern handelt es sich nach eigenen Angaben um Auschwitz-Überlebende und Angehörige von F · Opram. Verantwortlich für die Anzeige zeichnet der Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bu Antifaschisten, Peter Gingold. Ein Sprecher des Außenministeriums sagte, bei den kritisierten Äußerungen Fischers sei er gegangen, deutlich zu machen, daß der jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic ein "autoritärer, faschistoider" Machti sei, dessen Vorgehen an Praktiken der 30er und 40er Jahre erinnere. Es sei niemals beabsichtigt gewesen, das Ausmaß Verbrechen im Kosovo in Beziehung zum Holocaust zu setzen. Fischer hatte zur Verteidigung der Kosovo-Politik der Regie gesagt, er treffe seine politischen Entscheidungen nicht nur nach der Forderung "Nie wieder Krieg", sondern auch nach di "Nie wieder Auschwitz".

Vergleichen ja, gleichsetzen nein

mjw: "Auschwitz im Kosovo?", Allgemeine Nr. 8 vom 15. März-

Der Artikel beschreibt die Dinge wohl recht zutreffend. Endziel in einem Fall Ausrottung, im anderen Vertreibung oder ethnische Säuberung. In einem Punkt jedoch verstößt mjw gegen sprachliche Logik. Er unterscheidet nicht zwischen "Vergleich" und Gleichsetzung", obwohl er selber "Au-chwitz" mit den Geschehnissen im "Kosovo" vergleicht. Gerade die deutsche Sprache ermöglicht und verlangt äußerste Präzision in ler Formulierung, wenn die zu schildernden Ereignisse komplex und kompliziert sind. Erst der Vergleich ermöglicht die Feststellung und detaillierte Beschreibung der Fakten und Umstände, welche die mindestens bisherige Einmaligkeit eines geschichtlichen Ereignisses - hier der fast völligen Vernichtung des europäischen Judentums - ermöglichten und latsächlich bewirkten. Erst im Vergleich wird die "Nichtgleichheit" von Auschwitz auch ur künftige Generationen vermittelbar.

Burghard Schmanck, Schmanck@t-online.de

Es ist wirklich albern, denjenigen, die sich schockiert über die Ereignisse im Kosovo äu-Bern und dabei Vergleiche aus dem Schoa-Kontext bemühen, flugs Unbelehrbarkeit, Ewiggestrigkeit und Kriegspropaganda zu unterstellen. Natürlich war die Schoa einzigartig. Und natürlich sollte man sich hüten, simple Vergleiche anzustellen. An der einzelnen menschlichen Tragödie ändert das aber nichts, und da darf man meines Erachtens schon vergleichen und zum Beispiel das Wort "Selektion" nennen, denn das ist es loch, was dort unter anderem geschieht. der wissen Sie einen treffenderen Ausdruck tus dem Dreißigjährigen Krieg? Man kann loch nicht zu allem, was außerhalb der Schoa

geschehen ist und geschieht, sagen, es sei ja "nicht so schlimm", denn es sei ja nicht die Schoa; so hört es sich aber, mit Verlaub, oft an. Man kann natürlich auch leicht den moralischen Zeigefinger heben, wenn man die deutsche Gesellschaft pauschal als "Täter" ansieht, als potentielle Nazis, die sowieso unbelehrbar sind (und so kommt vieles, was in Ihrer Zeitung steht, rüber). Es ist keineswegs so, daß alle Deutschen die "lästige" Schoa vergessen wollen, bestimmt nicht. Es gibt genug Ignoranten und Großmannssüchtige, keine Frage. Aber es gibt auch genug andere, die sich ehrlich bemühen, Erinnerungen wachzuhalten. Es wäre, denke ich, hilfreich, wenn Sie (miw) hier ein bißchen unterscheiden könnten und nicht alles pauschal in die häßliche deutsche Ecke stellen würden. Übrigens: Viele sind ja jetzt gegen die NATO-Angriffe, jch bin auch kein Militarist, der sich erfreut die Zahl der abgeworfenen Bomben notiert, aber keiner der Angriffsgegner kann eine vernünftige Alternative nennen, die jetzt in der Tat noch greifen könnte. Man kann die verpaßten Chancen beklagen, aber jetzt nichts tun und noch monatelang mit dem uneinsichtigen Milosevic verhandeln - was würde das bringen? Oder sollen sich die NA-TO-Staaten raushalten und weggucken? Aber sowas hatten wir doch in der Tat schon mal,

Tanja Weinsberg, 310051675915-0001@t-

Der Kommentar hat mich entsetzt und sehr betroffen gemacht, vor allem, wie sensibel die Verbrechen des Herm Milosevic mit dem Hinweis auf den Dreißigjährigen Krieg oder den amerikanischen Bürgerkrieg abgetan

werden. Zweifellos ist das, was im Kosovo geschieht, nicht mit Auschwitz gleichzusetzen, aber es gibt doch leider vergleichbare Parallelen auf dem Wege dorthin! Auch Auschwitz ging erst die Entrechtung und Vertreibung voraus! Diese gemeinsamen Massentötungen, die zahlreichen Massengräber und Mordbrennereien gleichen doch auf geradezu frappante Weise den Greueltaten der SS. Was noch fehlt, ist die fabrikmäßige Tötung wie in Auschwitz. Aber können wir sicher sein, daß Milosevic nicht auch dazu fähig wäre, wenn er denn die technischen Möglichkeiten dazu hätte? Wem es wirklich ernst ist mit der Forderung: 'Nie wieder Auschwitz', der sollte auch erkennen, wie gefährlich nahe Milosevic auf dem Wege dort-

Ich meine, damals wie heute hat die zivilisierte Welt schon viel zu lange die Augen vor diesen schändlichen Verbrechen geschlossen. Daß sie wenigstens spät, vielleicht zu spät, versucht, Milosevic in den Arm zu fallen, gibt meines Erachtens zu der Hoffnung Anlaß, daß man vielleicht doch etwas aus der Geschichte gelernt hat. Hätte man ihm bereits vor Jahren, als er seine verbrecherischen Aggressionen in Slowenien und in der Krajna begann, einen kurzen aber heftigen Schlag versetzt, ich glaube, es hätte einen Konflikt Kosovo nie gegeben!

Hans J. Pook, Porta Westfalica

Leserbriefe sind keine redaktionelle Meinungsäußerung. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Auschwitz-Überlebende 12.4.55 schrieben an Bundesregierung

Auschwitz-Überlebende und Hinterbliebene von Holocaust-Opfern haben einen Brief an Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) sowie Außenminister Josef Fischer (Bündnisgrüne) geschrieben. Sie protestieren gegen Stimmen, die unter der Losung »Nie wieder Auschwitz« auf das Postulat »Nie wieder Krieg« verzichten. Auszüge.

er Verteidigungsminister hatte bereits vor der völkerrechtswidrigen Aggression der NATO gegen Jugoslawien, an der die Bundeswehr in verfassungswidriger Weise teilnimmt, bei einem Bundeswehrbesuch in Auschwitz gesagt: Um ein neues Auschwitz zu verhindern, »ist die Bundeswehr in Bosnien«, und daß sie darum »wohl auch in das Kosovo gehen« wird. In Erklärungsnot geraten, berief sich auch der Außenminister auf die neue Art der Auschwitzlüge, um den verhängnisvollen Verstoß gegen die gerade auf Grund der Lehren von faschistischem Krieg und Holocaust geschaffene UNO-Charta zu begründen.

Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus

Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens.

Diese Ihre Vorgehensweise soll offenbar einen schwerwiegenden und nicht entschuldbaren Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen rechtfertigen. Die gegen Deutschland und Japan siegreichen Völker haben sich diese Charta 1945 gegeben, um »künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat« – das bekanntlich von deutschem Boden ausging. Sie beschlossen, die »Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren «

Weltfrieden und internationale Sicherheit werden jetzt gefährdet, indem gegen ein Gründungsmitglied der UNO Krieg geführt wird, Krieg von deutschem Boden aus, Krieg gegen ein Land, das größte Opfer im Kampf gegen Hitler erbrachte und Unschätzbares zur Befreiung Europas vom Faschismus leistete. Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen, ist infam.

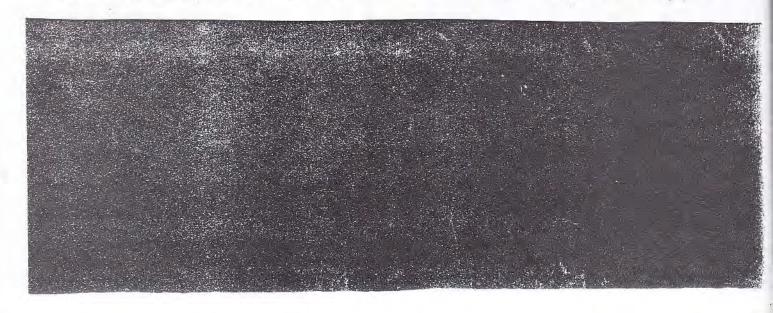
Das Vorgehen der jugoslawischen Führung gegen albanische Minderheiten verstößt gegen die Menschenrechte. Wir verurteilen es. Wir verurteilen es, wie wir das Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Kurden verurteilen und das Vorgehen der israelischen Führung gegen die Palästinenser verurteilt haben.

Stets haben wir gefordert – und wir tun es auch jetzt –, daß dagegen mit den Mitteln vorgegangen wird, die der UNO zu Gebote stehen. Wer die antifaschistische den Menschenrechten verpflichtete Rolleder UNO nicht nutzt, sondern die UNO ausschaltet und schwächt, der hat jedes Recht verloren, sich auf antifaschistische Postulate wie »Nie wieder Auschwitz« zu beziehen, zumal er damit zugleich das Recht zum Krieg begründet. Die Folgen eines solchen Handelns werden ein Wiedererwachen der Kräfte sein, die 1945 entscheidend geschlagen zu sein schie-

Erinnert wird daran, daß Serbien in diesem Jahrhundert zweimal von deutschem Boden aus mit Vernichtung und Verwüstung überzogen wurde. Die Autoren fordern:

Schluß mit dem Krieg gegen Jugoslawien und als Sofortmaßnahme: Einstellung der Bombardements. Verhandeln statt schießen. Wir fordern die Wiederherstellung der UNO-Charta und Stärkung der UNO. Dies als Beitrag zur Verwirklichung und Verteidigung der antifaschistischen Errungenschaften der Völker.

Hochachtungsvoll
Esther Bejarano, Hamburg
Peter Gingold, Frankfurt am Main
Kurt Goldstein, Berlin
Walter Bloch, Düsseldorf
Henny Dreifuß, Düsseldorf
Günter Hänsel, Neuss
Werner Stertzenbach, Düsseldorf





Für die sofortige Beendigung der Nato-Militäraktionen...

Erklärung des Auschwitz-Komitees

Das Auschwitzkomitee in der BRD ist zutiefst beunruhigt über die Argumente, mit denen die deutsche Beteiligung im Kosovo-Krieg begründet wird.

Da ist von "Völkermord", von "Konzentrationslagern", von "Selektion" und "Deportation" die Rede, da wird das Geschehen im Kosovo mit dem "Geschehen in Polen während des zweiten Weltkrieges" verglichen. Da beruft sich der deutsche Außenminister auf die Forderung "Nie wieder Auschwitz", da wird die Massenvertreibung im Kosovo vom Verteidigungsminister als "Jahrhundertverbrechen" bezeichnet.

Damit wird ein weiteres Mal der Versuch unternommen, Auschwitz zu relativieren und Deutschland von seiner Verantwortung für das in der bisherigen Menschheitsgeschichte singuläre Verbrechen, die Shoah, zu befreien.

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit ihrem Bestehen nicht gewillt, alle Verfolgten des Naziregimes, insbesondere die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, zu entschädigen. Sie benutzt aber Auschwitz zur Legitimation ihrer Teilnahme an einem völkerrechtswidrigen Krieg.

Das Postulat "Nie wieder Auschwitz" darf nicht gegen die Forderung "Nie wieder Krieg" ausgespielt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für die sofortige Beendigung der Nato-Militäraktionen einzusetzen und für eine politische Lösung einzutreten.

...gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge

Holocaust-Überlebende verurteilen Äußerungen der Bundesregierung zu Parallelen Auschwitz/Kosovo

Die Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano und Kurt Goldstein und der VVN-BdA-Bundessprecher Peter Gingold, der auch Mitglied des Auschwitz-Komitees ist, haben sich gemeinsam mit weiteren jüdischen Überlebenden und Hinterbliebenen des Holocaust gegen Stimmen gewandt, zugunsten des Auftrages "Nie wieder Auschwitz" dürfe auf das Postulat "Nie

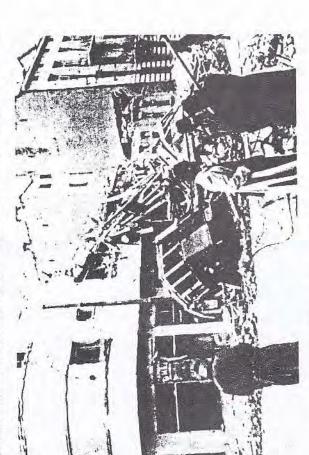
wieder Krieg" verzichtet werden. Die Unterzeichner, die zahlreiche Familienmitglieder in Auschwitz verloren, wiesen diesbezügliche Äußerungen von Außenminister Joseph Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping zurück. Sie schrieben folgenden Brief an die Minister:

Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping

Sehr geehrter Herr Außerminister! Sehr geehrter Herr Verteidigungsminister! Der Verteidigungsminister hatte bereits vor der völkerrechtswidrigen Aggression der NATO gegen Jugoslawen, an der die Bundeswehr in verlassungswidriger
Weise teilnimmt, ber einem Bundeswehrbesuch in
Auschwitz gesagt. Um ein neues Auschwitz zu verhindern, "ist die Bundeswehr in Bosnien", und daß sie

Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz,

darum "wohl auch in das Kosovo gehen" wird. In Erklärungsnot geraten, berief sich auch der Außenminister auf die neue Art der Auschwitzlüge, um den verhängnisvollen Verstoß gegen die gerade auf Grund der Lehren von faschistischem Kneg und Holocaust geschaffene UNO-Charta zu begründen.



"Unternehmen Strafgericht"

Am 6. April 1941 überliel die deutsche Wehrmacht Jugoslawien. Der Überfäll trug den Namen "Unternehmen Strafgericht". Indem wir Fotos dokumentieren, die in der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" gezeigt werden – im Juni ist die Ausstellung in Hamburg zu sehen – geht es uns nicht darum, Parallelen zu ziehen. Im Gegenteil: Die historischen Vergleiche werden von Veteidigungsminister Scharping gezogen. Deswegen wollen wir daran erinnern, welches Leid Nazideutschland über Jugoslawien gebracht hat. Die Folgen dieser Verbrechen sind bis heute spürbar.

Die rotgrüne Bundesregierung spricht nicht umsonst von einem "Völkermord" im Kosovo, denn nur ein solches Verbrechen kann einen deutschen Angriffskrieg legitimieren – gerade weil so der Völkermord, den Deutsche begangen haben, scheinbar aufgewogen wird. Zahlreiche Überdebende des Holocaust haben sich gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge ausgesprochen. Ehemalige Spanienkämpfer haben die Vergleiche, die Bundesaußennn-

nister Fischer zum spanischen Bürgerkrieg gezogen hat, scharf zurückgewiesen.

Aber wer gegen diesen Krieg ist, sieht sich schneil dem Vorwurf ausgesetzt, einer Vertreibung zusehen zu wollen. Wer sich gegen die Vergleiche mit Auschwitz ausspricht, wird angegriffen, heutige Verbreichen zu relativieren. Am ersten Tag des Krieges, dem 24. März 1999, war ein Ehrenfriedhof für die Opfer der deutschen Besatzungsmacht eines der ersten Ziele. Nicht nur darin wird deutlich: Dieser Krieg ist ein Krieg gegen die
Vergangenheit.

mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrennenschen vorbereiteten und begangenen Volkermord an Juden, Snit und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für ihre verhängnisvolle Politik geborene Verhamiosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmallgen Verbrechens.

Diese Ihre Vorgehensweise soll offenbar einen sichwerwiegenden und nicht entschuldbaren Verstoß gegen die Charta der Vereintern Nationen rechtlertigen. Die gegen Deutschland und Japan siegnechen Volker haben sich diese Charta 1945 gegeben, um "künttige Geschlechter vor der Gelißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzahten ursägbarenstleit über die Menschheit gebracht hat" – das bekanntlich von deutsichem Boden ausging. Sie beschlossen, die "Kräfte zu verenen, um den Weitfrieder und die Internationale Sicherheit zu wahren"

nennt?

Welthieden und internationale Sichemeit werden jetzt gefährdet, indem gegen ein Grundungsmitglied der UNO Kneg gegen ein Grundungsmitglied der aus, Krieg gegen ein Land, das größte Opfer im Kampf gegen Hitler brachte und Unschätzbares zur Befreiunig Europas vom Faschismus leistete. Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen, ist infam.

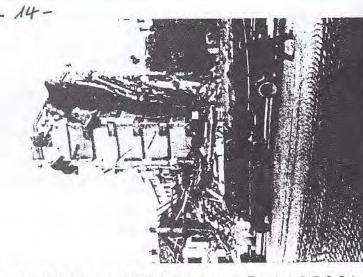
daß dagegen mit den Mitteln vorgegangen wird. die die UNO ausschaftet und faschistische Postulate wie "Nie wieder Auschwitz" zu Kurden verurteilen und das Vorgehen der israelischen den Menschenrechten verpflichtete Rolle der UNO beziehen, zumal er damit zugleich das Recht auf Knieg Das Vorgehen der jugostawischen Führung gegen afbanische Minderheiten verstößt gegen die Menschenrechte. Wir verurteilen es. Wir verurteilen es, wie wir das Vorgehen der türkschen Regierung gegen die Führung gegen die Palästinenser verurteilt haben. der UNO zu Gebote stehen. Wer die amifaschistische, schwächt, der hat jedes Recht verloren, sich auf antiden ein Wiederenwachen der Kräfte sein, die 1945 ent Stets haben wir gefordert - und wir tun es auch jetzt begründet. Die Folgen eines solichen Handelins wer scheidend geschlagen zu sein schienen. nicht nutzt, sondern

Sehr geehrte Herren Minister! Wir fragen Sie angesichts Ihrer Verlautbarungen und politischen Praxis: Soil vergessen sein, daß in diesem Jahrhundert zweimal über Serbien von deutschem Boden aus Vernichtung und Verwüstung hinwegginigen? Soil vergessen sein das Massaker an einer Million Serben, begangen von deutschen Nazis im Zweiten Weltkrieg und ihren in- und ausländischen willigen Vollstreckern? Nach den Juden hatten die Slawen in Serbien - gemessen an ihrer Gesamtbevölkerung - die meisten Opfer zu beklagen

Soll vergessen sein, daß die Zerschlägung Serbiens von 1914 bis 1918 jenem Heeresgruppenbefehlshaber und Totenkophusaren August von Mackensen übertragen war, der 1915 und dann immer wieder das "rücksichtslose Vorgehen" gegen die serbische Bevölkening befahl und der dann unter Hiller bis zuletzt als Propagandist half – bis zum Aufruf zum Opfertod der Jugendlichen als Volkssturm – und nach dem die Burdeswehr immer noch eine Kaserne in Hildesheim be-

Soli vergessen sein, daß nicht nur kalserliches Heer, Reichswehr und Wehrmacht erprobte Serbenschlächter in ihren Reihen hatten, sondern auch die Bundeswehr? Wir verweisen auf Wehrmachtsoberst Kan-Wilhelm Thillo, der in der Bundeswehr Generalmager und Kommandeur der 1. Gebirgsdivision – jerrer Division, die nun wieder auf dem Balkan die deutsche Pahne vertrut – sowie stellverfretender Heeresinsbekteur, wurde. Er unterzeichnete Massemmordbefehle gegen Ausoslawen und er schrieb mit an Buchern, die in des Absolawen und er schrieb mit an Buchern, die in des

The first first first the second of the seco



Bundeswehr kursierten, um den Völkermord zu preisen, so H. Lanz (Hg.) "Gebirgsjäger - Die 1. Gebirgsjäger-Division 1935/1945".

Soll vergessen sein, daß der Knieg der Bundeswehn gegen Serbien eindeutig gegen das Volkerrecht verstößt, nicht nur gegen des Volkerrecht verstößt, nicht nur gegen die Schlußakte von Helsinki, gegen den NATO-Vertrag, die Schlußakte von Helsinki, gegen das Grundgesetz und den Zwei-Plus-Vier-Vertrag? Deutschland hat sich immer wieder zur Enhaltung der UN-Charta verpflichtet und sie nun mit dem Augriff auf Jugoslawien mit Füßen getreten. Die Bundeswehr versteß gegen die Befehle aus dem politischen Raum: "Darüber hinaus hat die Bundesregierung das Verbot der Führung eines Angriffskrieges … bekrättigt." (Aus dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990. Zürert nach "Weißbuch 1994" der Bundesweht.)

Soll vergessen sein, daß Jugoslawien mit dem Kneg zur Unterzeichnung eines Verträges gezwungen werden soll, der nur mit dem Münchner Diktat von 1938 verglichen werden kann, mit dem die CSR zerstört wurde, wie heute Jugoslawien zerstört werden soll? "Ein Verträg ist nichtlig, wenn sein Abschluß durch Androhung oder Anwendung von Gewalt unter Verletzung der in der Charta der Vereinten Nationen niedergeleigten Grundsätze des Völkerrechts herbeigeführt wurde." So heißt es im Wiener Übereinkommen über das Becht der Verträge, Artikel 52.

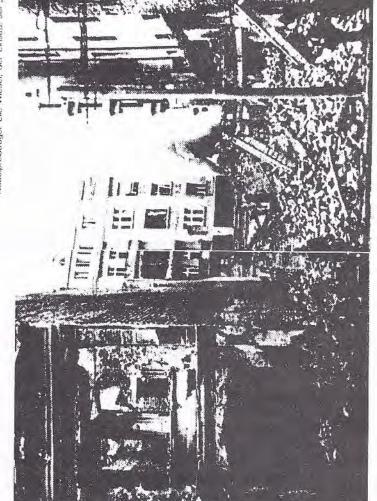
Wir fordern entschieden: Schluß mit dem Krieg gegen Jugoslawien und als Sofortmaßnahme: Einstellung der Bornbardements: Verhandeln statt schießen:

Wir fordem die Wiederherstellung der UNO-Charta und Stärkung der UNO. Als Beitrag zu Verwirklichung und Verteidigung der antiffaschistischen Errungenschaften der Völker.

Hochachtungsvoll

Esther Bejarano, Hamburg
Peter Gingold, Franklurt am Main
Kurt Goldstein, Berlin
Watter Bloch, Dusseldorf
Henny Dreituß, Dusseldorf
Günter Hänsel, Neuss
Werner Stertzenbach, Dusseldorf
Budi Lippmann, Berlin
Vera Mitteldorf, Berlin
Werner Krich, Berlin
Imgand Konrad, Berlin
Imgand Konrad, Berlin
Manicha und Adt König, Berlin

Dieser Brief wurde am 23. April 99 in der "Franklurter Bundschau" als Anzeige veröffentlicht.
Die Unterzeichnerhinen bitten um Spenden:
Peter Gingold, Konto-Nr. 440477.
Stichwort "Brief an Minister"



"Hin- und hergerissen"

Überlebende zum Kosovo-Krieg

Kein Tag vergeht, an dem nicht von "Konzentrationslagern" und von "Deportationen" die Rede ist und deutsche Politiker behaupten, "Nie wieder Auschwitz" sei tung des Krieges - mittlenweile gehört es zum guten eine der Kontinuitätslinien ihrer politischen Überzeugungen. Die Gleichsetzung der Geschehnisse im Koton, "innerlich zertissen" zu sein. Auf der anderen sovo mit der Shoah ermöglicht auf der einen Seite auch Pazifisten die moralisch einwandfreie Befürwor-Seite bringt diese Gleichsetzung auch einige Kriegsbelich zemssen sind, weil sie nicht nur keine Pazifisten sind, sondern well sie am weltweiten Schutz ethnischer und religiöser Minoritäten ein existenzielles Interesse haben. Deswegen sehen sie keine Alternative fürworter in Widersprüche - jene, die tatsächlich inner zu den Bombardements.

Zahlreiche Übertebende des Holocaust haben sich in den vergangenen Wochen so geäußert. So meint der Nobelpreisträger Elle Wiesel, der Einsatz sei "mora-

isch erforderlich", und formuliert damit die vorherrschende Meinung unter den Juden in den USA. Marek Edelman, der letzte noch lebende Anführer des Autstands im Warschauer Ghetto, forderte gar den Einsatz von Bodentruppen im Kosovo, ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentrafrats der Juden in Deutschland, sagte, er sei "hin- und hergerissen. Jedenfallis muß man versuchen aus dem Teufelskreis rauszukommen."

Aus Solidantät mit den albanischen Flüchtlingen treten alle möglichen Bedenken in den Hintergrund. "Sieht mar dem Volkermord zu, setzt man sich der Kritik aus, man Habe ihn nicht verhindert, Greift man mittärisch en, heißt es, man treffe Unschuldige," so Bubis. Zu, gleich aber grenzt auch er sich ab: Zwischen Stobodan Mitosevic und Hitter, zwischen der Stuation im Kosovound der Shoah gebe es keine Parallelein.

Hier setzt auch die Kritik von zahlreichen anderen Brief an Fischer und Scharping kritisieren ehemalige Verfolgte, die Gleichsetzung grundsätzlich als "aus Argumentationsnot für eine verhängnisvolle Politik gebosprochen haben, in dem hier dokumentierten offenen pflichtete Rolle der UNO nicht nutzt, sondern die UNO Überlebenden an, die sich gegen den Krieg ausgerene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens". Historisch quenz aus Faschismus und Kneg. Deswegen habe. wer die "antifaschistische, den Menschenrechten ver-Auschwitz, zu beziehen" Im Gegentell werde eine sei die Charta der Vereinten Nationen eine Konseausschaftet und schwacht, ... jedes Recht verloren, sich auf antifaschistische Postulate wie "Nie wieder Folge dieser Ausschaltung der UNO "ein Wiedererwachen der Krätte sein, die 1945 entscheidend geschlagen zu sein schienen".

Trotz der zwangsläufig sehr emotional geführten Diskussionen, ist dieser Punkt nicht die einzige Gemeinsamkeit zwischen den Uberlebenden, die den Krieg befürworten bzw. ablehnen. Neben der Kritik an der Gleichsetzung ist es die sich zwischen den Zeilen vermittelnde Einschätzung, daß die Nachkriegsordnung mit diesem Krieg endgültig zerbrochen sei, Kriegsgegner und Kriegsbefürworter ent der Bezug auf das Volkerrecht und die Menschenrechte.

Die Renaissance des völkischen Nationalismus bereitet allen Überlebenden schlatlose Nächte, aber sie ziehen unterschiedliche Konsequenzen. Track Kunstroich

MA-verlag - Dorfstr, 41 25795 Stelle-Wittenwurth

Herrn
Peter Gingold
Reichsforststr. 3
60528 Frankfurt am Main

per Fax: 059/67 26 31



Buch- und Zeitschaftenverlag Redaktionen Übersetzungen Grafik - Satz - Repro

C.M.S.

Commercial N'ail Service Computer-Publishing

Stelle, den 15.04.99

Elektronische Zeitschrift SCHATTENBLICK

Sehr geehrter Herr Gingold,

über den SPD-Presseverteiler im Internet hab in wir am 14.04.99 den folgenden Beitrag erhalten:

"SPD->Friedens-INFO

Auschwitz-Oberlebende verurteilen Außerungen der Bundesregierung zu Parallelen Auschwitz-Kosovo" (Brief an die Minister)

und würden diesen gern in unserer nicht kommerziellen Zeitschrift SCHATTENBLICK veröffentlichen. Doch zunächst einmal möchte ich Ihnen unsere elektronische Zeitschrift SCHATTENBLICK vorstellen.

Der SCHATTENBLICK stellt seinen Lesern eine große Bandbreite an Informationen kostenfrei zur Verfügung. Neben eigenen redaktionellen Beiträgen und aktuellen Nachrichten werden Originalbeiträge aus vielen bekannten und geschätzten Magazinen, Zeitschriften und Journalen sowie die Öffentlichkeitsarbeit verschiedenster Interessengruppen bereitgestellt.

Alle Fremöbeiträge werden ungekürzt und selbstverständlich mit vollständiger Quellenangabe publiziert.

Wie Sie auch den beiliegenden kurzen Informationen entnehmen können, wird der SCHATTENBLICK auf dem Wege der Datenfernübertragung per PC und Modem ...

../2

DER STANDARD - Kosovo - 16.4.1999 09:02 MEZ

AKTUELL

Joschka Fischer und SPD attackieren Gysi

-17-

Anlaß war Jugoslawien-Reise des PDS-Fraktionschefs - Gysi verteidigte Gespräch mit Milosevic - Scharping will kein "Kriegsminister" sein

Bonn - Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder hat am Donnerstag scharfe Kritik an der Belgrad-Reise von PDS-Fraktionschef Gregor Gysi geübt. Schröder sagte in seiner Regierungserklärung zum Kosovo-Konflikt am Donnerstag im Bundestag an die PDS gewendet: "Sie müssen aufpassen, daß Sie sich nicht langsam den Vorwurf einhandeln, von einer fünften Kolonne Moskaus zu einer fünften Kolonne Belgrads zu werden."

Scharping findet "Kriegsminister" eine "Unerhörtheit"

SPD-Fraktionschef Peter Struck betonte, "wie peinlich ich den Vorgang des Besuchs von Herrn Gysi in Belgrad und sein Gespräch mit Milosevic finde". In einer PDS-Zeitung werde Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) als "Kriegsminister" diskreditien. Er weise diese "Unerhörtheit" scharf zurück. Der Sprecher des rechten "Seeheimer Kreises", Reinhold Robbe, sagte der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Donnerstagsausgabe), Gysi sei allen in den Rücken gefallen, die sich um Frieden bemühten. Er habe sich zum Sprachrohr des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic gemacht. Auch der rheinlandpfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) kritisierte die Belgrad-Reise Gysis.

Der deutsche Außenminister Joschka Fischer hat die oppositionellen Reformkommunisten wegen ihrer Haltung in der Kosovo-Krise scharf kritisiert. In der Parlamentsdebatte warf Fischer ihnen vor, sie betätigten sich als "Weißwäscher für einen neuen Faschismus". Sie sprächen vom Völkerrecht, fragten aber nicht nach den Rechten der Ermordeten, der vergewaltigten Frauen und Vertriebenen im Kosovo. Mit linker Politik habe das nichts zu tun. Fischer dagegen nannte Milosevics Vorgehen einen "rohen Faschismus", den das demokratische Europa nicht akzeptieren könne. Er bekräftigte die Entschlossenheit des westlichen Bündnisses, für die ungefährdete Rückkehr der Vertriebenen und langfristig für eine friedliche Perspektive zu sorgen.

Unterschiedliche Standpunkte innerhalb der Grünen

Der Fraktionsvorsitzende der mitregierenden Grünen, Rezzo Schlauch, gab zu, daß es in seiner Partei unterschiedliche Standpunkte zu dem Vorgehen der NATO gebe. Für die überwiegende Mehrheit der Fraktion stehe jedoch fest, "daß Milosevic auch mit militarischen Mittel die Moglichkeit zur ethnischen Kriegsführung genommen werden muß".

Gysi: "Wir müssen raus aus der Kriegslogik"

Gysi war am Mittwoch als erster deutscher Politiker seit Beginn der NATO-Angriffe mit Milosevic in Belgrad zusammengetroffen. Er verteidigte im Bundestag sein Treffen mit Jugoslawiens Prasident Slobodan Milosevic. Nur über Gespräche und Diplomatie könne man zu Lösungen kommen "Wir müssen raus aus der Kriegslogik", forderte Gysi Er berichtete, Milosevic sei bereit, sich in Anwesenheit von UNO-Generalsekretar Kofi Annan mit dem Albaner-Führer Ibrahim Rugova zu treffen.

Gysi warf der Bundesregierung vor, sich an einem verfassungswidrigen Angriffskneg der NATO gegen Jugoslawien zu beteiligen. Jugoslawien habe keinen NATO-Staat attackiert. Mit ihren Militarschlägen führe die Nato daher einen Angriffskrieg, der der Bundesrepublik laut Grundgesetz verboten sei. Zudem würden damit die Bedingungen des Zwei-Plus-Vier-Vertrags über die deutsche Einheit verletzt. Darin habe Deutschland sich verpflichtet, seine Waffen nur im Einklang mit dem Grundgesetz und der Charta der Vereinten Nationen (UNO) einzusetzen.

Gysi reist nach Albanien

Gregor Gysi ist zu einem Besuch nach Albanien gereist. Gysi werde in Tirana mit dem Prasidenten der Republik Albanien, Rexhep Qemal Meidani, sowie mit weiteren Regierungsmitgliedern zusammenkommen, teilte die PDS- raktionspressestelle am Donnerstag in Bonn mit. In Albanien wolle Gysi auch das Zeltrager Spitall besuchen und dabei Gespräche mit Flüchtlingen und Mitarbeitern des Technischen Hilfswerks

-18-

DIALOGUE

Journal International d'Arts et de Sciences International Journal of Arts and Sciences Internationale Zeitschrift für Kunst und Wissenschaft

Association DIALOGUE, 47 bis, Avenue de Clichy, 75017 Paris, Tel.fax: (33-1) 56249099

(Übersetzung)

Offener Brief an:

Herrn Josef Fischer Vizekanzler und Außenminister der Bundesrepublik Deutschland 16. April 1999

Sehr geehrter Herr Fischer,

in einem Brief, den wir Ihnen während Ihrer Teilnahme am Europäischen Grünen Kongreß in Paris am 27. Februar übergaben, unterstützten wir Ihre Ablehnung der Politik des nuklearen Erstschlags und appellierten an Sie, einen Erstschlag mit NATO-Raketen und Bomben gegen Serbien prinzipiell abzulehnen. Wir schrieben: "die NATO verstößt mit ihren Angriffen gegen Serbien nicht nur gegen das Völkerrecht, sie nähert sich auch dem Ersteinsatz nuklearer Waffen. Die USA verwenden in ihrem Waffenarsenal, das sie bei den Luftschlägen einsetzen, auch Waffensysteme mit abgereichertem Uran."

Ihre Antwort kam indirekt: Sie befürworteten ausdrücklich NATO-Luftschläge.

Auf dem Europäischen Grünen Kongreß haben wir Ihnen genau zugehört, und wir kennen Aussagen, die Sie bei anderen Gelegenheiten gemacht haben.

Auffallend in Paris war, wie Sie die Türkei und Jugoslawien mit zweierlei Maß messen. Die Türkei und das Kurdenproblem betreffend, betonten Sie , es sei nötig, "beide Seiten zu verstehen". Sie wiesen darauf hin, daß man der Lösung der schwierigen und emotionsbeladenen Probleme Zeit geben sollte. Kurdischen Separatisten rieten Sie, "zur Politik zurückzukehren".

Warum haben Sie eine andere Haltung gegenüber Serbien und den ethnischen Albanern? Unter dem Druck nationalistischer Führer verweigerten sich ethnische Albaner seit vielen Jahren von ihren demokratischen Rechten als jugoslawische Staatsbürger, einschließlich des Wahlrechts Gebrauch zu machen. Und im Gegensatz zu den Kurden in der Türkei, haben Kosovo-Albaner nicht nur Bürgerrechte, sondern auch weitgehende kulturelle Rechte, besonders das Recht, ihre Sprache ungehindert öffentlich zu benutzen. Ihre politischen Führer, die den gewaltfreien Weg gehen wollen, waren seit Jahren im Kosovo aktiv und konnten ungehindert ins Ausland reisen, um internationale Unterstützung gegen den serbischen Staat zusammenzutrommeln. Wo sonst gibt es so viel Freiheit für Verfechter eines sezessionistischen Nationalismus? Sicherlich nicht in der Türkei. Die Türkei aber wird unterstützt, Serbien wird verurteilt.

Offensichtlich wird hier mit zweierlei Maß gemessen, weil die Türkei Mitglied der NATO ist und Jugoslawien nicht. In Anbetracht der großen und militanten kurdischen Diaspora in der Europäischen Union, müssen offenbar Anstrengungen unternommen werden, "beide Seiten zu verstehen".

Anders bei der militanten, ethnisch albanischen Diaspora. Sie sucht aktiv die Unterstützung der NATO für ihre separatistischen Ziele. Jugoslawien aber entzog man seine Stimme in internationalen Gremien, sei es in der NATO, der OSZE oder der UNO und ihren Organisationen. Es hat auch keine militante Diaspora, die damit droht, den Bürgerkrieg in die Straßen von Berlin oder Frankfurt zu tragen. Deshalb gibt es anscheinend keinen Anlaß "beide Seiten zu verstehen".

Es war schon erstaunlich, wie Sie in Paris die jüdische Abstammung Ihres Freundes Daniel Cohn-Bendit instrumentalisierten, um Jugoslawien des "Völkermords" zu bezichtigen. Dany auf den Rücken klopfend, sagten Sie, er hätte wegen seiner persönlichen Geschichte "einen Riecher" dafür.

Statt auf den besonderen Geruchsinn eines Daniel Cohn-Bendit zu vertrauen, wäre es wohl seriöser gewesen, Sie hätten sich kundig gemacht, z.B. beim Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Belgrad und Überlebenden von Auschwitz, Herrn Aca Singer. Er hätte Ihnen den Unterschied zwischen Auschwitz und Belgrad erklären können. Sie aber zogen es vor, deutsche Bomber zu schicken, so daß Herr Singer und seine Frau, beide über 70, nun die Nächte außerhalb ihrer Wohnung auf Pritschen verbringen müssen. Sie hätten sich auch Aufklärung holen können bei den Auschwitzüberlebenden Esther Bejarano und Kurt Goldstein. Diese erinnern sich nämlich daran - was Sie, Herr Fischer, geflissentlich vergessen -, daß die Nazis die Slawen, besonders die Serben, für ihren Völkermord auserkoren hatten.

Sie erklärten auch Ihre freundliche Absicht, "das serbische Volk nach Europa zurückzuholen". Herr Fischer, Sie scheinen nicht zu wissen, daß das serbische Volk seit mehr als Tausend Jahren in Europa lebt. Vor einigen Jahren wurde es aus internationalen Organisationen ausgeschlossen und in Kroatien aus seinen Häusern vertrieben. Dies ist weitgehend das Resultat des Drängens Deutschlands nach diplomatischer Anerkennung Kroatiens, das sich ohne Verhandlungen abgespalten hatte.

Die Isolierung des serbischen Volkes, die Sie erwähnen, ist keine "Selbstisolierung", sondern eine Isolierung, wie sie von Deutschland in Kollaboration mit der kroatischen und albanischen Lobby gewollt und betrieben wird. Diese Lobby hatte großen Einfluß auf Medien und Politik in Deutschland und den USA.

Nachdem Sie also die Serben isoliert haben, bieten Sie großzügig an, sie nach Europa zurückzuholen. Wie denn? Indem Sie die Infrastruktur des Landes zerstören, die Brücken bombardieren, die Industrie vernichten, indem sie das Volk seiner wirtschaftlichen Entwicklung berauben, einer Entwicklung, die eines halben Jahrhunderts bedurfte, um das Land aus den Trümmern zu holen, die der letzte deutsche Angriff hinterließ? Sie haben nach einem "Stabilitätspakt" für den südlichen Balkan gerufen. Ist dies eine neue Ausgabe von Hitlers "Neuordnung", die auch Stabilität versprach und Tod und Zerstörung brachte? Besteht Ihre Methode", den südlichen Balkan in die Europäische Union zu holen", darin, ihn zu Asche zu machen, um das, was übrig bleibt, in kleine NATO-Protektorate zu zerlegen?

Wir beide lebten zu unterschiedlichen Zeiten in der Bundesrepublik. Wir bewunderten die deutsche Friedensbewegung. Wir sind davon überzeugt, daß die Mehrheit der Deutschen, vor allem genau jene, die Sie in den letzten Wahlen wählten, niemals diesem Krieg gegen ein souveränes europäisches Land, einem Krieg, der alle diesbezüglichen internationalen Verträge bricht, zugestimmt hätten, hätte man ihnen nicht ständig gesagt, daß es nur eine Wahl gab, die zwischen Krieg und Völkermord. Dies ist die Linie, die Sie vertreten seit der Bundestagsdebatte am 6. Dezember 1995 über die deutsche Teilnahme an Militäroperationen in Bosnien-Herzegowina. Sie fanden den sophistischen Trick, um die Grünen auf eine Linie mit künftigen NATO Kriegsplänen zu bringen, um sie - oder sich selbst - regierungsfähig zu machen. Der Trick bestand darin, komplexe Fragen der deutschen Beziehungen zu Jugoslawien auf ein simples moralisches Dilemma zu reduzieren, auf ein Dilemma zwischen zwei "grünen Grundwerten": Frieden versus der Notwendigkeit, Menschen zu helfen gegen einen "neuen Faschismus zu überleben". Es war eine falsche Zwickmühle, um die Grünen zu bewegen, Krieg zu akzeptieren.

Bewaffnet mit dieser Sophisterei und mit der Medienbekanntheit Ihres Freundes Daniel Cohn-Bendit, haben Sie die Rolle eines Rattenfängers von Frankfurt gespielt, um die Grünen Kinder von der Klippe in den Abgrund eines Angriffskrieges zu führen.

Sie haben Ihren Lohn erhalten: Außenminister der Bundesrepublik Deutschland. Sie sind einen langen Weg gegangen. Und Richard Holbrooke hatte prophezeit, daß Sie "ein großer Außenminister" werden.

Er hatte vielleicht vorhergesehen, daß Ihre historische Rolle darin bestehen wird, deutsche Schuld am Holocaust in einen moralischen Vorwand zu verwandeln, dem Drang nach Osten wieder nachzugeben, was bereits erfolgslos vom Dritten Reich versucht wurde.

Sie haben die Mitglieder Ihrer eigenen Partei getäuscht, weil Sie sie nicht darüber informierten, daß der "Friedensvertrag" von Rambouillet in Wirklichkeit ein Kriegsvertrag zwischen der NATO und der "Kosovo-Befreiungsarmee" (deren berüchtigte Verbindung zum Heroinhandel Ihrer Regierung nicht unbekannt sein kann) war - in Form eines Ultimatums an Belgrad, das viel schlimmer war als jenes von Wien 1914 und den Ersten Weltkrieg entfachte.

Konfrontiert mit dem geringen Erfolg der NATO-Bombenangriffe auf Jugoslawien, schüren Sie an der Seite Ihrer NATO Kollegen die Kriegspropaganda. Milosevic ist nun "der neue Hitler", der gestoppt werden muß, in der Weise wie die Alliierten den ersten stoppten: indem Sie das Land in Trümmer legen, "bedingungslose Aufgabe" und militärische Besetzung fordern. Wie gut es sich anfühlen muß, diesmal auf der Seite der Sieger zu sein!

Nein, Herr Fischer, Herr Milosevic ist nicht Hitler. Er ist ein schlauer, unehrlicher Politiker, der seinem Volk Frieden und Harmonie versprach und ihnen Streit und Krieg brachte. Er ist ein unheilvoller Politiker, wie so viele andere in der Welt, einige gar nicht weit von Ihnen entfernt.

Es gibt in diesem Kneg viel Rollenspiel und Identitätsverwirrung. Bill Clinton ist nicht Franklin D.Roosevelt. Tony Blair nicht Winston Churchill. Jacques Chirac nicht Charles de Gaulle.

Aber die Frage bleibt: WER SIND SIE, Herr Fischer?
Mit freundlichem Gruß

gez. **Dr. Dragan Pavlovic** Forscher an der Universität Paris VII Chefredakteur, Dialogue Diana Johnstone Mitherausgeberin, Dialogue ehem. Pressesprecherin der Grünen im Europaparlament (1990 bis 1996)

Über die Vernichtung der europäischen Juden durch die Deutschen mussen seit 1945 an die eine Million Zeitungsartikel erschienen, zehntausende Bücher geschrieben und rund hundert Dokumentar, und Spielfilme gedreht worden sein. Offenbar hat niemand sie zur Kenntnis genommen. Das jedenfalls wäre eine Erklärung dafür, daß die Bombardierung Serbiens durch die NATO von den Betreibern immer wieder damit gerechtfertight wird, daß es darum gehe, eine Wiederholung dessen, was wahrend der Schoa schon einmal geschehen sei, diesmal zu verhindern. Von Völkermord, KZs, gar Vernichtungslagern ist die Rede; Szenen wie in "Schindlers Liste" wollen Journalisten gesehen haben; "Nie wieder Auschwitz" wird beschworen. Man hat, wird verkündet,

aus der Geschichte gelernt.

Mag sein. Nur müssen es dann wohl die falschen Geschichtsbücher gewesen sein. Denn die Vergleiche mit der Schoa hinken nicht nur, sie sind schlicht falsch. Was aerzeit im Kosovo geschieht, ist eine ethnische Vertreibung. Terror gegen die Zivilbevölkerung wird systematisch als Mittel der Kriegsführung eingesetzt. Das ist sicher schlimm. Nur mit Auschwitz hat es nichts zu tun. Auschwitz war keine Vertreibung, Auschwitz war auch kein gewöhnlishes Kriegsverbrechen. Auschwitz war die industriell betriebene physische Vernichtung der europäischen Juden, von den Betreibern durchaus korrekt "Endlösung" genannt. Eine derartige Bevolkerungsvernichtung hatte es - sowohl von der Systematik wie von den Ausmaßen her -nie zuvor gegeben; es hat sich seither auch noch nicht wiederholt. Das macht die Schoa einzigartig.

Und das unterscheidet sie auch von dem, was jetzt im Kosovo geschieht. Wenn man die aktuelle Lage dort unbedingt historisch vergleichen will, bieten sich bessere, weil richtigere Ereignisse an: der Dreisligjährige Krieg zum Beispiel, General Shermans Marsch durch Georgia im amerikanischen Bürgerkrieg, oder, wenn man's etwas moderner mag, der millionenfache zwangsweise Bevölkerungstransfer zwischen Indien und Pakistan nach Ende der britischen Kolonialherrschaft 1947. Damals wie heute wurde vertrieben, vergewaltigt, gemordet, gebrandschatzt und geplündert. Das war und ist barbarisch; historisch einzigartig ist es nicht. Das unterscheidet Kosovo wesentlich

von Auschwitz.

Und dennoch wird in Sachen Kosovo von Politik und Medien tagtäglich die, hier passt der Walsersche Begriff ausnahmsweise wirklich, "Ausch-, witzkeule" geschwungen. Mag sein, daß diese Instrumentalisierung der Schoa bewußte Ge-schichtsfälschung ist, Kriegspropaganda eben. Schlimmer, weil naheliegender, ist aber ein anderer Verdacht: Womöglich glauben Schröder, Fischer, Scharping und die deutschen Kriegskommentatoren ihrer eigenen Rhetorik. Das würde nämlich gut auch ins Konzept der "Berliner Republik" passen. Denn wenn Kosovo gleich Auschwitz ist, dann war die Schoa auch nicht einzigartig, dann ist Deutschland postum rehabilitiert als im Grunde

PP. P. PS WEA Neue Auschwitz-Lüge?

Auswärtiges Amt und Hardthöhe haben sich gegen Vorwürfe von Auschwitz-Überlebenden gewandt, sie verglichen das Gesche-

hen im Kosovo in unzulassiger Weise mit den NS-Judenmorden, um den Bundeswehr-Einsatz in Jugoslawien zu rechtlertigen. "Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen, ist infam", hieß es ineiner ganzseitigen Anzeige in der Frankfurter Rundschau, in der den Ministern Joschka Fischer (Grüne) und Rudolf Scharping (SPD) "eine neue Art der Auschwitz-Lüge" unterstellt wird. Der stellvertretende Außenamtssprecher Andreas Michaelis sagte dazu, solche Außerungen von Betroffenen des Holocausts würden von der Bundesregierung immer ernst genommen. Fischer habe aber in mehreren Interviews klargestellt, daß er "keine Parallelisierung zwischen Auschwitz und den aktuellen Ereignissen" vomehmen wolle. "Es war in keiner Weise intendiert, das Ausmaß der Kriegsverbrechen an den Kosovo-Albanem in irgendeine Beziehung zum Holocaust zu setzen", betonte er. Der stellvertretende Sprecher des Verteidigungsministe-

riums, Jurgen Cholin, verwies auf Außerungen Scharpings, daß es solche "Parallelen" gebe. Der Minister habe aber betont, daß er damit "nur auf die aktuellen Dinge Bezug nimmt, deren Quellen unsere Befragung der Flüchtlinge sind". Der Sprecher bezog sich damit offenbar auf die zahlreichen Augenzeugenberichte über Morde, Folterungen oder Vergewaltigungen, die von Bonn als glaubwürdig betrachtet werden.

ganz normaler Staat mit - wie andere auch - ein paar historischen Schattenseiten. Und die werden derzeit ja entsorgt. Mit Bomben auf Belgrad ist Auschwitz wiedergutgemacht. Und damit ware das lästige Thema dann endgültig abgehakt. mjw

Artikel 8 des Rambouillet-Vertrages:

Freie Bewegung für die NATO in ganz Jugoslawien

"Das NATO-Personal soll sich mit seinen Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und seiner Ausrüstung innerhalb der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien einschließlich ihre Luftraumes und ihrer Territorialgewässer frei und ungehindert sowie ohne Zugangsbeschränkungen bewegen können. Das schließt ein… das Recht auf die Nutzung sämtlicher Regionen oder Einrichtungen, die benötigt werden…"

Auschwitz-Überlebende: Verhandeln statt schießen

Scharfer Protest gegen Auschwitz-Vergleich

Überlebende des NS-Vernichtungslagers Auschwitz haben - gemeinsam mit weiteren jüdischen Überlebenden und Hinterbliebenen des Holocaust - in einem Brief an Bundesaußenminister Fischer und Bundesverteidigungsminister Scharping scharf gegen deren Vergleiche zwischen Auschwitz und der Situation im Kosovo protestiert:

"Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Vernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz… betreiben", heißt es in dem Brief. Mit der Behauptung, es gelte im Kosovo "ein neues Auschwitz" zu verhindern, solle offenbar ein "ein schwerwiegender und nicht entschuldbarer Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen" rechtfertigt werden. "Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens".

Ebenso scharf wird in der Stellungnahme das Vorgehen der jugoslawischen Führung gegen albanische Minderheiten verurteilt. Dagegen müsse mit den Mitteln der UNO vorgegangen werden. Wer jedoch "die antifaschistische, den Menschenrechten verpflichtete Rolle der UNO nicht nutzt, sondern die UNO ausschaltet und schwächt, der hat jedes Recht verloren, sich auf antifaschistische Postulate wie 'Nie wieder Auschwitz' zu beziehen...

Wir fordern entschieden: Schluß mit dem Krieg gegen Jugoslawien und als Sofortmaßnahme: Einstellung der Bombardements. Verhandeln statt schießen. Wir fordern die Wiederherstellung der UNO-Charta und Stärkung der UNO.

Dies als Beitrag zur Verwirklichung und Verteidigung der antifaschistischen Errungenschaften der Völker."

Zu den Unterzeichnern des Briefes gehören Esther Bejarano (Auschwitz-Komitee), Kurt Goldstein (Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees) und Peter Gingold, Mitglied des Auschwitzkomitees und Bundessprecher der VVN-BdA, sowie Walter Bloch, Henny Dreifuß, Günter Hänsel und Werner Stertzenbach.

Hermann Scheer (SPD):

Rambouillet war eine Kapitulationsurkunde

"Tatsache ist: Dieser Vertragsentwurf war offensichtlich nicht zu unterschreiben... Die Friedenstruppe zur militärischen Absicherung des Vertrages sollte ausschließlich von der NATO gestellt werden... Einen solchen Vertrag unterzeichnet nur ein Staat nach vollständiger militärischer Kapitulation."

(Hermann Scheer, SPD-MdB)

Andreas Buro:

NATO nie verhandlungsorientiert

"Die NATO war leider nie verhandlungsorientiert. Auch die Konferenz von Rambouillet stand immer unter einem militärischen Diktat; der Vertrag war ja in seinen wesentlichen Elementen nicht verhandelbar."

(Prof. Dr. Andreas Buro, friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie).

Ludger Volmer:

Ziele der UCK

"Den ganzen Winter über hatte die UCK gegen den Waffenstillstand verstoßen und mit selektiven Morden die serbische Ordnungsmacht, die sich auch nicht vollständig an den Waffenstillstand hielt, systematisch provoziert. Die Serben reagierten mit einer unvorstellbaren Brutalität. Ziel der UCK war es, Fernsehbilder zu provozieren, die vermittelt über die Empörung in der Bevölkerung der westlichen Welt die NATO zum Eingreifen auf kosovarischer Seite verleiten sollte. Im CNN-Krieg sollte die NATO zur Luftwaffe der UCK werden."

(Dr.Ludger Volmer, bündnisgrüner Staatssekretär, in "Krieg in Jugoslawien - Hintergründe einer grünen Entscheidung").

Friedensforscher Ernst-Otto Czempiel:

NATO will die Ordnungsmacht sein

"In den USA ist schon im vergangenen Herbst klar gesagt worden, ein Hauptzweck der Strategie gegenüber Serbien sei es, die NATO endgültig als das Ordnungsinstrument in Europa durchzusetzen. Auch Rambouillet ist an einer zusätzlichen Forderung gescheitert, die mit der ursprünglichen Konfliktlösung, mit der angestrebten Autonomieregelung für Kosovo gar nichts zu tun hatte - nämlich das 'Einschieben' einer NATO-Streitmacht ohne UN-Mandat… Hier sollte eindeutig die Konkurrenz von EU und OSZE im Krisenmanagement ausgeschaltet werden."

(Prof. Dr. E.O.Czempel, Vorstand der Hess. Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung).

Gegen neue Art der Auschwitz-Lüge

Offener Brief von Auschwitz-Überlebenden an Fischer und Scharping

Die Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano, Kurt Goldstein und der VVN-BdA-Bundessprecher Peter Gingold haben sich gemeinsam mit weiteren jüdischen Überlebenden des Holocaust dagegen gewandt, zugunsten des Auftrages "Nie wieder Auschwitz" dürfe auf das Postulat "Nie wieder Krieg" verzichtet werden. Die Unterzeichner, die zahlreiche Familienmitglieder in Auschwitz verloren haben, wiesen diesbezügliche Äußerungen von Joseph Fischer und Rudolf Scharping zurück. Sie schrieben den hier gekürzt wiedergegebenen Offenen Brief an die deutschen Minister

ir Überlebenden Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens.

Diese Ihre Vorgehensweise soll offenbar einen schwerwiegenden und nicht entschuldbaren Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen rechtfertigen. Die gegen Deutschland und Japan siegreichen Völker haben sich diese Charta 1945 gegeben, um "künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat", - das bekanntlich von deutschem Boden ausging. Sie beschlossen, die "Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wah-

Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen ist infam.

Das Vorgehen der jugoslawischen Führung gegen albanische Minderheiten verstößt gegen die Menschenrechte. Wir verurteilen es.

Stets haben wir gefordert - und wir tun es auch jetzt -, daß dagegen mit den Mitteln vorgegangen wird, die der UNO zu Gebote stehen. Wer die antifaschistische, den Menschenrechten verpflichtete Rolle der UNO nicht nutzt. sondern die UNO ausschaltet und schwächt, der hat jedes Recht verloren, sich auf antifaschistische Postulate wie "Nie wieder Auschwitz" zu beziehen, zumal er damit zugleich das Recht zum Krieg begründet. Die Folgen eines solchen Handelns werden ein Wiedererwachen der Kräfte sein, die 1945 entscheidend geschlagen zu sein schienen.

Soll vergessen sein, daß in diesem Jahrhundert zweimal über Serbien von deutschem Boden aus Vernichtung und Verwüstung hinweggingen? Nach den Juden hatten die Slawen in Serbien - gemessen an ihrer Gesamtbevölkerung - die meisten Opfer zu beklagen.

Soll vergessen sein, daß die Zerschlagung Serbiens von 1914 bis 1918 jenem Heeresgruppenbefehlshaber und Totenkopfhusaren August von Mackensen übertragen war, der 1915 und dann immer wieder das "rücksichtslose Vorgehen" gegen die serbische Bevölkerung befahl und der dann Hitler bis zuletzt als Propagandist half - bis zum Aufruf zum Opfertod der Jugendlichen als Volkssturm - und nach dem die Bundeswehr noch immer eine Kaserne in Hildesheim benennt?

Soll vergessen sein, daß nicht nur kaiserliches Heer, Reichswehr und Wehrmacht erprobte Serbenschlächter in ihren Reihen hatten, sondern auch die Bundeswehr? Wir verweisen auf Wehrmachtsoberst Karl-Wilhelm Thilo. der in der Bundeswehr Generalmajor und Kommandeur der 1. Gebirgsdivision - jener Division, die nun wieder auf dem Balkan die deutsche Fahne burg: Peter Gingold, Frank-



Was sich nicht geändert hat: An deutschen Kriegen verdienen immer noch dieselben deutschen Konzerne. Werbung aus: "Deutscher Luftwaffenkalender 1943"

vertritt - sowie stellvertretender Heeresinspekteur wurde. Er unterzeichnete Mordbefehle gegen Jugoslawien, und er schrieb mit an Büchern, die in der Bundeswehr kursierten, um den Völkermord zu preisen, so H. Lanz' (Hrsg.): "Gebirgsjäger - Die 1. Gebirgsjäger-Division 1935/1945"

Wir fordern entschieden: Schluß mit dem Krieg gegen Jugoslawien und als Sofortmaßnahme: Einstellung der Bombardements. Verhandeln statt schießen. Wir fordern die Wiederherstellung der UNO-Charta und Stärkung der UNO. Dies als Beitrag zur Verwirklichung und Verteidigung der antifaschistischen Errungenschaften der Völker.

Esther Bejarano, Ham-

furt/M.; Kurt Goldstein, Berlin; Walter Bloch, Düsseldorf; Henny Dreifuß, Düsseldorf; Günter Hänsel, Neuss; Werner Sterzenbach, Düsseldorf; Hans Frankenthal, Dortmund; Rudi Lippmann, Berlin; Erhard Deutsch, Berlin; Vera Mitteldorf, Berlin; Werner Krich, Berlin; Irmgard Konrad, Berlin; Miricha König, Berlin; Adi König, Berlin

Der vollständige Text ist erhältlich bei: Ulrich Sander c/o VVN-BdA, Gathe 55, 42107 Wuppertal. Spenden zur Ermöglichung von Anzeigen mit dem vollständigen Text des Offenen Briefes in überregionalen Zeitungen an: Peter Gingold, Konto-Nr. 44 04 77, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Stichwort "Brief an Minister"

egen die leichtfertigen Parallelen Taz 2014/199

Während der Eröffnung des Reichstages demonstrierten ehemalige KZ-Häftlinge gegen den Krieg auf dem Balkan. Die angestellten Vergleiche zwischen dem Völkermord im Kosovo und dem in der Nazizeit erschüttern sie

VVN) in Lageninformen thre internationalen ransparente gegen den Wind slieben den Bundestagsabgeord-Das Bläserensemble auf den Stu-Auschwitzkomitees and mad 15 des Naziregimes April 1945 Buchenwaldschwur. ler Krieg" oder "Für eine Entschäen des Reichstagsgebäudes hatte gerade zur Erölfmung des neuen Gruppe chemaliger KZ. Häftlinge monstrieren lassen, fühlte er sich abgedrangt - wie so oft". Hinter cen Absperrgiuern nahe des Brandemmen. Die Losungen "19 Tie wieder Faschismus, nie wre ligung der NS Zwangsarbeiter niert, da platze Kurt Goldstein der Kragen. Weil man ihn und eine ous Auschwitz and Buchenwald sowie Sachsenhausen nicht unmitlelbar vor dem Reichstag hatte dedenburger Tores mußten der Vize-Mitglieder der Vereinegung der Menarbereichs eine Fandare into des Verfolgten

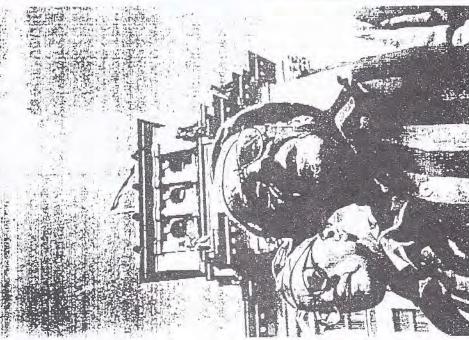
neten verborgen.
Mehr noch als die Paralleitlät des Datums vor 54 Jahren erregte den 85jährigen Spanienkämpfer Goldstein, daß der Deutsche Bundestag vin Triegszeiten" sein neues Donizit in Berhin feraffeh eröffnete. In einem offenen Brief forderten ersowie die einstigen KZ-Häftlingeten Bundestag auf, ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen in Jugoslawien berbeizuführen. "Anstelle einer Welt des Friedens und

der Freiheit" zu schaffen, "sind wir bestürzt über die Balkan und darüber, daß auch von deutschern Boden aus Krieg geführt wird" Die Bomben der Nato hätten die Gewalt nicht beendet, sondern die "Gewaltspirale nur gesteigert". Um wieder an den Verhandlungstisch zurücklehren zu können, müsse die derzeit "mißachtere" Autorität der UNO wiederhergestellt werden.

In the Erklärung werden die Parlamentarier aufgefordert, sofort nach politischen statt nach mibänschen Lösungen des Konflikts zu suchen. Zugleich vernrteihe die VVN die "Unterdrückung nationaler Minderheiten, Vertreibungen und ethnische Säuberungen" im Kosowa durch die jugoslawische Armee "Der Terror muß beendet werden."

Schart kritisierten Goldstein und Alfred Hausser (VVN), die ffaltung von Bundesaußerminister Josehka Fischer und Bundestagsprasident Wolfang Thierw, der gestern in seiner Rede zur Eröffnung des Reichstags noch einmal die Lufangeriffe der Nato verleidigt hatte. Man müsse sieh vor Augen hatten, politerten die Demonstranten, daß Thierse damit weiter Angriffe gegen ein Volk umerstulze, das im Zweiten Weltkrieg gegen flitlerdeutschland gekämplichabe.

gen, krempelte er seinen rechten wich Goldstein aus. Statt dessen Naziverbrechen beitragen Temdsärnel hoch. Zum VorbenVölkernord geschehe und ein rage, warum sich gerade Überlehende des Naziregimes mit ihren Allacken gegen die Hallung der so vehemont zur Wehr setzen, erinnerte er daran, daß Sprachrenozid auf dem Balkan", die derzeit Politiker und Jounalisten gebrauchen, nur mehr zur Verharmlosung würden Genozid sei etwas anderes", sagie Goldstein, Und als wollte er seiner Aussage bekräftineuer Faschismus aufziehe, wie brachte Goldstein jugoslawischen Armee gegen die schen Tatsachen im Kosovo. Der Bundesregierung, Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu geißeln, gefungen wie die "Rede vom Geschein kam seine Hälbfingsnum ebenfalls in Harnisch. Nach seiner bung" der Bevölkerung, Aussagen Ungeheuerlichkeit nicht mehr zu überbieten". Der Außenminister Zugleich verweigere er sich mit solcherler Aussagen den politi-Fischer jüngst im Bundestag er-Ansicht hildeten die Aktionen der Vertreivon Fischer, der "diese Vertreibungen" mit dem Völkermord der Nazis auf eine Stufe stellte, seien "an verhamilose so die historisch einmalige Bedeutung des Holocaust Kosovo-Albaner "eine



Berlin: Demonstranten vor dem Reichstag Foto: Cursten Thielker

Rolf Lautenschläger

Daß im Kosovo durch dier Ser

22.04.99 FR

MIGESPEACH

"Das relativiert den Holocaust"

Historiker Benz rügt Gebrauch der Worte im Krieg

Die Rhetorik der westlichen Kriegsherren, die bei der Vertreibung der Kosovaren gern auf die Ermordung der europäischen Juden verweisen, führt nach Ansicht von Wolfgang Benz dazu, daß am
Ende der Holocaust relativiert wird, "Es
bleibt dann nur ein allgemeines Schrekkenszenario nach dem Motto: Das ist alles irgendwie schlimm", sagte der Leiter
des Zentrums für Antisemitismusforschung am Mittwoch im Gespräch mit
FR-Redakteur Matthias Arning.

Frankfurter Rundschau: Die Nato legitimiert ihre Angriffe nicht zuletzt durch historische Analogien. Offiziell ist die Rede von Massendeportationen, der britische Außenminister Robin Cook hat kürzlich von "Milosevics Endlösung" gesprochen.



Wolfgang Benz.

(Bild: AKG)

Ein Vergleich, der die Vernichtung der europäischen Juden relativiert?

Wolfgang Benz: Ich finde das ganz schlimm, daß Politiker oder auch Publizisten so beliebig in das Arsenal der historischen Begriffe greifen, wenn sie in einem Argumentationszwang stecken. So schlimm und so scheußlich das ist, was Milosevic derzeit mit der Vertreibung der Kosovaren treibt — die sogenannte Endlösung war etwas anderes. Das sollte man auch bei den historischen Analogien nicht übersehen, selbst wenn jetzt Ereignisse auf dem Boden stattfinden, auf dem auch ein Teil der sogenannten Endlösung stattgefunden hat.

Der Bezug zum Holocaust ist für die Diskussion in Deutschland basal. Es heißt: Nicht noch einmal dürfe der Fehler ge-

macht werden, einem Genozid zuzusehen. Danach wird die Debatte über den Nationalsozialismus in Deutschland eine andere sein. Was wird sich verändern?

Bei den historischen Parallelen muß man auch die richtigen Sachen miteinander vergleichen. Wir haben einen historisch argumentierenden Außenminister, der Bündnisgrüne Joschka Fischer, aber es geht ja nicht, daß man jetzt das Ende mit dem Anfang vergleicht. Also: Die historische Analogie ist jetzt gar nicht richtig. Man hätte Hitler 1938 in seinen territorialen Ansprüchen stoppen müssen. Selbstverständlich nicht durch einen Luftangriff, sondern Festigkeit im politischen Handeln und energische wirtschaftliche Sanktionen.

Die systematische Vernichtung der Juden ließ sich 1938 noch nicht erwarten

Der Genozid war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen. Wenn man jetzt im Nachhinein sagt, ja, wir hätten den Genozid verhindern können, wenn wir 1938 Hitler Einhalt geboten hätten, bedeutet das ja auch noch nicht, daß drastische Mittel wie Flächenbombardements oder Bomben auf die zivile Bevölkerung — wie dann im Zweiten Weltkrieg übrigens ohne den gewünschten Erfolg — zu diesem Zeitpunkt geeignet gewesen wären, Hitler Einhalt zu gebieten.

Die Rhetorik des Krieges wird die Auseiandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland verändern. Steht am Ende ein völlig beliebiger Umgang mit historischen Begriffen?

Wenn man alles irgendwie mit allem vergleicht, sich die Argumente dann aus dem Arsenal nur so herauspickt und zusammenfügt wie das jetzt gerade ohne Rücksicht auf die historischen Abläufe geschieht, gerät das mit Sicherheit schief. Es gibt ja jetzt schon eine inflationäre und ganz fatale Verwendung des Wortes "Holocaust". Wenn jetzt jeder, der über irgendetwas besonders empört ist, den Terminus verwendet - etwa wenn die Tierschützer vom Holocaust an den Rindern sprechen, oder wenn man von einem roten Holocaust spricht, nur um eine griffige Formel zu haben, um kommunistische Untaten zu brandmarken, — dann relativiert man am Ende alles. Man muß dabei berücksichtigen, daß wir dann nur noch ein ganz allgemeines Schreckenszenario haben nach dem Motto - es ist alles irgendwie schlimm.

Auch die Vergangenheit ist keine Hilfe +az 2*./25.0%

Aus der Erfahrung des Holocaust ziehen Überlebende gegensätzliche Lehren für die Lösung der Krise im Kosovo. In Zeitungsanzeigen werben sie für ihre Positionen

"Wenn die Geschichte fragt, wer hat sich dem Bösen im Kosovo in den Weg gestellt, wird die Antzeige in der Europa-Ausgabe der International Herald Tribune wird derzeit das Hohelied der Nato gesungen. "In diesem dunklen Jahrhundert, das Zeuge unaussprechlicher Fälle von Unmenschlichkeit wurde, applaudieren wir der Allianz dafür, einen prinzipienfesten Standpunkt bezogen zu haben."

Mit dem gegenteiligen Tenor schloß gestern eine ganzseitige

Anzeige in der Frankfurter Rundschau. "Schluß mit dem Krieg gegen Jugoslawien. Einstellung des Bombardements. Verhandeln statt schießen." Gemeinsam ist beiden Anzeigen die Bezugnahme auf die Erfahrung des Holocaust.

Die Nato-Eloge stammt aus der Feder des American Jewish Committee (AJC), 1906 von deutschstämmigen Juden gegründet und heute eine der wichtigen Organisationen der jüdischen Community in den USA. Der Nato-kritische Aufruf wurde von einer Gruppe

von Auschwitz-Überlebenden verfaßt. In einem offenen Brief an die Minister Joschka Fischer und Rudolf Scharping wenden sie sich gegen "Äußerungen der Bundesregierung zu Parallelen Auschwitz/Kosovo". Sie warnen, wer den Einsatz im Balkan mit der Notwendigkeit verteidige, kein zweites Auschwitz zuzulassen, begehe "eine neue Art der Auschwitzlüge".

"Ich habe mein zweijähriges Kind vor der Vergasung retten müssen", sagt Peter Gingold, 83

Jahre, einst aktiver Kommunist und heute als Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) Auftraggeber der Frankfurter Anzeige. "Ich will nicht sagen, ich wäre glücklich gewesen, aber doch froh, wenn uns nichts Schlimmeres gedroht hätte, als vertrieben zu werden." Bei aller Grausamkeit des serbischen Vorgehens im Kosovo "ist es nicht so, daß Milošević angetreten ist, die gesamte albanische Bevölkerung zu vernichten. Deshalbist das für mich kein Völkermord."

"Es ist das größte Desaster in Europa seit dem Holocaust", meint Eugene DuBow, Direktor des europäischen AJC-Büros in Berlin und gerade von einer Reise durch Makedomien zurückgekehrt. "Was nicht bedeutet zu sagen, es sei wie der Holocaust", ergänzt seine Mitarbeiterin Deidre Berger.

Peter Gingold sieht als einzigen Ausweg aus der Krise die Rückkehr zur Politik. Die AJC-Anzeige liest sich wie ein direkter Konter:
"Die Geschichte lehrt uns – oder sollte uns gelehrt haben –, daß Diplomatie und Vernunft ihre Grenzen haben, wenn es darum geht, mit einem Milošević umzugehen." Dieselbe Erfahrung – und so unterschiedliche Schlußfolgerungen? Deidre Berger wird philosophisch:
"Es gibt hier eine Menge Ge-

"Auschwitz-Lüge" FR 24.0499

Fischer und Scharping weisen Vorwürfe zurück BONN, 23. April (dpa). Auswärtiges Amt und Hardthöhe haben sich gegen Vorwürfe von Auschwitz-Überlebenden gewandt, sie verglichen das Geschehen in Kosovo mit den NS-Judenmorden, um den Bundeswehr-Einsatz in Jugoslawien zu rechtfertigen. "Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen, ist infam", hieß es in einer ganzseitigen Anzeige in der Freitagausgabe der FR, die den Ministern Joschka Fischer (Grüne) und Rudolf Scharping (SPD) "eine neue Art der Auschwitz-Lüge" vorwirft.

Aus dem Außenamt hieß es dazu, solche Äußerungen von Betroffenen des Holocaust würden von Bonn immer ernst genommen. Fischer habe aber wiederholt klargestellt, daß er "keine Parallelisierung zwischen Auschwitz und den aktuellen Ereignissen" vornehmen wolle.

HLAND/AUSCHWITZ

Auschwitz-Überlebende gegen Kosovo-Vergleiche-

Bonn (Reuters) - Überlebende des NS-Vernichtungslagers Auschwitz haben am Sonntag in einem Brief an Bundesaußenminister Joschka Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping gegen deren Vergleich zwischen Auschwitz und der aktuellen Situation im Kosovo protestiert. "Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Vernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem (...) im Namen der öhutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben", heißt es in dem Schreiben.

Mit der Behauptung, es gelte im Kosovo "ein neues Auschwitz" zu verhindern, solle offenbar ein "schwerwiegender und nicht entschuldbarer Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen" gerechtfertigt werden, heißt es in dem Brief an Fischer und Scharping. "Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens", kritisieren die unterzeichnenden Autoren Esther Bejerano, Kurt Goldstein und Peter Gingold.

Ebenso scharf wird das Vorgehen der jugoslawischen Führung gegen albanische Minderheiten, das massiv gegen die Menschenrechte verstoße, von den Autoren mißbilligt. Dagegen müsse jedoch vorgegangen werden mit den Mitteln, die der UNO zur Verfügung stünden. Wer die den Menschenrechten verpflichtete Rolle der UNO nicht nutze, sondern sie schwäche, habe jedes Recht verloren, sich auf antifaschistische Postulate wie "Nie wieder Auschwitz" zu beziehen, erklären die Autoren.

rin REUTERS

Tagsopiefel, Belin 24.04.99

"Neue Art von Auschwitz-Lüge"

Holocaust-Überlebende kritisieren Scharping und Fischer

BERLIN (Ch. B.). In einem offenen Brief ha- | ben jüdische Überlebende des Holocaust und Mitglieder des Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes Verteidigungsminister Scharping und Außenminister Fischer scharf kritisiert. Die vierzehn Unterzeichner werfen den Regierungsmitgliedern in dem Schreiben vor - es wurde auch als ganzseitige Anzeige in der Freitags-Ausgabe der "Frankfurter Rundschau" veröffentlicht – sie würden den Kosovo-Krieg in ungerechtfertigter Weise mit der Forderung "Nie wieder Auschwitz" begründen. "In Erklärungsnot geraten, berief sich auch der Außenminister auf die neue Art der Auschwitzlüge, um den verhängnisvollen Verstoß gegen die gerade auf Grund der Lehren von faschistischem Krieg und Holocaust geschaffene UN-Charta zu begründen", heißt es in fettgedruckten Buchstaben. Das bedeute eine "Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens".

Hinzu komme, daß "der Krieg der Bundeswehr gegen Serbien eindeutig gegen das Völkerrecht verstößt". Gleichzeitig wird in dem Brief, der zuerst im Internet veröffentlicht worden war, auch das Vorgehen der serbischen Führung gegen die albanische Minderheit als Verstoß gegen Menschenrechte verurteilt. Peter Gingold, einer der Unterzeichner, begründete die Initiative auf Anfrage damit, daß die Regierung "hemmungslos und verlogen" mit Begriffen wie Auschwitz den Krieg rechtfertige. Dabei hätte es viele Gründe gegeben, sich aus dem Konflikt herauszuhalten.

Sprecher des Außenminsteriums und des Verteidigungsministeriums wiesen die Vorwürfe als ungerechtfertigt zurück. Fischer habe mehrmals klargestellt, daß er "keine Parallelisierung zwischen Auschwitz und den aktuellen Ereignissen" vornehme. Die Hardthöhe verwies auf Äußerungen Scharpings, daß es solche "Parallelen" gebe.

Linkes defätistisches Geschwätz

Cohn-Bendit für Einsatz von Bodentruppen im Kosovo

Ame-

ie Anspannung dieser Tage ist ihm anzumerken. Und in seiner Frankfurter Wohnung trifft man ihn derzeit nur selten: Daniel Cohn-Bendit, Spitzenkandidat der französischen Grünen, steckt mitten in der Kampagne für die Europawahl am 13. Juni. Doch dieser Wahlkampf wird überschattet vom Krieg auf dem Balkan. Und der frühere Frankfurter Stadtrat muß sich wie andere Grüne mit einem Vorwurf auseinandersetzen, den er "absurd" nennt: Verräter — dieses Prädikat heften ihm Parteifreunde, auch andere Kritiker an - weil er die Angriffe der Nato auf Jugoslawien befürwortet. Als am vergange-nen Wochenende in Frankfurt die Friedensbewegung zur Demonstration gerufen hatte, gehörte auch er zum Feindbild. "Ich finde, wir sind uns treu geblieben", sagt der Grüne. Schließlich hätten Fischer und er schon "den Befreiungskrieg der Vietnamesen gegen die rikaner unterstützt".

Nein, Cohn-Bendit setzt sich heftig zur Wehr gegen das "paranoide Weltbild" bei manchen Linken: "Man unterstellt den Amerikanern immer nur das Böseste". Dabei hätten gerade die USA das beste Beispiel dafür geliefert, daß ein Krieg sehr wohl gerecht sein könne: "Der Krieg gegen Hitler war legitim".

Da bringt der Sohn eines jüdischen Vaters seine Biographie ins Spiel: Die Befreiung Frankreichs von deutscher Besatzung habe seine Mutter überleben lassen — und so seine Geburt am 4. Mai 1945 ermöglicht.

"Schwerter zu Pflugscharen", stand auf Plakaten Frankfurter Demonstranten. Cohn-Bendit hält dem entgegen: "Ich habe Verständnis für den Horror vor dem Krieg", manchmal aber gebe es keine Alternative. Die Entwicklung auf dem Balkan sieht er als Bestätigung: "Ich war schon für Intervention in Bosnien — ich hatte recht".

Heute fordert der bald 54jährige, nun Bodentruppen zur Befreiung des Kosovo einzusetzen. Da gibt der Wahlkämpfer zu, daß der Angriff auf Jugoslawien nicht im Einklang mit internationalem Recht



steht. Aber er fragt zugleich: "Was macht man, wenn einer wie der juguslawische Präsident sich nicht um dieses Recht

Und wie steht es mit dem Vergleich zwischen den Vorgängen im Kesovn und dem Holocaust, der Fischer angelastet wird? "Man muß differenzieren", sagt der Ex-Stadtrat. Im Kosova spiele sich gegenwärtig "eine Phase der Selektion und Deportation" ab — mit der habe auch Hitler den Holocaust eingeleitet.

"Ungeheuerlich" nennt der Europa-Politiker die Anzeige, mit der ehenwlige KZ-Haitlinge in der FR gegen die angeblich verharmlosende Gleichsetzung protestierten.

Und wenn die Kritiker voraussagen, daß Albaner und Serben nie mehr friedlich im Kosovo miteinander leben werden, brummt er verächtlich: "Linkes defatistisches Geschwätz."

Die Nerven liegen bloß in diesen Tagen, nicht nur bei Grünen im Frankfurt. "Es ist eine sehr komplizierte Situation für unsere Partei". Daniel Cohn-Bendit hofft, daß die Grünen sie ohne Spaltung überleben. "Mit dem Fischer-Plan haben wir einen Ansatz für eine innerparteiliche Einigung".

KRITIK AN REGIERUNGS

Bonn: Keine neue Form der Auschwitz-Lüge

Auswärtiges Amt und Verteidigungsministerium haben sich gegen Vorwürfe von Auschwitz-Überlebenden gewandt, sie verglichen das Geschehen im Kosovo in unzulässiger Weise mit den NS-Judenmorden, um den Bundeswehr-Einsatz in Jugoslawien zu rechtfertigen.

In einer ganzseitigen Anzeige in der "Frankfurter Rundschau" wurde den Ministern Joschka Fischer (Grüne) und Rudolf Scharping (SPD) gestern "eine neue Art der Auschwitz-Lüge" unterstellt. Ein Hardthöhe-Sprecher sagte, Scharping habe lediglich auf aktuelle Berichte über Morde und Folterungen Bezug genommen. dpa

Kolningra : Rundsgrau, 24.4.99

Pro und Contra NATO-Einsatz in Jugoslawien: Zwei jüdische Stimmen

Gerechter Krieg?

AJW 29.4.99

Wann, wenn nicht jetzt?

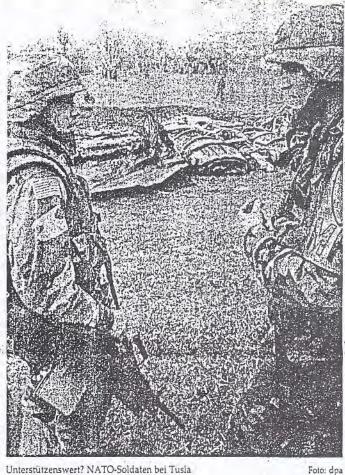
Von Micha Brumlik

Die Juden Europas haben in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, in ganz unter-schiedlichen Lebensläufen unterschiedliche Stationen der Viktimisierung durchlaufen. Sie Stationen der Viktimisterung durchauten. Sie wurden entrechtet, entwürdigt, ausgegrenzt, vertrieben, gejagt, eingesperrt und ermordet. Meine Eltern wurden "nur" vertrieben und gejagt. Das Schlimmste, die Haft im Vernichtungslager, blieb ihnen durch die Flucht in die Schweiz – mein Vater 1938 aus Jugoslawien, meine Mutter 1942 aus dem besetzten Frankreich - erspart. Ein Kind, so haben sie mir immer wieder erzählt, wollten sie vor der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland nicht zeugen. Ich wurde 1947 geboren und stelle mir bisweilen die absurde Frage, was wäre, wenn die nur militärisch mögliche Niederringung des NS Regimes sich um - sagen wir zwei Jahre - verzögert hätte. Als Juden sollen wir Gott für das Geschenk unseres Lebens danken. Ist es unzulässig, naiv oder gar blasphemisch, aus diesen Er-lahrungen Konsequenzen für die Lage im Kosovo zu ziehen?

Gewiß, die Lage der Albaner im Kosovo ist weder mit der Situation von Deportierten aus vielen Völkern, vor allem Juden, an der Rampe von Birkenau zu vergleichen. Sie ist auch nicht mit der verzweifelten Lage der Juden in Weißrußlands Wäldern 1941/42 gleichzusetzen. Zudem verfolgt die Politik der serbischen Nationalisten andere Ziele als die der Nationalsozialisten. Weder wollen sie ganz Europa und die halbe Welt erobern, noch geht es ihnen darum, ethnische Albaner im letzten Winkel dieser Welt zu ermorden.

Die fahlen Lichter von Auschwitz werfen the Licht deshalb auf das jetzige Geschehen, weil die Haltung der Nationalsozialisten gegenüber den Juden und die der serbischen Nationalisten gegenüber den Albanern im Kosovo sich in einem • entscheidenden l'unkt gleichen: In der Überzeugung, es mit einer überflüssigen und gefährlichen Men-scheitmasse zu tun zu haben, die gegebenentalls mit tödlichen Mitteln - zu beseitigen ist Diese Haltung - und Haltungen sind mit exekunerter Politik nicht identisch - ist nicht auf das Lager der serbischen Nationalisten begrenzt. In Ruanda, wo der Westen rechtzeitigen Warnungen zum Trotz dem Genozid mit verschränkten Armen zusah, ist dieser Mentalität in kurzester Zeit eine halbe Million Menschen zum Opfer gefallen und auch die beinahe zwei Millionen Menschen, die von den roten Khmer ermordet wurden, galten ihren Peirugem als "Ballastexistenzen", als überflüssiges Menschenmaterial

Ich könnte mich daher für den Kneg der NATO einsetzen, wenn er tatsächlich darauf zielte, den unmittelbaren Anspruch der Kosovo Albaner auf Leib und Leben zu schützen. Kaum anders als 1917 die Armenier, werden derzeit Hunderttausende von Menschen aller Nahrungsmittel beraubt, von einer Ecke des Landes in die andere gescheucht, dabei



Unterstützenswert? NATO-Soldaten bei Tusla

von marodierenden Banden ausgeplündert und von paramilitärischen Gruppen beschossen,

Die unmittelbare Rettung von Leib und Leben aber dürfte kaum anders möglich sein als durch eine gezielte und schnelle Be-kampfung der Peiniger und die Einrichtung von Schutzzonen und Korridoren, also durch eine begrenzte humanitäre Invasion ins Kosovo. Diese Invasion hat nicht stattgefunden und wird, wenn überhaupt, zu spät kommen. Der Luftkrieg der NATO mag allen möglichen Absichten gelten, den offiziell vorge-brachten humanitären Zielen hat er eindeutig nicht gedient. Über die Gründe für dieses Versagen wird später, wenn denn das Kosovo geteilt und eine symbolische Anzahl von Tüchtlingen zurückgekehrt sein wird, zu diskutieren sein. So, wie der Krieg jetzt geführt wird, genügt er weder moralischen Ansprüchen noch historischen Erfahrungen.

Micha Brumlik ist Mitglied von Bündnis90/Die Grunen

Als nächstes Israel?

Von Elyakim Ha'etzni

Eines über das Kosovo ist unstrittig: Das menschliche Leid. Menschliches Mitgefühl, menschliche Mithilfe sind unpolitisch, überpolitisch. Daher herrscht in Israel Finiskeit. den Flüchtlingen so weit wie möglich zu hel-

Doch hinter allem anderen stehen Fragezeichen. Im Kosovo prallen zwei international anerkannte Prinzipien aufeinander: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker einerseits und die Integrität des souveränen Territoriums andererseits. Welches soll im Kosovo die Oberhand behalten? Und wer ist befugt, darüber zu entscheiden?

Die Türkei ist NATO-Mitglied und als solches für Rambouillet. Sind aber die Türken

bereit, dieselbe "Lösung" auch für die Kurden in der Osttürkei zu akzeptieren? Man könnte viele andere Beispiele nennen, wo ein NATO-Einsatz denkbar wäre - Tibet, Sri Lanka, Kaschmir, Alto Adige (Südtirol). Warum alsu, der NATO-Einsatz gerade in Jugoslawien?

Die gravierendste Frage aber ist: Worau! beruht das Recht anderer, einem Staat vor-zuschreiben, ob und welche Konzessionen er zugunsten einer Minderheit innerhalb seiner Grenzen machen soll? Sollte die Unterdrükkung einer Minderheit an sich genügen, dann warum nicht im Sudan, wo über zwei Millionen Christen von der moslemischen Regierung ermordet wurden, warum sollte es nicht für die Kopten in Ägypten gelten und warum nicht für die Maroniten im Libanon? Wir in Israel haben das unheimliche Gefühl, wir selbst könnten demnächst Schauplatz eines NATO-Einsatzes werden. Der italienische Botschafter stellte unserem Außenminister bereits die "hypothetische" Frage, wie Israel auf eine NATO-Intervention zugunsten der Palästinenser reagieren würde Worauf Ariel Scharon mit der Frage erwi-derte, ob die NATO uns bombardieren wurde, sollten wir einen arabischen Anspruch auf Autonomie in Galiläa zurückweisen. Un-längst forderte der deutsche Botschafter in einer amtlichen Démarche im Namen der EU, wir sollten einen Palästinenserstaat in Judaa. Samaria, Gasa mit Jerusalem als Hauptstadt akzeptieren. Sind schon die Weichen für den nächsten NATO-Einsatz gestellt? Netanjahu ist in Wye-Plantation fast nicht besser be-Whandelt worden als die Serben in Dayton oder Milosevic in Rambouillet. Im wesentlichen waren es Diktate. Mit dem Unterschied, daß Israel nur ökonomisch statt militärisch gedroht wurde. Man glaubte, das sollte für uns genügen.

Die schmerzlichste Frage aber ist, ob die NATO das furchtbare Unheil nicht selbst über die Kosovaner gebracht hat, gerade durch ihre brutale Gewaltanwendung. Waren es nicht die Bombardements, die Milosevic den Vorwand und die innere Legitimation gaben, Pläne zu aktivieren, die auszuführen er unter anderen Umständen nicht gewagt hätte? Milosevic hatte einen einzigen Einwand in Ram-bouillet: Autonomie - ja, NATO-Truppen als Aufsichtsmacht - nein. Ist dieser Einwand rucht legitim? Konnte man sich rücht mit UNO Kontingenten begnügen?

Abschließend eine Warnung: Wir wissen nichts über das Los der Männer im Kosovu Sollte handfester Verdacht aufkommen, dail es sich um Massenmord, um Vernichtung handelt - dann sollte die ganze Welt, nicht nur die NATO, alle Bedenken aufgeben und sofort Bodenkräfte einsetzen, in einer Mission, die nur eins zum Ziel hat: Die Rettung von Menschenleben. Nur diese Aufgabe kann in den Augen amerikanischer, europaischer, israelischer Mütter die Gefährdung des Lebens ihrer Teuersten rechtfertigen Ein hu-manistischer, kein politischer Auftrag!

Elvakim Ha'etzni ist Sprecher der israelischen Siedlerbewegung (Lesen Sie zum Thema NATO-Einsatz auch unser

Interview mit dem Prasidenten des Bumles Judi-scher Gemeinden in Jugoslauven auf Seite 2 i



Israelis jugøslawischer Herkunft demonstrieren vor der US-Botschaft in Tel Aviv gegen den NATO-Einsatz im Kosovo. Foto: Israelis

Sorge, Solidarität und Streit

Israelische und jüdische Reaktionen auf den Krieg im Kosovo / Von Wolf Silberbach

Auslandsnachrichten, und seien sie noch so wichtig, stehen allenfalls kurzfristig im Brennpunkt des Interesses der von eigenen Sorgen geplagten israelischen Öffentlichkeit. Der Kosovo-Konflikt ist indessen eine Ausnahme von dieser Regel und hat sogar den Wahlkampf in den Schatten gestellt. Die Reaktion der israelischen Regierung hat zu in-nenpolitischem Streit und Verstimmung im Verhältnis zu den USA geführt. Tagelang hatte das Kabinett keine eindeutige Unterstützung für die NATO-Aktion geäußert. Vielmehr begnügte sich das offizielle Israel mit Erklärungen von Außenminister Ariel Scharon, der "alle Akte" von Vertreibung und Mord verurteilte. Im internationalen Kontext des Konfliktes wurde dies als teilweise Distanzierung vom Westen aufgefaßt. Zusätzliche Verärgerung in Washington lösten Scharons wiederholte Äußerungen aus, durch die Entstehung eines islamischen Staatenblocks auf dem Balkan nähme die Gefahr des islamistischen Terrorismus zu. Später widersprach Ministerpräsident Benjamin Netanjahu seinem Außenminister und bekundete israelische Unterstützung für die NATO. Oppositionsführer Ehud Barak und andere Politiker der Arbeiterpartei kritisierten indessen, die Regierung lasse es an Solidarität mit dem Verbündeten USA mangeln.

Einmütigkeit herrscht hingegen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft der USA. Dort haben jüdische Organisationen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens umfassende Unterstützung für den Einsatz im Kosovo bekundet. Nobelpreisträger Elie Wiesel bezeichnete den Einsatz als moralisch erforderlich, auch wenn die Taten des Belgrader Regimes gegen die Albaner nicht mit der systematischen Ermordung von sechs Millionen Juden durch die Nazis gleichgesetzt werden könnten. Rabbiner Marvin Hier, Leiter des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Los Angeles, erklärte, Juden dürften angesichts der Verfolgung anderer ethnischer und religiöser Gruppen nicht schweigen. Zahlreiche andere jüdische Aktivisten haben sich ähnlich geäu-Bert. Der amerikanische Jewish Council for Public Affairs, ein Dachverband landesweiter und lokaler jüdischer Organisationen hat ebenfalls seine Unterstützung für den NATO-Einsatz bekundet und die Hoffnung geäußert, der militärische Eingriff würde den Weg zu einer diplomatischen Lösung ebnen. Mehrere jüdische Organisationen und Gemeindeverbände haben sich in die Hilfsaktionen zugunsten albanischer Flüchtlinge eingeschaltet und Spendenkonten eingerichtet.

In Polen rief der letzte noch lebende Anführer des Aufstandes im Warschauer Ghetto, Marek Edelman, die NATO zur Entsendung von Bodentruppen in den Kosovo auf. Nur so, sagte Edelman, könne ein Völkermord verhindert werden. Dagegen rief der Bund Jüdischer Gemeinden in Jugoslawien die NATO zur Einstellung der Angriffe auf Jugoslawien und der Suche nach einer politischen Lösung des Kosovo-Konflikts auf.

Derweil beschäftigt sich die jüdische We auch mit dem Schicksal der rund dreitausen Mitglieder zählenden jüdischen Gemeschaft in Jugoslawien. Mehrere hundert Jude haben sich in das benachbarte Ungarn abgsetzt, wo sie von der Jüdischen Gemeinde Budapest in gemeindeigenen Unterkünfter untergebracht wurden. Dabei handelt es sie vor allem um Frauen, Kinder und Jugend che, da die jugoslawischen Behörden die Aureise von Männern im wehrfähigen Alter generell untersagt haben. Offiziell haben I nach Ungam ausgereisten Juden nicht der Status von Flüchtlingen, da sie als Touriste gekommen sind. Die meisten von ihnen geben auch an, das Kriegsende abwarten und dann wieder nach Jugoslawien zurückkehre zu wollen.

Bisher hält sich die Auswanderung in adere Länder in Grenzen. So sind kurz nac Beginn des Konfliktes sieben Juden aus de-Kosovo in Israel eingewandert. Ferner wur den einige Fälle bekannt, in denen jugoslawische Juden in den Westen ausgereist sin: Allerdings gilt es als wahrscheinlich, daß de Krieg, unabhängig von seinem politische Ausgang, eine Auswanderungsbewegur unter den jugoslawischen Juden einleiter könnte, Öffentliche Bekundungen von Aus wanderungsabsichten sind allerdings kauzu erwarten, weil das Thema Emigration Jugoslawien als brisant gilt. Juden, die warend des Bosnien-Krieges Jugoslawien ver ließen, wurden von serbischen Nationaliste als Verräter gebrandmarkt.

Zerrissen, gestreßt, aber mit gutem Gewissen übersteht Joschka Fischer die Auswirkungen des Kosovo-Kriegs

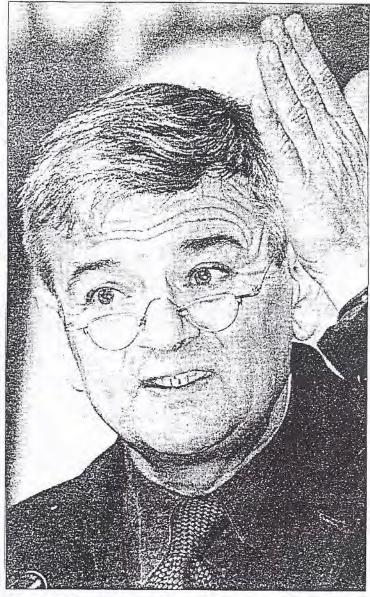
Von Richard Meng (Bonn)

Ungewohnlich klein ist der Kreis und auffallend viele Regierungs-Grüne sind geladen. Eine Art Vorzeigeabend ist es, wenn auch fast schon allzu formlos und überhaupt nicht feierlich. Eben lieber familiär und freundschaftlich, der UN-Generalsekretär und der deutsche Außenmister zum Anfassen. Die beiden verstehen einznder und können einander gerade jetzt auch ganz gut gebrauchen. In diesen Tugen ist für einen Grünen im Außenamt die Berührung mit dem Chef der UN-se wichtig wie für einen von Einflußverlust bedrohten UN-Generalsekretär der Kontakt zur Regierung eines großen Landes. Also wird beim Berliner Abendessen mit Koff Annan und Joschka Fischer beiderseits Bedeutung demonstriert.

"Sie konnen darauf zahlen, daß Sie für die Stärkung der Vereinten Nationen keinen besseren Verbündeten haben als Deutschland", versichert Fischer in der Tischrede Annan nennt das "Musik in meinen Ohren" und bescheinigt ganz undiplomatisch den Taxifahrern, zu denen Fischer sehr viel früher einmal zählte, daß sie ihre Hand "am Puls" haben, die Zeichen der Zeit erkennen. Seit in Kosovo ohne UN-Mandat Krieg ist, brauchen die Vereinten Nationen dringend Partner, die sie noch ernst nehmen. Und seit in Kosovo mit deutscher Beteiligung Krieg ist, braucht der grüne Minister dringend Belege dafür, daß er noch ausbrechen kann aus dem internationalen Diplomatenköfig, dessen enger Bewegungsspielraum von Militarlogik definiert wird. "Fischer und Annan eint", sagt ein Diplomat, "daß sie wissen, wei ihre Grenzen sind." Und daß sie beide ein Interesse haben, den Rest an Möglichkeiten voll auszunutzen.

Denn zu Beginn seines siebten Amtsmonats erlebt Fischer seinen Traumjob als Alptraum. Der Streß des Terminkalenders nagt un der Kondition und der Kosovo-Krieg zerreißt die Partei. "Wie zwischen vier Gäule gespannt" kommt er sich vor — und demachst muß er in diesem Zustand einen Parteitag überstehen und danach einen Europawahlkampf führen. Hohes Lob für die Art der Amtsführung kommt aus dem alten Regierungslager Helmut Köhls, während grüne Kritiker nur noch das "Wiederkäuen altbekannter Nato-Positionen" sehen. Ausgerechnet Fischer garantiert jetzt die deutsche Verläßlichkeit im Rahmen der Nato — und keiner, schwört ein Spitzenbeamter, sei dabei eindeutiger als er. Fischer, der als Außenminister zunachst abzuschwirner schien in Sphären, die in Bonn keine machtpolitische Bedeutung haben, sitzt nun plötzlich auch wieder vor der entscheidenden Weiche für die Grünen. Der CDU-Außenpolitiker Karl Lamers nennt das die doppelte Last des Joschka Fischer, weil die Partei, deren Schickal sich nebenbei mitentscheiden könks, in ihrer heutigen Form sein Werk ist".

Es hat auch bei ihm Stimmungsschwankungen gegeben. Aber letztlich war immer klar, daß Fischer das Projekt grüner Außenminister durchziehen will und schon deshalb vor dem Alptraum Kosovo nicht davonlaufen kann. Das ist die Triebfeder. Er beweist sich, im Selbstgefühl stellvertretend für seine politische Generation, in der schwierigst denkbaren Lage Regierungsfähigkeit. Und sei es, daß dies "einen gigantischen Erziehungsprozeß für die Grünen" erfordert, wie es ein Weggefährte formuliert, "weil die Grünen in Zukunft kein Mochtfaktor mehr wären, wenn sie diese Barriere, das ist das Jazum Krieg im Namen der Menschenrechte.



Eine einsame Rolle in Grau: Joschka Fischer

(Bild: Ralf Hirschberger/dpa)

Fischer hat sie schon vor vier Jahren überschritten. Am 30. Juni 1995 schrieb der damalige Fraktionssprecher einen langen Brief unter dem Titel "Die Katastrophe in Bosnien und die Konsequenzen für unsere Partei". Damals hat er, nach den von Serben verübten Massakern in der UN-Schutzzone Srebrenies, eine "neue Bewertung" gefordert, bei der "unsere prinzipienorientierte Außenpolitik" die "Gewaltfrage" nicht mehr ausklammern konne. Moralische Prinzipien. UN, militärische Gewalt: Es sind 1998 dieselben Stichworte — nur daß die Partei davon überraschter ist als ihr Minister.

Die "Mentalität des neugnerigen Bastlers", mit der er im Außenamt gestartet
sei, weiche der Einsicht in die historisch
gewachsenen Handlungsgrenzen, meint
ein Berater, Zu den Desillusionierungen
zählt die Erkenntnis, wie grundlegend
anders (und zwar allein auf die eigenen
Interessen und notfalls den Griff zur
Bombe reduziert) die Außenpolitik der
USA funktioniert. Und daneben die Erfahrung, wie viel der politische Spielraum
einzelner europaischer Länder mit dem

Umfang des militärischen Engagements zu tun hat. Wer viel schießt hat viel zu sagen. 14 deutsche Tornados neben 300 US-Pfügzeugen. Im Zahlenverhältnis spiegeln sich Gewichte, wenn es um die Nato-Strategie geht.

Exist eine einsame Rolle, die er zu spielen hat, und Fischer ist darin verschlossener geworden, als er früher war. Aber es führt ihn kein Weg vorbei an der Einschätzung, daß auch in einem noch so clever beeinflußten Zusammenspiel von Diplomatie und öffentlicher Meinung für die Westeuropäer nur etwas zu bewegen ist, solange die Verlaßlichkeit glaubhaft bleibt. Wenn das die Grünen am Ende nicht akzeptieren, ist es doppelt bitter für Fischer — aber er wird es in Kauf nehmen. Dieser Minister hat jedenfalls kein schlechtes Gewissen. Wenn er sich etwas vorwirft, meinen Mitarbeiter, dann daß die Nato zu spat und vielleicht auch noch nicht hart genug eingegriffen hat. Weil Leute wie Fischer immer lieber noch einmal verhandeln wollten.

Die innere Betroffenheit hat nach den ersten Bombenangriffen auch bei ihm fast zum moralischen Overkill geführt. Über spitzt und darin falsch waren die Vergleiche mit der deutschen Nazi-Vergangen heit und gering die Toleranz gegenübspazifistischen Enwanden. Aber ander als Verteidigungsminister Rudolf Schaping hat Fischer den Moraluberschulb in den Griff bekommen. Jetzt versueht et tiefen Ernst auszustrahlen, alles Spieler sche abzustreifen, wirkt oft ungewohn grau und will letztlich auch grau wirken Den von CDU-Seite schon gezielt gestreuten Verdacht der "Überanpassung" luftt eabprallen. Was in Bonn als deutsche Friedensplan verkauft wurde, ist diplematisch betrachtet zunächst zwar nur en Zwischenergebnis internationaler Gesprache auf Beanmeneben gewesen. Für der grünen Minister aber ist es längst auch ein persönlicher Rettungsanker.

Fischer, loben die Beamten den Chet sei im internationalen Außenministerzie kus tatsächlich einer der Aktivsten - um der Kreativste sowieso. Aber er sei twa mindestens eine clevere These ist) eher auch ein Profi im Understatement, danne nur ja kein Höherrangiger das Gefühl ent wickelt, dieser wortgewandte Grune wur de ihm etwas wegnehmen. Nur ein emzi ger Ausbruch aus der kalkulierten Zu ger Aussruch aus der Kankineren Zu rückhaltung war überlebenswichtig, da Etikett "Fischer-Friedensplan" eben Grün-intern soll dieser Versuch, die Ver einten Nationen (UN) wieder ins Zentrun zu rücken, den emotionalen Kitt liefern Mit dem Satz Nein zu den Nato-Luften griffen, Ja zum Fischer-Plan" beschreib eine Staatssekretämn die innergrun-Stimmung, Was noch fehlt, ist die Aufle sung des logischen Widerspruchs

Fischers eigener Widerspruch ist der zwischen dem täglichen Krisenmanngment ohne irgendein absehbarres Endidund den fast schon weithistorischen Perspektiven, über die er jetzt so betont redet, um den konkreten Krieg zu begrunden. Er weiß, daß nach diesem Konflichinnen und außenpolitisch wieles neut sur tert wird. Und daß auf die international Regelverletzung eines Eingriffs abne UN Mandat die Überarbeitung der Regeln fülgen müßte, um dauerhalt auf moralisch sicherem Boden anzukommen. Deshallstellt er jetzt die Frage nach der Zukund des Völkerrechts und der Vereinten Nationen so in den Mittelpunkt. Dushulb ist er leise stolz darauf, daß der Nato-Jubiläumsgipfel in Washington wenigstens de klamatorisch Bonner Anliegen aufgenommen hat. Deshalls murmelt er "Bitte ins Zentrum", als er den UN-Generalsekretän bei der Berliner Pressekonferenz in die Mitte der Sitzordnung bugsiert.

Kofi Annan, der König ohne Reich, als Idealfigur grüner Außenpolitik: Nach der Pressekonferenz eröffnet der Mann aus New York eine Konferenz des Fischer-Ressorts über "neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft in der Außenpolitik". Es geht um die Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen, der zivilen Lobbygruppen. Zivilgesellschaft in Kriregszeiten: Der Bonner Minister wird an Annans Seite betonen, wie sehr er deren "kreative Energie" und kritischen Austausch schätzt. Aber er wird dann auch gleich mitteilen, daß die angesetzte "Diskussion mit Bundesminister Fischer" leider ausfallen muß.

"Die jungsten Entwicklungen", wird er sagen, "machen es nötig, daß ich mich darum kümmere". Das wiederum ist, verpackt als Entschuldigung, nichts anderes als die ehrlichst mögliche Beschreibung dessen, was einem grünen Außenminister mitten im Weltengewitter zu tun bleibt; sich kümmern und das sichtbar machen. Koß Annan geht es nicht anders.

FR
30.04.1999
100
3
POL
Der Traumjob als Alptraum
229
Richard Meng (Bonn)
Kosovo-Krise

Der Traumjob als Alptraum Zerrissen, gestreßt, aber mit gutem Gewissen übersteht Joschka Fischer die Auswirkungen des Kosovo-Kriegs

Ungewöhnlich klein ist der Kreis und auffallend viele Regierungs-Grüne sind geladen. Eine Art Vorzeigeabend ist es, wenn auch fast schon allzu formlos und überhaupt nicht feierlich. Eben lieber familiär und freundschaftlich, der UN-Generalsekretär und der deutsche Außenminister zum Anfassen. Die beiden verstehen einander und können einander gerade jetzt auch ganz gut gebrauchen. In diesen Tagen ist für einen Grünen im Außenamt die Berührung mit dem Chef der UN so wichtig wie für einen von Einflußverlust bedrohten UN-Generalsekretär der Kontakt zur Regierung eines großen Landes. Also wird beim Berliner Abendessen mit Kofi Annan und Joschka Fischer beiderseits Bedeutung demonstriert.

"Sie können darauf zählen, daß Sie für die Stärkung der Vereinten Nationen keinen besseren Verbündeten haben als Deutschland", versichert Fischer in der Tischrede. Annan nennt das "Musik in meinen Ohren" und bescheinigt ganz und inloratisch den Taxifahren, zu denen Eischer sehr viel früher einmal

keinen besseren Verbündeten haben als Deutschland", versichert Fischer in der Tischrede. Annan nennt das "Musik in meinen Ohren" und bescheinigt ganz undiplomatisch den Taxifahrern, zu denen Fischer sehr viel früher einmal zählte, daß sie ihre Hand "am Puls" haben, die Zeichen der Zeit erkennen. Seit in Kosovo ohne UN-Mandat Krieg ist, brauchen die Vereinten Nationen dringend Partner, die sie noch ernst nehmen. Und seit in Kosovo mit deutscher Beteiligung Krieg ist, braucht der grüne Minister dringend Belege dafür, daß er noch ausbrechen kann aus dem internationalen Diplomatenkäfig, dessen enger Bewegungsspielraum von Militärlogik definiert wird. "Fischer und Annan eint", sagt ein Diplomat, "daß sie wissen, wo ihre Grenzen sind." Und daß sie beide ein Interesse haben, den Rest an Möglichkeiten voll auszunutzen.

Denn zu Beginn seines siebten Amtsmonats erlebt Fischer seinen Traumjob als Alptraum. Der Streß des Terminkalenders nagt an der Kondition und der Kosovo-Krieg zerreißt die Partei. "Wie zwischen vier Gäule gespannt" kommt er sich vor - und demnächst muß er in diesem Zustand einen Parteitag überstehen und danach einen Europawahlkampf führen. Hohes Lob für die Art der Amtsführung kommt aus dem alten Regierungslager Helmut Kohls, während grüne Kritiker nur noch das "Wiederkäuen altbekannter Nato-Positionen" sehen. Ausgerechnet Fischer garantiert jetzt die deutsche Verläßlichkeit im Rahmen der Nato - und keiner, schwört ein Spitzenbeamter, sei dabei eindeutiger als er. Fischer, der als Außenminister zunächst abzuschwirren schien in Sphären, die in Bonn keine machtpolitische Bedeutung haben, sitzt nun plötzlich auch wieder vor der entscheidenden Weiche für die Grünen. Der CDU-Außenpolitiker Karl Lamers nennt das die doppelte Last des Joschka Fischer, weil die Partei, deren Schicksal sich nebenbei mitentscheiden könnte, "in ihrer heutigen Form sein Werk ist".

Es hat auch bei ihm Stimmungsschwankungen gegeben. Aber letztlich war immer klar, daß Fischer das Projekt grüner Außenminister durchziehen will und schon deshalb vor dem Alptraum Kosovo nicht davonlaufen kann. Das ist die Triebfeder: Er beweist sich, im Selbstgefühl stellvertretend für seine politische Generation, in der schwierigst denkbaren Lage Regierungsfähigkeit. Und sei es, daß dies "einen gigantischen Erziehungsprozeß für die Grünen" erfordert, wie es ein Weggefährte formuliert, "weil die Grünen in Zukunft kein Machtfaktor mehr wären, wenn sie diese Barriere jetzt nicht überschreiten". Die Barriere, das ist das Ja zum Krieg im Namen der Menschenrechte.

Fischer hat sie schon vor vier Jahren überschritten. Am 30. Juni 1995 schrieb der damalige Fraktionssprecher einen langen Brief unter dem Titel "Die Katastrophe in Bosnien und die Konsequenzen für unsere Partei". Damals hat er, nach den von Serben verübten Massakern in der UN-Schutzzone Srebrenica, eine "neue Bewertung" gefordert, bei der "unsere prinzipienorientierte Außenpolitik"

die "Gewaltfrage" nicht mehr ausklammern könne. Moralische Prinzipien, UN, militärische Gewalt: Es sind 1999 dieselben Stichworte - nur daß die Partei davon überraschter ist als ihr Minister.

Die "Mentalität des neugierigen Bastlers", mit der er im Außenamt gestartet sei, weiche der Einsicht in die historisch gewachsenen Handlungsgrenzen, meint ein Berater. Zu den Desillusionierungen zählt die Erkenntnis, wie grundlegend anders (und zwar allein auf die eigenen Interessen und notfalls den Griff zur Bombe reduziert) die Außenpolitik der USA funktioniert. Und daneben die Erfahrung, wie viel der politische Spielraum einzelner europäischer Länder mit dem Umfang des militärischen Engagements zu tun hat. Wer viel schießt, hat viel zu sagen. 14 deutsche Tornados neben 300 US-Flugzeugen: Im Zahlenverhältnis spiegeln sich Gewichte, wenn es um die Nato-Strategie geht.

Es ist eine einsame Rolle, die er zu spielen hat, und Fischer ist darin verschlossener geworden, als er früher war. Aber es führt ihn kein Weg vorbei an der Einschätzung, daß auch in einem noch so clever beeinflußten Zusammenspiel von Diplomatie und öffentlicher Meinung für die Westeuropäer nur etwas zu bewegen ist, solange die Verläßlichkeit glaubhaft bleibt. Wenn das die Grünen am Ende nicht akzeptieren, ist es doppelt bitter für Fischer - aber er wird es in Kauf nehmen. Dieser Minister hat jedenfalls kein schlechtes Gewissen. Wenn er sich etwas vorwirft, meinen Mitarbeiter, dann daß die Nato zu spät und vielleicht auch noch nicht hart genug eingegriffen hat. Weil Leute wie Fischer immer lieber noch einmal verhandeln wollten.

Die innere Betroffenheit hat nach den ersten Bombenangriffen auch bei ihm fast zum moralischen Overkill geführt. Überspitzt und darin falsch waren die Vergleiche mit der deutschen Nazi-Vergangenheit und gering die Toleranz gegenüber pazifistischen Einwänden. Aber anders als Verteidigungsminister Rudolf Scharping hat Fischer den Moralüberschuß in den Griff bekommen. Jetzt versucht er, tiefen Ernst auszustrahlen, alles Spielerische abzustreifen, wirkt oft ungewohnt grau und will letztlich auch grau wirken. Den von CDU-Seite schon gezielt gestreuten Verdacht der "Überanpassung" läßt er abprallen. Was in Bonn als deutscher Friedensplan verkauft wurde, ist diplomatisch betrachtet zunächst zwar nur ein Zwischenergebnis internationaler Gespräche auf Beamtenebene gewesen. Für den grünen Minister aber ist es längst auch ein persönlicher Rettungsanker.

Fischer, loben die Beamten den Chef, sei im internationalen Außenministerzirkus tatsächlich einer der Aktivsten - und der Kreativste sowieso. Aber er sei (was mindestens eine clevere These ist) eben auch ein Profi im Understatement, damit nur ja kein Höherrangiger das Gefühl entwickelt, dieser wortgewandte Grüne würde ihm etwas wegnehmen. Nur ein einziger Ausbruch aus der kalkulierten Zurückhaltung war überlebenswichtig, das Etikett "Fischer-Friedensplan" eben. Grün-intern soll dieser Versuch, die Vereinten Nationen (UN) wieder ins Zentrum zu rücken, den emotionalen Kitt liefern. Mit dem Satz "Nein zu den Nato-Luftangriffen, Ja zum Fischer-Plan" beschreibt eine Staatssekretärin die innergrüne Stimmung. Was noch fehlt, ist die Auflösung des logischen Widerspruchs.

Fischers eigener Widerspruch ist der zwischen dem täglichen Krisenmanagement ohne irgendein absehbares Ende und den fast schon welthistorischen Perspektiven, über die er jetzt so betont redet, um den konkreten Krieg zu begründen. Er weiß, daß nach diesem Konflikt innen- und außenpolitisch vieles neu sortiert wird. Und daß auf die internationale Regelverletzung eines Eingriffs ohne UN-Mandat die Überarbeitung der Regeln folgen müßte, um dauerhaft auf moralisch sicherem Boden anzukommen. Deshalb stellt er jetzt die Frage nach der Zukunft des Völkerrechts und der Vereinten Nationen so in den Mittelpunkt. Deshalb ist er leise stolz darauf, daß der Nato-Jubiläumsgipfel in Washington wenigstens deklamatorisch Bonner Anliegen aufgenommen hat. Deshalb murmelt er "Bitte ins Zentrum", als er den UN-Generalsekretär bei der Berliner Pressekonferenz in die Mitte der Sitzordnung bugsiert.

Kofi Annan, der König ohne Reich, als Idealfigur grüner Außenpolitik: Nach der Pressekonferenz eröffnet der Mann aus New York eine Konferenz des Fischer-Ressorts über "neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Staat und Gesellschaft in der Außenpolitik". Es geht um die Einbeziehung der Nichtregierungsorganisationen, der zivilen Lobbygruppen. Zivilgesellschaft in

Kriregszeiten: Der Bonner Minister wird an Annans Seite betonen, wie sehr er deren "kreative Energie" und kritischen Austausch schätzt. Aber er wird dann auch gleich mitteilen, daß die angesetzte "Diskussion mit Bundesminister Fischer" leider ausfallen muß.

"Die jüngsten Entwicklungen", wird er sagen, "machen es nötig, daß ich mich darum kümmere". Das wiederum ist, verpackt als Entschuldigung, nichts anderes als die ehrlichst mögliche Beschreibung dessen, was einem grünen Außenminister mitten im Weltengewitter zu tun bleibt: sich kümmern und das sichtbar machen. Kofi Annan geht es nicht anders.

Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V.



Regionalgruppe Düsseldorf

Krieg verletzt das Recht (3)

Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping

Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge

Holocaust-Überlebende verurteilen Äußerungen der Bundesregierung zu Parallelen Auschwitz / Kosovo

Die Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano, Kurt Goldstein und der VVN-BdA-Bundessprecher Peter Gingold, der auch Mitglied des Auschwitz-Komitees ist, haben sich gemeinsam mit weiteren jüdischen Überlebenden des Holocaust gegen Stimmen gewandt, zugunsten des Auftrages "Nie wieder Auschwitz" dürfe auf das Postulat "Nie wieder Krieg" verzichtet werden. Die Unterzeichner, die zahlreiche Familienmitglieder in Auschwitz verloren, wiesen diesbezügliche Äußerungen von Außenminister Joseph Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping zurück. Sie schrieben folgenden Brief an die Minister:

Sehr geehrter Herr Außenminister! Sehr geehrter Herr Verteidigungsminister

Der Verteidigungsminister hatte bereits vor der völkerrechtswidrigen Aggression der NATO gegen Jugoslawien, an der die Bundeswehr in verfassungswidriger Weise teilnimmt, bei einem Bundeswehrbesuch in Auschwitz gesagt: Um ein neues Auschwitz zu verhindern, "ist die Bundeswehr in Bosnien", und daß sie darum "wohl auch in das Kosovo gehen" wird. In Erklärungsnot geraten, berief sich auch der Außenminister auf die neue Art der Auschwitz-Lüge, um den verhängnisvollen Verstoß gegen die gerade auf Grund der Lehren von faschistischem Krieg und Holocaust geschaffene UN-Charta zu begründen.

Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens. Diese Ihre Vorgehensweise soll offenbar einen schwerwiegenden und nicht entschuldba-

ren Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen rechtfertigen. Die gegen Deutschland und Japan siegreichen Völker haben sich diese Charta 1945 gegeben, um "künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat" - das bekanntlich von deutschem Boden ausging. Sie beschlossen, die "Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren".

Weltfrieden und internationale Sicherheit werden jetzt gefährdet, indem gegen ein Gründungsmitglied der UNO Krieg geführt wird, Krieg von deutschem Boden

Die VDJ-Regionalgruppe Düsseldorf veröffentlicht in unregeimäßiger Folge in der Reihe "Krieg verletzt das Recht" rechtliche Informationen zum Krieg der NATO gegen Jugoslawien, die in den gängigen Medien in der Fülle der Informationen untergehen oder gar nicht erst gebracht werden.

Heute präsentieren wir den Offenen Brief von Auschwitz-Überlebenden an die Minister Scharping und Fischer, der als Anzeige in der "Frankfurter Rundschau" am 23.4.1999 erschienen ist. Sie werfen den Ministern vor, den Angriffskrieg gegen Jugoslawien durch Gleichsetzung mit dem nationalsozialistischen Regime und dessen Verbrechen zu rechtfertigen. Das sei angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen unerträglich und ein schwerwiegender Verstoß gegen die internationale Rechtsordnung.

Es folgt ein Artikel, in dem die angegriffenen Minister dementieren, solche Vergleiche vorgenommen zu haben (Frankfurter Rundschau 24.4.1999).

Den Abschluß bildet eine Auswahl von Artikeln aus dem Zeitraum 1.4.-19.4.1999, die eben solche Vergleiche beinhalten. aus, Krieg gegen ein Land, das größte Opfer im Kampf gegen Hitler erbrachte und Unschätzbares zur Befreiung Europas vom Faschismus leistete. Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen, ist infam.

Das Vorgehen der jugoslawischen Führung gegen albanische Minderheiten verstößt gegen die Menschenrechte. Wir verurteilen es. Wir verurteilen es, wie wir das Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Kurden verurteilen und das Vorgehen der israelischen Führung gegen die Palästinenser verurteilt haben. Stets haben wir gefordert - und wir tun es auch jetzt -, daß dagegen mit den Mitteln vorgegangen wird, die der UNO zu Gebote stehen. Wer die antifaschistische, den Menschenrechten verpflichtete Rolle der UNO nicht nutzt, sondern die UNO ausschaltet und schwächt, der hat jedes Recht verloren, sich auf antifaschistische Postulate wie "Nie wieder Auschwitz" zu beziehen, zumal er damit zugleich das Recht zum Krieg begründet. Die Folgen eines solchen Handelns werden ein Wiedererwachen der Kräfte sein, die 1945 entscheidend geschlagen zu sein schienen.

Sehr geehrte Herren Minister!

Wir fragen Sie angesichts Ihrer Verlautbarungen und politischen Praxis:

Soll vergessen sein, daß in diesem Jahrhundert zweimal über Serbien von deutschem Boden aus Vernichtung und Verwüstung hinweggingen? Soll vergessen sein das Massaker an einer Million Serben, begangen von deutschen Nazis im Zweiten Weltkrieg und ihren in- und ausländischen willigen Vollstreckem? Nach den Juden hatten die Slawen in Serbien - gemessen an ihrer Gesamtbevölkerung -. die meisten Opfer zu beklagen.

Soll vergessen sein, daß die Zerschlagung Serbiens von 1914 bis 1918 jenem Heeresgruppenbefehlshaber und Totenkopfhusaren August von Mackensen übertragen war, der 1915 und dann immer wieder das "rücksichtslose Vorgehen" gegen die serbische Bevölkerung befahl und der dann Hitler bis zuletzt als Propa-

gandist half - bis zum Aufruf zum Opfertod der Jugendlichen als Volkssturm -, und nach dem die Bundesweht noch immer eine Kaseme in Hildesheim benennt?

Soll vergessen sein, daß nicht nur kaiserliches Heer Reichswehr und Wehrmacht erprobte Serbenschlächter in ihren Reihen hatten, sondern auch die Bundeswehr? Wir verweisen auf Wehrmachtsoberst Karl-Wilhelm Thilo, der in der Bundeswehr höchster General und Kommandeur der 1. Gebirgsdivision - jener Division, die nun wieder auf dem Balkan die deutsche Fahne vertritt - sowie stellvertretender Heeresinspekteur wurde. Er unterzeichnete Massenmordbefehle gegen Jugoslawen, und er schrieb mit an Büchern, die in der Bundeswehr kursierten, um den Völkermord zu preisen, so H. Lanz (Hg.) "Gebirgsjäger - Die 1.Gebirgsjäger-Division 1935/1945".

Soll vergessen sein, daß der Krieg der Bundeswehr gegen Serbien eindeutig gegen das Völkerrecht verstößt, nicht nur gegen die UN-Charta, sondem auch den NATO-Vertrag, die Schlußakte von Helsinki, geger das Grundgesetz und den Zwei-plus-vier-Vertrag'r Deutschland hat sich immer wieder zur Einhaltung der UN-Charta verpflichtet und sie nun mit dem Angriff auf Jugoslawien mit Füßen getreten. Die Bundeswehr verstieß gegen die Befehle aus dem politischen Raum. "Darüber hinaus hat die Bundesregierung das Verbot der Führung eines Angriffskriegs bekräftigt" (Aus dem Zwei-plus-vier-Vertrag vom 12. September 1990. Zitiert nach "Weißbuch 1994" der Bundeswehr).

Soil vergessen sein, daß Jugoslawien mit dem Krieg zur Unterzeichnung eines Vertrages gezwungen werden soll, der nur mit dem Münchner Diktat von 1938 verglichen werden kann, mit dem die CSR zerstört wurde, wie heute Jugoslawien zerstört werden soll? Ein Vertrag ist nichtig, wenn sein Abschluß durch Androhung oder Anwendung von Gewalt unter Verletzung der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätze des Völkerrechts herbeigeführt wurde. So heißt es im Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge, Artikel 52.

Wir fordern entschieden: Schluß mit dem Krieg gegen Jugoslawien, und als Sofortmaßnahme: Einstellung der Bombardements. Verhandeln statt schießen. Wir fordern die Wiederherstellung der UN-Charta und Stärkung der UNO. Dies als Beitrag zur Verwirklichung
und Verteidigung der antifaschistischen Errungenschaften der Völker.

Hochachtungsvoll

Esther Bejarano (Hamburg), Peter Gingold (Frankfurt am Main), Kurt Goldstein (Berlin), Walter Bloch (Düsseldorf), Henny Dreifuß (Düsseldorf), Günter Hänsel (Neuss), Werner Stertzenbach (Düsseldorf),

Rudi Lippmann (Berlin), Erhard Deutsch (Berlin), Vera Mitteldorf (Berlin), Werner Krich (Berlin), Irmgard Konrad (Berlin), Maricha und Adi König (Berlin)

Rückfragen und Möglichkeiten der Unterzeichnung bei Peter Gingold, Reichsforststraße 3, 60528 Frankfurt am Main Telefon und Fax: 069-672631 und bei Ulrich Sander, c/o VVN-BdA, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Telefon und Fax: 0202-450629

Spenden zur Finanzierung dieser von einem Freundeskreis ermöglichten Anzeige bitte auf das Konto-Nr. 440477, Frankfurter Sparkasse, BLZ 50050201, Stichwort "Brief an Minister"

Das Dementi

"Auschwitz-Lüge"
Fischer und Scharping weisen Vorwürfe zurück

BONN 23. April (dpa). Auswärtiges Amt und Hardthöhe haben sich gegen Vorwürfe von Auschwitz-Überlebenden gewandt, sie verglichen das Geschehen in Kosovo mit den NS-Judenmorden, um den Bundeswehr-Einsatz in Jugoslawien zu rechtfertigen. "Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen, ist infam", hieß es in einer ganzseitigen Anzeige in der Freitagausgabe der FR, die den Ministern

Joschka Fischer (Grüne) und Rudolf Scharping (SPD) "eine neue Art der Auschwitz-Lüge" vorwirft.

Aus dem Außenamt hieß es dazu, solche Äußerungen von Betroffenen des Holocaust würden von Bonn immer ernst genommen. Fischer habe aber wiederholt klargestellt, daß er "keine Parallelisierung zwischen Auschwitz und den aktuellen Ereignissen" vornehmen wolle.

Aus: Frankfurter Rundschau 24.4.1999

Die Fakten

Fischer: "Jetzt nicht wackeln" Kritik der eigenen Leute abgewiesen

Bonn (taz) - Außenminister Joschka Fischer (Bündnisgrüne) und Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) haben gestern die Nato-Angriffe gegen die zunehmende Kritik aus den eigenen Reihen verteidigt. Die "Verkehrung von Opfern und Tätem in der Öffentlichkeit" sei "abenteuerlich", sagte Fischer. "Wir hätten offenbar warten müssen, bis die ersten Massaker beginnen, um die Kritiker ruhigzustellen".

Fischer und Scharping betonten, daß der jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic schon im Januar eine "Frühjahrsoffensive" vorbereiten ließ, Es sei daher falsch, die Nato-Angriffe für die Eskalation im Kosovo verantwortlich zu machen. Das Kriegsziel von Milosevic sei die Vertreibung der Kosovo-Albaner. Scharping zufolge gehen Armee, paramilitärische Einheiten und Sonderpolizei bei der Räumung von Dörfern systematisch "mit deutlich ausgeprägter Brutalität und einem ungeheuren Maß an Grausamkeit" vor. Es gebe Anzeichen für "eine systematische Ausrottung, die an das erinnert, was zu Beginn des Zweiten Weltkriegs im deutschen Namen angerichtet worden ist, zum Beispiel in Polen". Scharping sprach außerdem von "starken Hinweisen auf im Kosovo eingerichtete Konzentrationslager".(...)

aus: tageszeitung 1.4.1999

Vorfahrt für den Pragmatismus Teils gelassen, teils verstört reagiert die rot-grüne Koalition auf die Kritik ihrer Klientel am Kosovo-Krieg

Von Vera Gaserow und Axel Vornbäumen (Bonn)
(. . .) Auf dem Posten des Außenministers, das spüren die an die Wand geredeten Medienvertreter, sitzt kein Karrieremensch, sondern ein Überzeugungspolitiker. Das macht ihn glaubwürdig, in seinem Engagement und in seiner Person, Joschka Fischer nimmt man ab, wenn er erklärt: "Ich habe nicht nur nie wieder Krieg gelernt, sondern auch nie wieder Auschwitz." (. . .)
aus: Frankfurter Rundschau 9.4.1999

Fischer: Milosevic ist ein neuer Hitler

Joschka Fischer hat das Vorgehen Slobodan Milosevic mit dem von Hitler und Stalin verglichen. "Es war ein wirklicher Schock, daß Milosevic bereit war, zu handeln wie Stalin und Hitler: einen Krieg gegen die Existenz eines ganzen Volkes zu führen", sagte er dem US-amerikanischen Nachrichtenmagazin Newsweek. Auf die Frage, ob er eine direkte Parallele zwischen den Ereignissen im Kosovo und der Nazizeit sehe, antwortete der Grünen-Politiker und deutsche Außenminister: "Ich sehe eine Parallele zu diesem primitiven Faschismus. Es ist offensichtlich: Die 30er Jahre sind wieder da, und das können wir nicht akzeptieren." (dpa) aus: tageszeitung 13.4.1999

"We Have to Win This"
Germans, their foreign minister says, know why
Milosevic must be stopped.
By Lally Weymouth

(. . .) Excerpts from an exclusive interview at NATO headquarters in Brussels last week:

WEYMOUTH: How do you think the war is going?

FISCHER: I think NATO is doing a good job. [Milosevic is waging] an ethnic war against the Kosovar people—a criminal war. It was a real shock for the public and the decision makers that Milosevic was ready to act like Stalin and Hitler — to fight a war against the existence of a whole people.

What's at stake?

It's not a question of ethics, it's not a question of morals, it is not an issue of human rights — it's a question of what [kind of] Europe we will have in the 21st century. It's a direct attack against the security of Europe.

How is NATO holding together?

We all have our political pressures. I am a member of the Green Party and am sitting here giving an interview in NATO headquarters. I never dreamed about that. But [we cannot] accept Milosevic's policies and bow our knees in front of this ethnic cleansing. I became a student radical, a real leftist — I never was a pacifist because I was fighting [a] revolution. I was against Vietnam because I always thought Vietnam was a colonial war. But my generation [asked] our parents, "Why could [the Holocaust] happen in Germany — and why didn't you resist?" This is the question we have to ask ourselves now.

You see a direct parallel to the Nazi era?

I see a parallel to that primitive fascism. Obviously, the '30s are back, and we cannot accept that.

(...)

Aren't some people in your party unhappy with your position on Kosovo?

Obviously! There are many pacifists who cannot accepit, but, on the other hand, my generation was brough up with two experiences. The first is "Never Again War." And the second is "Never Again Auschwitz." means standing up against genocide. It's a contradiction, but we have to live with it. If we accept Milosevic as a winner, it would be the end of the Europe I believe in

(...)

Aus: Newsweek International, April 19, 1999

Kommentar

Kann man es diesen Politikern abnehmen, daß sie ernsthaft mit einem derart dämonisierten Feind verhandeln wollen? (VDJ Regionalgruppe Düsseldorf)

Aus den Grundsätzen der VDJ:

Die VDJ sieht die Grundlagen ihrer Arbeit in den Leitprinzipien Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie ist der antifaschistischen Tradition verpflichtet und tritt nationalistischer und rassistischer Politik entgegen.

Die Vereinigung tritt ein für
Völkerverständigung, Sicherung des Friedens und
Achtung der Menschen-, politischen und sozialen Grundrechte
auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen und
der internationalen Normen und Pakte.

Günter Amendt

Wer wie was, wieso weshalb warum

KEY PLAYERS
Psychogramm einer neuen Kriegsgeneration

Freiting 7.5.99

ch gehöre einer Generation an, die ...«, jedesmal wenn Joseph (Joschka) Fischer mit unterkühltem Pathos zu seiner Rechtfertigungsarie ansetzt, zucke ich zusammen. Glaubt Fischer ernsthaft, zur Rechtfertigung seiner verbrecherischen Politik eine ganze Generation vereinnahmen zu dürfen - seine, meine, unsere? Ich frage mich: Wen eigentlich meint er? Dabei geht es mir nicht ums Biologische, da trennen ihn und mich zehn Jahre, sondern um die gemeinsamen Erfahrungen der Protestgeneration und die Lehren, die sie aus der Geschichte zog. Was ist die Lehre aus Auschwitz, mit der Fischer sein Handeln rechtfertigen will, wenn »Nie wieder Krieg« und »Nie wieder Auschwitz« mehr als nur eine Parole sein soll?

Auschwitz und den Holocaust niemals für politische Zwecke zu instrumentalisieren, ist eine der wichtigsten Lehren aus den Jahren des deutschen Terrors. Vom ersten Kriegstag an, als es einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, den Bruch der Bundesverfassung und der Charta der Vereinten Nationen zu begründen galt, zeigte sich das Kriegskabinett gewillt, diese Lehre zu ignorieren. Die ständig von Auschwitz zum Kosovo gezogenen Parallelen und der Gebrauch des dazugehörigen Vokabulars irritieren selbst die Medien in den kriegsverbündeten Nachbar-

staaten. Doch unbeeindruckt von aller Kritik, beharrt Scharping auf seinem Vokabular: »Ich sage bewußt KZ«. Fischer, im Erklärungsnotstand, nimmt das Stichwort begierig auf. Auch er beteiligt sich, wie ihm Holocaustüberlebene in einem offenen Brief vorhalten, an der Verbreitung einer »neuen Art der Auschwitzlüge«. Doch Begriffe zu besetzen und Sprachregelungen vorzugeben, gehört nun einmal zu den Grundregeln einer effektiven Kriegspropaganda, deren Aufgabe nicht ist, historische Wahrheiten zu verbreiten, sondern Zustimmung für einen Akt von Staatsterrorismus zu gewinnen.

Auf eine verquere Weise hatte Scharping ja recht, als er in den ersten Kriegstagen von ›Luftschlägen« sprach und sich weigerte, den Krieg einen Krieg zu nennen. Es ist nicht ein Krieg, es sind zwei. Es ist ein grausamer Bürgerkrieg mit einer langen Vorgeschichte in einer vom Haß paralysierten europäischen Region, und es ist ein cooler aus der Luft geführter Hightech-Krieg, der mit dem primitiven Bürgerkrieg am Boden nur insofern zu tun hat, als er der NATO Vorwand und Legitimation liefern soll. Ziel des NATO-Krieges gegen Jugoslawien ist die Durchsetzung einer neuen von den USA vorgegebenen Militärstrategie. Diese Erkenntnis, immerhin, begann sich nach sechs Wochen Luftkrieg im

öffentlichen Bewußtsein festzusetzen. Begleitet von der Versicherung, dies sei »kein Krieg gegen das serbische Volk« (Scharping), nimmt die NATO in Kauf, das Land »in die Steinzeit zurückzubomben«, um an ein Kriegsziel der USA im Vietnamkrieg zu erinnern. Der deutsche NATO-General Naumann drückt das so aus: Am Ende der Bombardierung wird Jugoslawien da sein, »wo es vor 50 Jahren war«, da also, wo es war, als jugoslawische Partisanen mit Unterstützung der Alliierten die Nazitruppen gerade vertrieben hatten.

Je stärker der Gewaltexzeß der NATO ins öffentliche Bewußtsein dringt und die schrecklichen Bilder flüchtender und vertriebener Kosovaren relativiert, desto größer die Verwirrung und die Ratlosigkeit der einst friedensbewegten grünen Basis. Worauf haben wir uns da eingelassen? Wer hat uns verraten? Wo man hinhört, immer landet die Diskussion bei Fischer und Scharping und der Frage nach deren Motiven. Bis zu einem gewissen Grad kann ich das außergewöhnlich starke Interesse an einer psychologischen Erklärung für Fischers "Häutung« (Stern) und Scharpings Amoklauf nachvollziehen."

8. Mai 1999 – deutsché Politik mit Bomben an diesem Gedenktag

ird der 8. Mai 1999 zum 46. Tag des NATO-Krieges gegen Jugoslawien? Werden in den täglichen Sondermeldungen aus dem NATO-Hauptquartier wieder Treffer aufgezählt und Tote verschwiegen? Wird eine deutsche Regierung deutsche Bomben zum wiederholten Male zu moralischen Einrichtungen erklären? Als diese Zeilen geschrieben wurde, sah es ganz danach aus, daß dieser 8. Mai zumindest von der Bomberseite so verlaufen wird.

An diesem 8. Mai ist an den 6. April 1941 zu erinnern, als deutsche Und genau das ist die dreckigste Truppen ohne Kriegserklärung Jugoslawien überfielen. Als sie 1944 rausgeworfen wurden, hatten sie eine blutige Spur durchs Land gezogen - die Serben haben mit die größten Opfer bringen müssen, die jüdische Bevölkerung war praktisch ausgerottet. Und begonnen hatte das Verbrechen, das schon die Nazis "Unternehmen Strafgericht" nannten, mit dem Angriff von 600 Kampf- und Jagdflugzeugen auf Belgrad.

· ber es gibt noch eine andere Erinnerung: Die deutschen Besatzer und Töter wurden faktisch vom jugoslawischen Widerstand aus dem Land gejagt, womit Jugoslawien einen unschätzbaren Anteil an der Niederlage des deutschen Faschismus und seiner Militärs, an der Befreiung der Menschheit hatte.

Als vor einiger Zeit ein deutscher Außenminister - Kinkel hieß er erklärte, deutsche Truppen würden nie wieder in Ländern wirksam, die im 2. Weltkrieg von deutschen Truppen überfallen worden waren, da klang es, als gehöre auch Jugoslawien zu den Ländern, die uns für immer los waren. Aber zu der Zeit galt ja auch das Wort, wonach von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Dies alles ist nun mit deutscher Beteiligung weggebombt worden - einschließlich politischer Moral, Völkerrecht und aller veroflichtenden Erinnerungen.

Um das tun zu können, muß eine Begründung her. Und das sind serbische Verbrechen, ist Hilfe für die Flüchtlinge, und deshalb - um der offiziellen Lesart zu folgen - müssen Serbien und die serbische Führung, diese Viecher von serbischen

Wir sind wieder zurückgekehrt

Soldaten und auch viele serbische Zivilisten vernichtet werden.

ie stärkste Trumpfkarte soll dabei der Hinweis auf Auschwitz und den Holocaust sein, der Vergleich des Kosovo mit einem Konzentrationslager. Karte im dreckigsten Falschspiel der letzten Zeit.

In diesen Tagen - und auch an diesem 8. Mai - müssen sich Überlebende des Holocaust dagegen wehren, daß das einmalige gigantische Verbrechen des deutschen Faschismus mit diesem Trick verharmlost wird, daß die Täter von damals mit dem Hinweis auf das heutige "Auschwitz" faktisch entlastet werden, daß sich die Täter von heute mit Hilfe toter Juden aufrüsten und rechtfertigen...

In einem offenen Brief an die Minister Scharping und Fischer haben sich die jüdischen Bürger gegen den Mißbrauch des Holocaust zur Wehr gesetzt: "Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens." Sie nennen es infam, sich zur Begründung für den Krieg auf Auschwitz zu berufen. Die Briefautoren fordern das Ende der Bombardements und Verhandlun-

Ein anderes Beispiel: Der jüdische Schriftsteller Rafael : Seligmann wehrt sich im "stern" der letzten Woche gegen die Vereinnahmung der Juden für diesen Krieg und schreibt bitter: "Die Angehörigen der Opfer von einst müssen den Deutschen heute das Alibi ihrer Läuterung liefern... Die Juden müssen Persilscheine ausstellen: Ihr Deutschen seid anständige Menschen geworden. Wir Juden können eigentlich stolz auf euch sein..."

Als reiche es nicht, Menschen zu Seife und ihre Goldzähne zu Profit verarbeitet zu haben - mir ist, als würden die Millionen jüdischer Günter Hänsel

Menschen in zynischster Weise ein zweites Mal ermordet und wiederum verarbeitet - zum Alibi, zur Begründung für Bomben...

ber dieser 8. Mai 1999 ist auch anders. Die Proteste mehren sich gegen den NA-TO-Krieg; die Bomben und Raketen, und die deutsche Beteiligung an diesem Krieg geraten immer stärker in die öffentliche Kritik. An diesem 8. Mai werden ganz sicher wieder viele Menschen an vielen Mahnmalen und Gedenkstätten die Toten ehren und gegen die neuerlichen Bomben protestieren. Und in Berlin wird es eine große Aktion gegen den Krieg geben. Unsere Grüße gelten all den vielen Menschen an diesem Tage!

Und überall wird die Forderung nach sofortigem Stopp der Bombardierung erhoben. Die Wiederherstellung des Völkerrechts, der Einsatz der UNO und vor allem Verhandlungen werden gefordert, um der Zivilbevölkerung und den Flüchtlingen wirksam zu helfen.

s muß Schluß sein mit der unheilvollen Praxis, Diktate mit Bomben durchsetzen zu wollen und jede Verhandlung abzulehnen - was auch immer die Vorschläge für Verhandlungen beinhalten. Der NATO-Sprecher Shea erklärte dieser Tage zum wiederholen Male, aus Belgrad höre man nichts, "was der ernsthaften Erwägung wert wäre". Und als Höhebunkt der kalten Ignoranz kündigte Shea bereits vor Bekanntwerden der Gespräche Tschernomyrdins an, die Bombardements würden so oder so intensiviert ("Rheinische Post" vom 1. Mai 1999).

Welch ein 8. Mai! Er markierte 1945 das Ende der faschistischen Verbrechen im Namen des deutschen Volkes. Er wird 1999 - so ist zu fürchten - verdeutlichen, daß deutsche Politik und Militärs auf ihre Schlachtfelder zurückgekehrt sind, Er wird aber auch - so ist zu hoffen - den Widerstand sichtbar machen, der sich gegen diese deutsche Politik mit Bomben erhebt. 7

vertierung der Moral

Bomben als psychologischer Ersatz für versäumten Aufstand gegen Hitler



Horst-Eberhard Richter Prof. Dr. med Dr. phil

/erantwortung) war bis 1992 Direktor des Zen Der Leiter der Deutschen Sektion der IPPNW Internationale Ärzte für Frieden und soziale trums für psychosomatische Medizin an der Jniversität Gießen, der 76jährige ist Autor rahlreicher Bücher

ND-Foto: Burkhard Lange

nötigt, um die eigene Geschichte aufzu-

arbeiten?

Es ist seit Jahren eine Tendenz aufge

 Zum Golfkrieg haben Sie geschrieben, daß dieser wie ein Western-Spektakel inszeniert wurde, auf der einen Seite der Schurke, auf der anderen der Sheriff. Sehen Sie den Kosovo-Krieg ähnlich?

der Berechtigung der eigenen Aggression sches Schema, Das Feindbild wird um so mehr dämonisiert, je mehr man an Genauso. Das ist ein geradezu mythizweifelt und je unsicherer man ist, eine Zustimmung dafür zu gewinnen.

Wird diese Dämonisierung auch be-

ke, suggestive Wirkung.

 Sie bestreiten damit die Behauptung, es gehe darum, ein neues Auschwitz zu verhindern?

Millionen Juden ermordet. Hiermit ist jeder Vergleich absurd. Nach Mitteilung Das ist einfach eine ungeheure Geschichtsfälschung. Hitler hat viele andere Länder überfallen, und es wurden sechs baner 3000 Menschen ums Leben gedaß 30 000 Kurden durch das türkische Militär getötet wurden. Nie hat die NATO der CIA sind auf Seiten der Kosovo-Alkommen. Das ist sehr schlimm. Aus den gleichen Quellen hören wir aber auch, das als Argument benutzt, in der Türkei einzugreifen.

rismus zweimal in diesem Jahrhundert Ich bin schon lange in der Friedensbewegung aktiv. Gerade aus meiner Generation haben sich dort sehr viele Menschen versammelt, die sich geschworen haben, eine Remilitarisierung der deutschen Politik zu verhindern. Diese Menschen wissen, was der deutsche Militaangerichtet hat. Ihnen kann man nicht vorwerfen, daß sie vergessen würden, was die Nazi-Geschichte uns auferlegt.

kommen, aus der geschichtlichen No-wendigkeit des Krieges gegen Hitler die Notwendigkeit deutscher Beteiligung an Kriegseinsätzen zu schlußfolgern. Man

Gegen ihn Bomben einzusetzen, wirkt vergleicht Milosevic fälschlich mit Hitler. dann wie ein psychologischer Ersatz für den versäumten deutschen Aufstand gegen Hitler. Dieses Argument hat eine star-

 Wenn man nicht bombardierte, würde man sich auch schuldig machen, sagen die Kriegsbefürworter.

muß die Vorgeschichte dieses Krieges bedenken. Es hätte vieles getan freien Mitteln zu befrieden. Dazu wurde werden können, um den sich verschärfenden Konflikt in Kosovo mit gewaltdensbewegung haben den Westen aufgewaltfreie Lösung für Kosovo angestrebt immer wieder gemahnt. Wir als Friefordert, Rugova zu stärken, der eine gehat. Aber er ist im Stich gelassen worden bis die UCK die Macht in Kosovo an sich gerissen hat.

 Viele, mit denen Sie früher auf Kundgebungen der Friedensbewegung zusammen gestanden haben, befürworten jetzt den Krieg. Was denken Sie dabei?

nige, die sich gewendet haben. Die Kon-Gruppe der enthusiastischen radikalen In meiner Altersgruppe sehe ich wevertiten stammen überwiegend aus der jenigen, die sich mit dem «Lernziel Solidarität« engagiert hatten, so war der Titel meines Buches, denen es also zuallererst weg auf der Seite der Kriegsgegner. Es gab und gibt in der gesellschaftlichen Linken einerseits Leute, die sich ganz stark über ein Anti, über ein Feindbild motivieren – das hat sich dann gewandelt von losevic. Und es gibt Leute; die sich mehr über ein Pro motivieren. Das Pro-Motiv um eine sozialpolitische Unterstützung der sozial Schwächeren und Benachtei ligten ging und geht, die sehe ich durch-Anti-USA über Anti-Saddam zu Anti-Mibedeutet Verständigung, Versöhnungs-Revolutionäre der 68er Bewegung.

ger anfällig für abrupte Wendungen. Die bereitschaft, und diese Haltung ist wenipubertäre Vaterrebellion, wie Herbert Marcuse sie mal genannt hat, trägt nicht so weit.

 Aber die Ablehnung von Kampfeinals auch Bundestag und Regierung noch sätzen deutscher Soldaten war größer, dagegen waren. Gibt es zu viel Grund. gehorsam in der Gesellschaft?

Die Umfragen machen von Woche zu Mehrheit einen sofortigen Stopp der Woche deutlicher, daß inzwischen eine führendes Land wird, dann gibt es einen Loyalitätszwang, dann ist es für viele ein Bombardierungen wünscht, auch im Westen. Dennoch sind wir mit einem Phänomen konfrontiert. Wenn man ein krieg-Akt des Verrats und der Unanständigkeit, der eigenen Regierung und den eigenen Soldaten in den Rücken zu fallen. Das hat eine lange Tradition und ist in jedem ralischer Druck, ein moralischer Impe-Land etwas Fluchwürdiges. Es ist ein morativ, der zur Pervertierung der Moral führt. Pazifismus wird plötzlich zur Schäbigkeit, zur Feigheit – es ist eine Umkehrung der Werte.

 Haben Sie eine Empfehlung an den Parteitag der Grünen? Jede und jeder muß selbst abwägen, ob für sie oder ihn die eigene Uberzeugung mehr zählt als der Wunsch, die Regierungsfähigkeit zu erhalten.

Fragen: Jürgen Reents

Serben, Deutsche und der Krieg um Kosovo

Von Ivan Ivanji

ehrere Umstände bestimmen mein Verhältnis zu den Ereignissen in ▲meiner Heimat. Ich fühle das ganze ehemalige Jugoslawien als meine Heimat, Alpen in Slowenien, Seen in Mazedonien, Moscheen in Bosnien, die glitzernden Adriawellen in einer kroatischen Abenddämmerung und die Unendlichkeit der Pannonischen Tiefebene im Banat im Nordosten Serbiens, woher ich stamme.

Als 16jähriger war ich in Auschwitz und Buchenwald, danach bin ich von Mai bis September 1945 allein durch ein verwüstetes Deutschland geirrt, deshalb weiß ich aus Erfahrung, was die Kosovo-Albaner erleben. Meine Kinder und Enkelkinder befinden sich in Belgrad, deshalb weiß ich, was es bedeutet, über zwei Monate lang in Kellern zu übernachten und darauf zu warten, ob man als Opfer eines »Kollateralschadens« lebendigen Leibes verbrennen wird.

Wenn man mir sagte, das durch Luftangriffe verursachte Leiden in Serbien und Montenegro sei die Rache für Dubrovnik, Vukovar und Sarajevo, würde ich tieftraurig mein Haupt senken. Wenn mir jemand beweisen könnte, daß einem einzigen Albaner geholfen ist, würde ich mich mit der Unverhältnismäßigkeit der dafür eingesetzten Mittel abfinden. Keines von beidem ist der Fall.

Ich stelle fest, daß 1000 modernste Kampfflugzeuge aus sicherer Höhe mit Knopfdruck systematisch Brücken, Stra-ßen, Eisenbahnlinien, Fabriken, Umspannwerke, Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten, Klöster aus dem Mittelalter, Wohnblöcke, Hotels und Verwaltungsgebäude zerstören, zivile Eisenbahnzüge, Busse und diplomatische Vertretungen treffen.

Eingesetzt werden international geächtete und verbotene Waffen wie Splitterbomben und Geschosse, deren Mantel mit Uran gehärtet und deren Langzeitstrahlungspotential unerforscht ist.

Das Bombardement von Ölraffinerien und chemischen Fabriken hat zur Verseuchung von Flüssen und Seen, der Lust und der Erde geführt und auch Nachbarländer in Mitleidenschaft gezogen. Wie sich die zahlreichen Explosionen auf die Ozonschicht und damit auf das Leben auf unserem ganzen Planeten auswirken, hat noch niemand untersucht.

Sprecher der NATO, aber auch die Staats männer einiger ihrer führenden Staaten haben sich in Erklärungen zu diese Thema in Widersprüche verwickelt oder Lügen kredenzt. Am Anfang dieses Kriges ohne Kriegserklärung behauptete Verteidigungsminister Scharping, die erste zerstörte Donau-Brücke bei Novi Sa sei ein kriegswichtiges Ziel gewesen. 🖿 einer Fernsehdebatte sagte ich dem zugeschalteten Minister, diese Brücke führte aus der Altstadt durch Gassen, die zu eng sind für einen LKW, in das Zentrum der Stadt. Sie habe keinerlei militärische Bedeutung. Er redete um den heißen Bre herum und ließ sich wieder ausschalten

Viel wichtiger ist der Vorfall mit des chinesischen Botschaft in Belgrad. Die Ausreden sind sinnlos. Kein alter Stadtplan konnte in die Irre führen, weil das Gebäude in einem neuen Stadtteil vor sieben Jahren errichtet wurde und auf alten Stadtplänen nicht existiert. Sicher waren Angehörige der USA-Botschaft – ein-schließlich des CIA-Residenten – oft in diesem Haus. Man wollte nur eines erreichen: daß China im Sicherheitsrat sein Veto gegen den Vorschlag der G-8-Staaten einlegt. Danach wollte man behaupten, mit der UNO könne man nichts er-

reichen, deshalb müsse die NATO auch weiterhin auf eigene Faust handeln.

Mühsam und nicht ohne Rückschläge wurde nach dem Weltkrieg im Rahmen der UNO eine Prozedur für die Beilegung internationaler Konflikte geschaffen. Durch das eigenmächtige Vorgehen der als Verteidigungsbündnis geschaffenen NATO wurde alles zu Makulatur, die UNO-Charta, die OSZE-Prinzipien und die eigene Gründungsakte. Auch Deutschlands Grundgesetz. Ich halte es für eine der besten Verfassungen der Welt. So prägnante Sätze wie »Eigentum verpflichtet« habe ich sonst nirgendwo gelesen. Aber die beste Verfassung hilft nichts, wenn sie von der eigenen Regierung gebrochen wird. Ich bin kein Jurist, aber als Germanist habe ich mindestens lesen gelernt und verweise deshalb auf Artikel 26, Absatz 1 (»Verbot eines Angriffkrieges«) und Artikel 25 (»Achtung des Völkerrechts«).

Wenn man mit dem Völkerrecht unzufrieden ist, muß man dafür sorgen, daß es auf legitime Weise verändert wird, und demokratische Staaten sollten dabei Vorbild sein. Eine solche Prozedur ist langwierig und nicht immer wirkungsvoll. aber alles andere ist Faustrecht.

Niemand berufe sich auf die Emotionen des Fernsehpublikums. Nichts kann stärker manipulieren als Bilder. Das wird gesagt, wenn fast hundert tote Albaner gezeigt werden, die ein USA-Pilot auf der Suche nach einem »legitimen Kriegsziel« ermordete, nicht aber, wenn das Elend der von serbischen paramilitärischen Einheiten vertriebenen Albaner vor der

Kamera steht. Ich fürchte mich vor dem, was in Deutschland zu unglückseligen Zeiten »gesundes Volksempfinden« genannt wurde.

Während ich dies schreibe, erfahre ich, daß in Belgrad das Krankenhaus, in dem mein Sohn geboren wurde, einen Volltreffer erhalten hat. Mindestens drei Patienten starben in ihren Betten. Das deutsche Fernsehen brachte nach einer Kurznachricht über den Angriff auf die jugoslawische Hauptstadt neueste Erkenntnisse über einen Mord an Albanern vor einigen Wochen. Wenn Belgrader Patienten in ihren Krankenbetten verbrennen, heißt das Kollateralschaden, wenn Albaner hingerichtet werden, Massaker. Ich lerne neue Worte wie Kollateralschaden und die Umbewertung alter wie Massaker. Besser kannte ich Gemetzel, Blutbad, Mord, Totschlag oder einfach Tod.

Der Tod ist ein Meister aus Deutschland. Das dichtete Paul Celan. Der Tod ist ein Meister aus Serbien. Das ist neu. Verbindet das Deutsche und Serben auf eine neue Weise? Besonders die Dresdener und die Belgrader?

Golo Mann schrieb: »Wer die dreißiger und vierziger Jahre als Deutscher durchlebt hat, der kann seiner Nation nie mehr völlig trauen, der kann der Demokratie so wenig völlig trauen, wie einer anderen Staatsform, der kann Menschen überhaupt nicht mehr völlig trauen und am wenigsten dem, was Optimisten früher Sinn der Geschichte nannten. Der wird (...) in tiefster Seele traurig bleiben, bis er stirbt.« Ich füge hinzu: Wer als Serbe die 80er und 90er Jahre erlebt hat, desgleichen.

DER KOMMENTAR

Verwirrende Friedensfreunde

PETER SCHUTT Well, 6.99

Die PDS hat sich eine neue Maske übergestülpt, die Maske des radikalen Pazifismus. Sie möchte die Friedliebenden aller Lager unter ihrem Banner vereinigen. In Hamburg hat die Partei in der ganzen City erneut Stellschilder mit der Tucholsky-Losung "Soldaten sind Mörder" aufgestellt.

Nicht die Mordbanden des Genossen Milosevic sind gemeint, auch nicht die Mauerschützen, gegen deren Kriminalisierung erst vor kurzem lautstark protestiert wurde. Gemeint sind die Truppen der Nato und mit ihnen die Soldaten der Bundeswehr einschließlich derer, die den Kosovo-Flüchtlingen Zelte errichten.

Gesponsert von derselben PDS, wandten sich vor kurzem altgediente Antifaschisten in einer Erklärung dagegen, die Auschwitz-Erfahrung für den Krieg gegen Serbien zu instrumentalisieren. Einzelne Sätze des Appells waren durchaus bedenkenswert. Peinlich war nur, daß just dieselben Namen, die jetzt unter dem Aufruf standen, ein paar Monate vorher dazu benutzt wurden, Martin Walser empört zu widersprechen: Walser, der genau das gefordert hatte, nämlich damit aufzuhören, Auschwitz zu sehr zu instrumentalisieren.

Diejenigen, die sich jetzt so heftig gegen die Inanspruchnahme des Auschwitz-Traumas ausgesprochen haben, waren übrigens dieselben, die in den 80er Jahren als Antifaschisten vom Dienst bei keiner Aktion der Friedensbewegung fehlen durften - gekleidet in blauwei-Be KZ-Uniformen, die eigens für solche Zwecke in den Depots der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes gelagert wurden. Es handelte sich um Sonderanfertigungen im Auftrage des Potsdamer Defa-Studios für Dokumentarfilme

Andere Gesinnungsgenossen schreiben derweil neue Aufrufe. In der IG-Medien-Zeitschrift "Kunst & Kultur" haben gerade drei Kriegsgegner, die Literaten Wolfgang Beutin, Karlheinz De-schner und Hans Wollschläger, mit demselben Pathos, mit dem einst Karl Liebknecht den Kaiser zum Abdanken aufforderte, an den Kanzler appelliert, "sein Mandat in die Hände des Wahlvolks zurückzugeben". Und was ist, wurde einer der drei Musketiere des Pazifismus gefragt, wenn das Wahlvolk das Mandat bestätigen sollte? "Dann bleibt", so die Antwort, "nur der revolutionäre Sturz des Kriegskabinetts!"

Milosevic läßt grüßen.

Gegendarstellung.

In der "Welt" vom 1. Juni 1999 wird in einem Beitrag von Peter Schütt ausgeführt:

"Gesponsert von derselben PDS, wandten sich vor kurzem altgediente Antifaschisten in einer Erklärung dagegen, die Auschwitz-Erfahrung für den Krieg gegen Serbien zu instrumentalisieren."

Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß die Erklärung von Überlebenden und Hinterbliebenen des Holocaust "Gegen die neue Art der Auschwitz-Lüge" nicht von der PDS gesponsert war.

Peter Gingold (für die Erstunterzeichner)

SPIEGEL: Kommen wir zur Gegenwart. "Nie wieder Krieg!" habe er gelernt, sagte Außenminister Joschka Fischer anläßlich

des Nato-Angriffs auf Serbien, aber auch: "Nie wieder Auschwitz!" - Nie wieder Völkermord, wie er im Kosovo droht. Ist dies, im Lichte der Mahnmal-Debatte, eine unzulässige Wortwahl, eine Instrumentalisierung und Relativierung von Auschwitz? Naumann: Zunächst: Es ist kein Zufall, daß in meinem Konzept des "Hauses der Erinnerung" als Teil des Mahnmals ein "Genocide Watch Institute" vorgesehen ist, eine "Völkermord-Vorwarn-Station", Es hat nach dem Holocaust, nach 1945, ungefähr 60 Genozid-Versuche oder gar vollzogene Mordaktionen an einem ganzen Volk oder an Ethnien gegeben - am schlimmsten in Pol Pots Kambodscha Mitte der siebziger Jahre. Im Kosovo findet sicher kein zweiter Holocaust statt, doch in der Völkermord-Konvention der Vereinten Nationen werden auch die gewaltsame Trennung von Kindern und Eltern, Männern und Frauen, Ghettoisierung, Vertreibung und Tötung aus ethnisch-rassischen Gründen als Merkmale des Genozids angeführt. Ein Überlebender des Holocaust hat diese Uno-Definition von Völkermord formuliert.

SPIEGEL: Jüngst protestierten Holocaust-Überlebende in einem offenen Brief an

Fischer und Scharping "gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge". Könnte es sein, daß mit der historischen Singularität der Shoah die Meßlatte für Völkermord derart hochgelegt wird, daß nun Menschenschlächter aller Art bequem darunter hindurch spazieren können? Anders gefragt: Gibt es auch die umgekehrte Auschwitz-Keule, die blind macht für Massenverbrechen in der Gegenwart?

Naumann: Wenn es ein politisches Vermächtnis des Holocaust gibt, dann dies: den Begriff des Völkermordes nicht unhistorisch einzuengen und statt dessen eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für jene Herrschaftsstrukturen und diktatorischen Tendenzen zu stärken, die immer wieder die Gefahr ideologisch legitimierter Akte von Gewalt und Terror heraufbeschwören. Dazu reicht es nicht, die Symbolik von Auschwitz zu zitieren.

Stichwortgeber Scharping und Fischer

Mit dem Kriegseintritt wurden Repräsentanten der Bundesregierung - am lautesten die Minister Scharping und Fischer – Stichwortgeber einer Neudefinition Deutschlands. Als sie aus Slobodan Milosevic einen »neuen Hitler« machten und die Verfolgung und Vertreibung der Kosovo-Albaner mit Auschwitz verglichen, relativierten sie nicht nur die Einmaligkeit des industriellen Massenmords an den europäischen Juden und an allen, die die Nazis als Untermenschen bezeichneten. Der Vergleich Kosovo - Auschwitz nährte zugleich die Vorstellung, die Geschichte wiederhole sich, nur dieses Mal stehe Deutschland auf der richtigen Seite, und die anderen seien die Hitlers. So maskierte sich der Krieg gegen Jugoslawien als Sühne für Auschwitz, als deutsche Wiedergutmachung für das Menschheitsverbrechen an Juden, Sinti, Roma, Slawen.

Bis 1990 war ein Bundeswehreinsatz in Jugoslawien und anderswo undenkbar, danach waren hohe Hürden vor einem Auslandseinsatz aufgerichtet, erst ein »Deutschland ohne Auschwitz« schuf die Voraussetzung, daß deutsche Soldaten die neue Weltordnung durchsetzen können. Zumal die zweite Voraussetzung ebenfalls erfüllt ist: kein »deutscher Sonderweg«, sondern seine Einbindung in das, was europäische Werte- und Verteidigungsgemeinschaft genannt wird. Zu den europäischen Folgen dieses deutschen Paradigmenwechsels schrieb Ekkehart Krippendorf in der »Frankfurter

Rundschau« (18.6.99): »Was wir mit dem Sieg der NATO über Jugoslawien miterleben (...), ist die Geburt des politischen Europa aus dem Geiste der militärischen Gewalt; zeitgleich mit dessen Geburt aus dem Geist des Kapitals in Form der Schaffung des Euro.«

Sollte sich »Deutschland denken, ohne Auschwitz denken« durchsetzen, wäre diese Umbewertung der deutschen Geschichte-eine-geistig-moralische-Wende, viel tiefer als jene, die Altkanzler Helmut Köhl angestrebt und Vorangebracht hat. Kohl hatte das Selbstbild Deutschlands ohne Auschwitz skizziert, als er 1985 mit dem USA-Außenminister in Bergen-Belsen und Bitburg die »Versöhnung über den Gräbern« inszenierte. Darüber brach damals in Westdeutschland der »Historikerstreit« aus. 1999 blieb es dagegen gespenstisch ruhig. Irgendwann ließen Scharping und Fischer von ihren Vergleichen ab, das Thema verschwand aus der Öffentlichkeit, bevor eine Kontroverse begonnen hatte. Schleichend entledigt sich das Bonner Deutschland seiner Nachkriegsgeschichte, die es immer noch mit jenem einzigartigen Krieg verband.

Wolfgang Schrcke

Deutschland: wiedergutgemacht

Berliner Humboldt-Universität ferenz. und in der "Weißen Rose" in Berlin-Schöneberg eine Konferenz stattfinden, zu der das bundesweite Bündnis gegen die IG Farben, aber auch das Auschwitzkomitee, die VVN-BdA und andere antifaschistischen Gruppierungen aufru-

Zu den Referenten der beiden Tage zählen Hans Coppi (Berlin), Otto Köhler (Hamburg), Peter Gingold (Frankfurt/M.), Hermann Gremliza (Hamburg), Gisela Wiese, (Vizepräsidentin von Pax Christi), Prof. Dr. Birgit Rommelspacher (Berlin) und viele weitere Persönlichkeiten.

Die Podiumsdiskussionen und Vorträge an den beiden Tagen haben diese Titel:

..Das Schweigen über Deutschland die neueste deutsche Friedensbewegung" - "Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge" - "Von Tetovo nach Tetovo - die Kontinuität deutscher Interessen auf dem Balkan" - "Ressentiments - Aspekte der psychologischen Kriegführung in Deutschland und Österreich" -...Milosevic = Hitler - der Krieg als Entlastung von Schuldgefühlen wegen Auschwitz" - "Wieder Krieg! Stationen der Überwältigung der deutschen Vergangenheit" - "Von Auschwitz in den Kosovo. Die Folgen der militärischen Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit". Ein Konzert mit Esther und Edna Bejarano & Coincidence gehört

In dem Aufruf zur Konferenz "Deutschland: wiedergutgemacht" heißt es unter anderem:

"Es war einer rotgrünen Bundesregierung vorbehalten, die letzten als Fesseln empfundenen Beschränkungen aufzuheben, die einen deutschen Angriffskrieg auf Länder, die unter der deutschen Besatzung litten, undenkbar erschienen ließen. Eine Bundesregierung, die wie ihre Vorgängerinnen nicht willens ist, alle NS-Opfer zu entschädigen, beansprucht das Definitionsrecht darüber, was Auschwitz gewesen ist und was heute ,Auschwitz' sein soll.

Wie geläutert dieses Deutschland ist und was man hier aus der Vergangenheit gelernt hat, zeigt sich nicht zuletzt am Umgang der rotgrünen Bundesregierung, der deutschen Unternehmen und der deutschen Justiz mit den Forderungen der Überlebenden der Nazizwangsarbeit nach finanzieller Entschädi-

"Im April wandten sich 14 Überlebende der Shoah in einem offenbrief an Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping: .Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und

ebenfalls zum Programm der Kon- Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menscheitsgeschichte einmaligen Verbrechens'"

> "Das bundesweite Bündnis gegen IG Farben setzt sich seit über zehn Jahren dafür ein, daß die Nachfolgegesellschaft des während des letzten deutschen Krieges weltweit größten Konzerns aufgelöst wird und alle Opfer finanziell entschädigt werden. In der Geschichte der ,IG Farbenindustrie in Abwicklung AG' (IG Farben) präsentiert sich westdeutsche Nachkriegsgeschichte wie im Brennglas. Ihre Existenz verdankt die IG-Farben-Abwicklungsgesellschaft bis heute dem weitgehend erfolgreichen Versuch, die enge Zusammenarbeit der deutschen Unternehmen mit dem nationalsozialistischen deutschen Staat zu tabuisieren - seit ihrer Gründung 1954 führt sie einen Kleinkrieg gegen die Überlebenden um jede Mark."

"Über die Folgen der militärischen Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit wollen wir am 2. und 3. Juli auf der Konferenz .Deutschland: wiedergutgemacht' in Berlin diskutieren. Unabhängig davon, ob es bis dahin einen Waffenstillstand gibt oder der Einsatz von Bodentruppen näher gerückt ist: Die Ausgangsbedingungen einer dem Antifaschismus verpflichteten Kritik der deutschen "Normalisierung" haben sich grundlegend verändert."

18.0659

137 115.

"Vor aller Welt Augen hat doch das deutsche Mitmachen im Krieg gegen Milosevic gezeigt, daß 'Nie wieder Auschwitz' Teil deutscher Staatsräson ist."

Ulrich Reitz, Chefredakteur der "Rheinischen Post" in der Ausgabe vom 26. Juni 1999

Peter Gingold:

"Mit Auschwitz in den Kosovo"

"Gegen eine neue Art der Auschwitzlüge" - wie sie der Chefredakteur der "Rheinischen Post" in ihrer unverschämtesten Ausprägung formuliert hat (siehe oben) - prostestiert Peter Gingold, Antifaschist, Überlebender des Holocaust und Mitglied des Auschwitzkomitees der Bundesrepublik.

Gingold ist Mitinitiator und Unterzeichner eines Offenen Briefes an die Minister Scharping und Fischer, in dem sich Überlebende des Holocaust dagegen wenden, die Beteiligung deutscher Truppen am NATO-Krieg gegen Jugolawien mit dem Massenmord der Nazis zu begründen und den Kosovo mit Auschwitz zu vergleichen.

"Als Linke habe ich andere Alternativen"

Die frühere Grünen-Vorsitzende Jutta Ditfurth zum Zustand der Partei und ihrer Führung

Jutta Ditfurth ist Gründungsmitglied der Grünen und zählte zum linken Flügel. Von 1984 bis 1988 war sie Bundesvorsitzende der Partei, die sie 1991 verließ.

E in Wahldebakel nach dem anderen, Streit mit dem linken Rand, nun das Thesenpapier der jungen Funktionsträger. Was fällt Ilmen als erstes zu den Grünen ein?

Ditfurth: Die Grünen sind eine Kriegspartei. Auch den sogenannten Kriegsgegnern bei den Grünen waren die Koalition und ihre Mandate und Posten wichtiger als ein sofortiges Ende des Krieges. Schon davor aber waren die Grünen eine unsoziale Partei, eine, die noch härtere Rentenkürzungen will als die SPD und noch kapitalfreundlichere Steuern. Eine, die den Atomausstieg aufgibt und die Atomenergie modernisiert. Eine zweite FDP, rechts von der SPD.

Welche Alternative hat man denn als politische Partei, die Einfluß nehmen will?

Ditfurth: Das hängt vom Interesse der Partei ab. Wenn sie der Chemie- oder der Autoindustrie – siehe jetzt Jürgen Trittin und die Altauto-Verordnung – zu Diensten sein will, muß sie in die Regierung wollen. Wer wie Joseph Fischer um jeden Preis Außenminister werden wollte, muß bereit sein, Krieg zu führen. Fischer hat noch nie in seinem Leben eine inhaltliche Position gehalten, wenn sie seinem Machterwerbsinteresse im Weg stand. Was meinen Sie also mit Alternative?

Die Grünen als deutlich kleinerer Partner in einer Regierung, die wiederum in Bündnisse und Sach-



JUTTA DITFURTH (Bild: dpa)

zwänge eingebunden ist, hat keinen so großen Spielraum.

Ditfurth: Die Alternative zu Krieg heißt kein Krieg. Fischer behauptete, in Jugoslawien herrsche Faschismus, und verglich Milosevic mit Hitler, um den Krieg zu rechtfertigen. Die Alternative zu dieser neuen Auschwitz-Lüge ist, die Einzigartigkeit von Auschwitz nicht in Frage zu stellen. Die Grünen haben keinen grundsätzlichen Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen mehr. Als Linke habe ich andere Alternativen. Es kann sinnvoll und ergänzend sein, wenn emanzipatorische Bewegungen stark sind, auch parlamentarisch zu arbeiten. Aber Regierungen vertreten das vermittelte Interesse unterschiedlicher Kapitalfraktionen. Es ist keine Frage von Moral, sondern von Analyse: In Regierungen läßt sich nichts Ökologisches oder Soziales durchsetDie Grünen argumentieren, in der Opposition habe man keine Gestaltungsmöglichkeiten.

Ditfurth: . . . das ist eine glatte Zwecklüge. Die Geschichte lehrt, daß stets nur Bewegungen – Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, Anti-AKW-Bewegung – wirkliche Veränderungen durchgesetzt haben. Und die wahlpolitisch erfolgreichste Zeit der Grünen lag zur Zeit des linken Bundesvorstandes während der intensiven Beziehungen zu außerparlamentarischen Bewegungen: 1987 bekamen die Grünen bei der Bundestagswahl 8,3 Prozent, heute unvorstellbar hoch.

Also: Hände weg von der offiziellen Politik?

Ditfurth: Nein, aber wir beseitigen die Ausbeutung des Menschen und die Zerstörung der Natur nur mit gesellschaftlicher Gegenmacht. So wurden das Streikrecht und das Frauenwahlrecht durchgesetzt. Auch die Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre hat vor den Grünen und gegen alle Regierungen von mehr als 90 geplanten Atomkraftwerken mehr als 70 verhindert durch außerparlamentarischen Widerstand. Es ist eine Verschleuderung von Energie, in Strukturen zu arbeiten, die zur organisierten Durchsetzung von Kapitalinteressen geschaffen wurden.

Das klingt aber sehr nach Klassenkampf. . . .

Ditfurth: Kennen Sie auch nur einen einzigen Linken, der eine Regierung mehr verändert hätte als sie ihn?

Was heißt das für die Zukunft der Grünen?

Ditfurth: Die Grünen haben nu noch eine Funktion: die Integration früherer kritischer Teile des Bigertums in die herrschenden Verhältnisse. Nur dabei sind sie une setzlich. Niemand konnte die Lüge Deutschland müsse aus "humanitiren Gründen" Krieg gegen Jugoslawien führen, so verlogen aufführen. Die grünen Kriegstreiber inszenierten sich selbst als die erster Opfer dieses Krieges. Wie sie unter ihrer Kriegsbereitschaft litten! Wie "zerrissen" sie sich fühlten! Abewirklich zerrissen waren die Opfer ihrer Bomben. Kein Westerwelle kein Schäuble hätte antifaschistsche Kategorien derart erfolgreich mißbrauchen können. Die wirklich Mächtigen im Land können zufrieden sein: Fischer hat ihnen mit sener neuen Auschwitz-Lüge das deutsche "Handikap" aus dem Wes geräumt und den NS-Faschismus durch den unglaublichen Vergleich mit den Verhältnissen in Jugoslawien relativiert.

Das Ende von Links in Deutschland?

Ditfurth: Die Grünen werfer Bomben und trennen Müll. Woanders sterben Menschen, aber der eigene Vorgarten ist sauber. Die Zeider Grünen als emanzipatorisches Projekt ist vorbei. Mit dem Krieg is die alternative Maske abgefallen Die Grünen sind eine prokapitalistische, korrupte kleine Partei. Sie machen alles mit, solange es ihner hohe Staatspensionen sichert. Sie verhalten sich verächtlich gegenüber sozialen Problemen. Mit ihret Sozial-, Steuer- und Wirtschaftspolitik produzieren sie Armut.

Interview: Thomas Geisen

Aufruf zur Konferenz gegen die Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit, Berlin 2. – 3. Juli 1999

Frieden mit Auschwitz – Krieg im Kosovo **Deutschland wiedergutgemacht**

Seit dem 34 März 1999 führt Deutschland wieder Krieg. Einen Krieg, der mit der Losung NIE WIEDER AUSCHWITZ legitimient wird: Deutschland kämpft im Rahmen der Nato gegen die »Dikatoren« und »Völkermörder«. So dokumentiert Deutschland, dass es geläutert ist und auf die Einhaltung der Menschenrechte pocht. Es war einer rotgrünen Bundesregierung vorbehalten, die letzten als Fesseln empfundenen Beschränkungen aufzuheben, die einen deutschen Angriffskrieg auf Länder, die unter der deutschen Besatzung litten, undenkbar schienen ließen. Eine Bundesregierung, die wie ihre Vorgängerinnen nicht willens ist, alle NS-Opfer zu entschädigen, beansprucht das Definitionsrecht darüber, was Auschwitz gewesen ist und was heute »Auschwitz« sein soli.

Wie geläutert dieses Deutschland ist und was han hier aus der Vergangenheit gelernt hat, zeigt sich nicht zuletzt am Umgang der rotgrünen Bundesregierung, der deutschen Unternehmen und der deutschen Justiz mit den Forderungen der Überiebenden der Nazizwangsarbeit nach finanzieller Entschädigung. Die Bundesregierung weigert sich, mit den Organisationen der Überiebenden in Deutschland auch nur zu reden; die deutschen Unternehmen wollen sich mit Almosen Expansionschanden auf den Internationalen Markten sichern; die deutsche Justiz handelt in diesem Sinne, indem z.B. das Bonner Landgericht für die Sammelklage von 22 000 poinischen ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern einen Prozesskostenvorschuss von DM 18 Millionen forderte

Im April wandten sich 14 Überlebende der Shoah in einem offenen Brief an Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping: »Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmangen Verbrechens.« Sie fordern die sofortige Einstellung der Bombardements und verurteillen, dass zugunsten des Auftrages NIE WIEDER AUSCHWITZ die Forderung NIE WIEDER KRIEG für obsolet erklärt wird.

Das bondesweite **Bündnis gegen IG Farben** setzt sich seit über zehn Jahren dafür ein, dass die Nachfolgegeseilschaft des während des letzter, deutschen Krieges weltweit größten Konzerns aufgelöst wird und alle NS-Opfer finanziell entschädigt werden. In der Geschichte der »IG Farbenindustrie in Abwicklung AG« (IG Farben) präsentiert sich westdeutsche Nachkriegsgeschichte wie im Brenngias. Ihre Existenz verdankt die IG Farben-Abwicklungsgesellschaft bis heute dem weitgenend erfolgreichen Versuch, die enge Zusammenarbeit der deutschen Unternehmen mit dem nationalsozialistischen deutschen Staat zu tabuisieren – seit ihrer Gründung 1954 führt sie einen Kieinkrieg gegen die Überlebenden um Jede Mark. Nach 1989 gab es auch für die Nachfolger eines Konzerns, ohne den der zweite Weitkrieg nicht möglich gewesen wäre, offensichtlich keine Beschränkungen mehr. Seit der deutschen Vereinigung versuchte IG Farben mehrmals, aber bislang erfolglos, enteignete Besitzungen zurückzubekommen.

In den Monaten nach dem Regierungswechsel hat sich die Ausgangsposition der Arbeit des Bundnisses vollkommen verändert: Während Deutschland mit der Begründung, aus der Vergangenheit gelernt zu haben, wieder Krieg führt, geht der Kleinkrieg gegen die Überlebenden der Nazi-Verbrechen unvermindert weiter. Während wieder deutsche Bomben auf Belgrad fallen, soll voraussichtlich ausgerechnet am 1. September 1999, dem 50. Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen, der Fonds der deutschen Unternehmen gegründet werden. Damit wollen sich diese mit finanziellen Abfindungen Rechtssicherheit gegen Klagen von Überlebenden erkaufen, es soll endgültig ein Schlußstrich unter die deutschen Verprechen gezogen werden. Dieses Projekt dient in keiner Weise dazu, den Forderungen der Überlebenden in angemessener Form gerecht zu werden.

Folglich geht es nicht mehr darum, für die Forderungen der Überlebenden überhaupt eine Öffentlichkeit zu schaffen, sondern darum, die Erpressung der Überlebenden mit ihrem hohen Alter und ihrer oft elenden sozialen Lage zu verhindern, as geht nicht mehr nur darum, die Wahrheit der

Nazi-Verbrechen öffentlich zu machen, sondern darum, die Instrumentalisierung dieser Verbrechen für deutsche Großmachtambitionen zu kritisieren.

Über die Folgen der militärischen Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit wollen wir am 2. und 3. Juli 1999 auf der Konferenz **Deutschland: wiedergutgemacht** in Berlin diskutieren. Unabhängig davon, ob es bis dahin einen Waffenstilistand gibt oder der Einsatz der Bodentruppen näher gerückt ist: die Ausgangsbedingungen einer dem Antifaschismus verpflichteten Kritik der deutschen »Normalisierung« haben sich grundlegend verändert.

Berlin und Frankfurt/Main, im Mai 1999

Bundesweites Bündnis gegen IG Farben

Dem Bündnis gegen IG Farben gehören unter anderem an: Auschwitz-Komitee in der BRD; Dachverband der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre; Kampagne vie wiederl; Antifaschistische Aktion Berlin (organisiert in der AA/BO), Coordination gegen Bayer-Gefahren; Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bur i der Antifaschistinnen und Antifaschisten; Antifaschistische Gruppe Frankfurt/Main; Gegen das Vergessen, Frankfurt/Main; Antifa/Antira-Gruppe felS; Antirassistische Gruppe, Würzburg; Junge Linke; Marburger Bündnis gegen IG Farben; Berliner Bündnis gegen IG Farben, Frankfurter Bündnis gegen IG Farben u.v.a.

Programm

Freitag, 2. Juli, AudiMax der Humboldtuniversität, Unter den Linden

19 Um

Das Schweigen über Deutschland - die neueste deutsche

Friedensbewegung. Podiumsdiskussion mit Hans Conpi, BdA Berlin; Jutta Ditfurth, Ökologische Linke, Frankfurt Main (angefragt); Wolfgang Gebroke, MdB, stellv. Vorsitzender der PDS (angefragt), Karl Pfeifer, Journalist, Wien; Hermann Gremilza, Konkret-Herausgeber, Hamburg; Heiner Möller, Publizist, Hamburg; Moderation: Vertreter In des Bundesweiten Bundnis gegen IG Farben

Samstag, 3. Juli 1999

9.30 Uhr Eröffnung durch Lidwig Baurnann, Wehrmachtsdeserteur, Srenien

Eingangsstatement des Bündnisses gegen IG Farben

10.30 Uhr Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge. Podium mit UnterzeichnerInnen

des Offenen Briefs an Scharping und Fischer zur politischen Entwicklung seit 1989/90 in Verbindung mit ihren politischen Biographien und Erfahrungen mit Deutschland Moderation: Dr. Ursula Krause-Schmitt, Studienkreis: Deutschen

Widerstand, Frankfurt/Main.

13 Uhr Mlttagspause 14,30 Uhr **Vorträge:**

Cito Kähler, Publicist, Hamburg. Von Tetovo nach Tetovo - die Kontinuität

deutscher Interessen auf dem Balkan

15.30 Uhr Dr. Gerhard Scheit, Publizist, Wien: Ressentiments - Aspekte der

psychologischen Kriegführung in Deutschland und Österreich
Günther Jacob, Publizist, Hamburg: Wieder Krieg! Stationen der Überwältigung

der deutschen Vergangenheit

17.30 Uhr Tjark Kunstreich, Journalist, Bündnis gegen IG Farben, Berlin, Deutschlands

Wiedergutmachung - die Entschädigungsdebatte und die Vorbereitung

eines Angriffskrieges

Moderation: Vertreterin des Bundesweiter: Bündnis gegen IG Farben

18.30 Uhr Pause

20 Uhr Von Auschwitz in den Kosovo. Die Folgen der militärischen Versöhnung mit

der deutschen Vergangenheit. Podiumsdiskussion mit Peter Gingola, VVII-BdA, Frankfurt/Main; Kurt Hacker, Präsident des Internationalen Auschwitz-Kernitees, Wien (angefr.), Judith Demba, ehem. B '90/Grüne, Berlin; VertreterIn des Bundesweiten

Bündnis jagen IG Farbert, Horst Pankow, Redaktion Banamas, Berlin u.a.

Moderation: Jürgen Elsässer, Redaktion KONKRET

danach evil: Konzert mit Escher und Edna Bejarano & Coincidence

Frieden mit Auschwitz - Krieg im Kosovo DEUTSCHLAND: WIEDERGUTGEMACHT

Programm

Ort: Humboldtuniversität, Unter den Linden 6, Berlin

	Freitag, 2. Juli, AudiMax der HU
19 Uhr	Das Schweigen über Deutschland - die neueste deutsche Friedensbewegung. Podiumsdiskussion mit Hermann Gremliza, Konkret-Herausgeber, Hamburg; Heiner Möller, Publizist, Hamburg; Tjark Kunstreich, bundesweiten Bündnis gegen IG Farben, Berlin; Jutta Ditfurth, Ökologische Linke, Frankfurt/Main; Raoul Zelik, für eine linke Strömung (felS), Berlin; Jürgen Elsässer, Redaktion KONKRET (Moderation)
	Samstag, 3. Juli 1999, Hörsaal
9.30 Uhr	Eröffnung durch Ludwig Baumann, Wehrmachtsdeserteur, Bremen Eingangsstatement des bundesweiten Bündnisses gegen IG Farben: Saskia Wenger, Marburg.
10.30 Uhr	Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge. Podium mit UnterzeichnerInnen des Offenen Briefs an Scharping und Fischer zur politischen Entwicklung seit 1989/90 in Verbindung mit ihren politischen Biographien und Erfahrungen mit Deutschland. Mit Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees in der BRD, Sängerin, Hamburg; Peter Gingold, VVN-BdA, Frankfurt/Main; Kurt Goldstein, Vizepräsident des Internationalen Auschwitz-Komitees, Berlin, und Ludwig Baumann. Moderation: Tjark Kunstreich
13 Uhr	Mittagspause
14 Uhr	Vorträge: Otto Köhler, Publizist, Hamburg: Kosovo – ein Kampf um deutsche Menschenrechte
15 Uhr	Dr. Gerhard Scheit, Publizist, Wien: Ressentiments - Asnolda dan
16 Uhr	psychologischen Kriegführung in Deutschland und Österreich Günther Jacob, Publizist, Hamburg: Wieder Krieg! Stationen der Überwältigung der deutschen Vergangenheit
17 Uhr	Philipp Schink, bundesweites Bündnis gegen IG Farben, Frankfurt: Deutschlands Wiedergutmachung – die Entschädigungsdebatte und die Vorbereitung eines Angriffskrieges Moderation: Klaus Wehmeyer, Redaktion Bahamas, Berlin
18 Uhr	Pause
	Abschlussveranstaltung, AudiMax der HU
19 Uhr	Von Auschwitz in den Kosovo. Die Folgen der militärischen Versöhnung mit

19 ovo. Die Folgen der militärischen Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit. Podiumsdiskussion mit Ulrich Sander, VVN-BdA, Dortmund (angefragt); Kurt Goldstein; Hans Coppi, BdA Berlin; Judith Demba, ehem. B'90/Grüne, Berlin; Karl Pfeifer, Journalist, Wien; Kerstin Eschrich und Tobias Ebbrecht, bundesweites Bündnis gegen IG Farben, Berlin und Marburg

danach Konzert mit Esther und Edna Bejarano & Coincidence

Deutschland wiedergutgemacht

"... gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge", ist der Offene Brief von 14 Überlebenden der Shoah an die Minister Scharping und Fischer überschrieben. Der Brief wendet sich gegen den Angriffskrieg gegen Jugoslawien und die Begründung des Krieges durch die Bundesregierung: "Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen, ist infam."

Die Unterzeichnenden erklären weiter: "Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Herrenmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Slawen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens." Diese Kritik wollte in der deutschen Debatte über den Krieg kaum jemand hören. Einer größeren Öffentlichkeit konnte der Brief überhaupt erst als Anzeige in der Frankfurter Rundschau zugänglich gemacht werden.

Für uns als bundesweites Bündnis gegen die IG Farben ist der Brief eine Aufforderung, die öffentliche Auseinandersetzung über diese neue Art der Auschwitzlüge zu führen. Seit über zehn Jahren kämpft das Bündnis gegen die IG Farben für die sofortige Entschädigung aller überlebenden Opfer und ihrer Angehörigen und fordert die endgültige Auflösung des Konzerns.

Die Zusammenarbeit und Solidarität mit den Überlebenden ist der gemeinsame Ausgangspunkt der Arbeit des Bündnisses. Solidarität bedeutet für uns. sich mit dem Standpunkt der Überlebenden auseinanderzusetzen und eine eigene Haltung zu dieser Gesellschaft zu entwickeln. Zu einer Gesellschaft, die vor 1945 die deutschen Verbrechen vorbereitet, getragen und ausgeführt hat und die nach 1945 als Bundesrepublik zu diesen Verbrechen schwieg und damit auch zu den Ermordeten und den wenigen Überlebenden.

In der Zwischenzeit schweigt man im nun wiedervereinigten Deutschland nicht mehr, sondern mißbraucht die Ermordeten von Auschwitz, um einen Krieg zu legitimieren, wie es in dem Brief der Überlebenden benannt wird.

Mit dieser neuen Qualität der Versöhnung mit der Vergangenheit, die man wohl tatsächlich "Vergangenheitsbewältigung" nennen kann, wollen wir uns auf dieser Konferenz auseinandersetzten.

Das Bündnis gegen IG Farben hat sich in seiner Arbeit auf diesen Konzern konzentriert, weil er beispielhaft für das Zusammenspiel von deutscher Wirtschaft und nationalsozialistischem Deutschland steht und zugleich Ausdruck der deutschen Kontinuitäten nach 1945 ist.

IG Farben war maßgeblich an der Planung und Durchführung des Vernichtungskrieges und der nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt und schlug aus ihrer mörderischen Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen deutschen Staat riesige Profite. Die Eröffnungsbilanzen der Nachfolgefirmen Bayer, BASF und Hoechst nach der Zerschlagung von IG Farben verdeutlichen, wie sehr das sogenannte Wirtschaftswunder des neuen westdeutschen Staates auf dem Vermögen aufbaute, daß aus den Opfern der NS-Vernichtungpolitik herausgepreßt worden war.

In der Geschichte der Rechtsnachfolgerin von IG Farben - IG Farben in Abwicklung - spiegelt sich westdeutsche Nachkriegsgeschichte: Auf die Ansprüche der Überlebenden und damit auch auf ihre Geschichte, wurde in diesem Land immer mit massiven Angriffen auf die Überlebenden reagiert.

Spätestens seit dem Postulat der sogenannten Berliner Republik und dem Regierungsantritt von Rotgrün wird diese aggressive Haltung gegenüber den Überlebenden scheinbar von einem Eingehen auf Entschädigungsforderungen abgelöst. Dies geschieht jedoch keineswegs im Bewußtsein der deutschen Verbrechen, geschweige denn aus Achtung vor den Überlebenden und ihren Forderungen, sondern, wie Bundeskanzler Schröder dekretierte, zum Schutz der deutschen Wirtschaft.

Die deutsche Grundhaltung seit 1945, daß es keine Rechtsansprüche der Opfer auf Entschädigung geben darf und daß die Täter und Täterinnen beziehungsweise ihre Erben entscheiden, wer wieviel Entschädigung bekommt. bleibt unverändert bestehen. Die neue Qualität der Entschädigungsdebatte unter Rotgrün manifestiert sich in der Dreistigkeit, mit der Almosen als Entschädigungszahlungen verkauft werden. Die Überlebenden spielen in der Initiative der Bundesregierung und der Unternehmen zur Gründung eines Fonds keine Rolle. Die Entschädigung stellt hier keine sogenannte Wiedergutmachung für die Opfer dar, sondern für die deutschen Wirtschaft und deren Ansehen im Ausland. Die Unternehmen fordern Rechtssicherheit vor weiteren Klagen auf Entschädigung, vor allem vor Sammelklagen aus dem Ausland. Den Überlebenden sollen so ihre individuellen Rechte abgesprochen werden.

Auch die IG Farben hat diese qualitative Veränderung nachvollzogen. Auch IG Farben plant eine sogenannte Stiftungslösung, die die Entschädigungsforderungen scheinbar aufgreift - in diesem Fall, um die Abwicklung der Firma weiter hinauszuzögern. Um die Überlebenden geht es hier ebenfalls keineswegs.

Die alte Abwehrhaltung gegenüber Entschädigungsforderungen, der Kleinkrieg um jede Mark der seit Jahrzehnten gegen die Überlebenden geführt wurde, wurde auch hier durch die Ankündigung von Almosen abgelöst.

Vor dieser veränderten Situation steht seither auch unsere Arbeit als bundesweites Bündnis gegen IG Farben. Mit dem deutschen Krieg und der Legitimationsrhetorik der Bundesregierung, die sich auf Auschwitz beruft, hat diese Situation eine weitere Wendung bekommen.

Seit dem Oktober letzten Jahres regieren diejenigen, die sich als 68er Generation selbst bescheinigen, Deutschland "gründlich zivilisiert" zu haben. Das deutsche Streben nach Normalität, das in erster Linie eine Bewältigung der Vergangenheit bedeutet, erhält mit den Linken an der Macht eine neue Qualität. Der Mythos der 68er, gegen die Generation der Täter und Täterinnen und die Kontinuitäten zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft gekämpft zu haben, erleichtert es ihnen, ihre eigene Form des Schlußstrichs unter die deutschen Verbrechen zu ziehen. Diejenigen, die sich in ihrer politischen Biographie mit Auschwitz nur am Rande beschäftigt haben, berufen sich heute darauf

gelernt zu haben, was "Nie wieder Auschwitz" heißt. Ihre Geschichte als deutsche Linke soll ihnen das Recht geben zu definieren, was Auschwitz ist, und damit das Recht zu sagen, wo es heute zu verorten sei. So konstruieren sie Analogien zwischen den deutschen Verbrechen und dem Bürgerkrieg im Kosovo und können gleichzeitig die Kontinuität deutscher Machtpolitik auf dem Balkan verdecken.

Mit dem Anspruch. Deutschland gründlich zivilisiert zu haben, wird noch ein weiteres Motiv bedient - das der Eingliederung in die Reihe der westlichen Zivilisationen. Als ein Vertreter der westlichen Zivilisation stellt sich Deutschland in Gegensatz zur Barbarei. Damit wird zwar die Barbarei der deutschen Verbrechen eingestanden, gleichzeitig wird diese aber von der eigenen Gesellschaft abgetrennt. Statt dessen wird die Barbarei zum Beispiel in Serbien verortet. Anknüpfend an das tradierte antiserbische Ressentiment, bekämpft Deutschland auf dem Balkan seine eigene Vergangenheit.

Es handelt sich hier um den Versuch, den Alleinanspruch über die Deutung der deutschen Geschichte zu erlangen, die Definitionsmacht über das, was Auschwitz gewesen ist und was daraus folgt. Und diese Deutung der deutschen Geschichte beinhaltet ein ums andere Mal. daß Deutschland heute eine normale Nation sei.

Dabei verweist gerade dieses Streben danach, eine normale Nation zu sein, darauf, daß normal in diesem Land nichts ist.

Deutsche Normalität ist, wenn eine Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht nicht der Aufklärung, sondern der deutschen Wiedergutwerdung dient, nicht dazu, die Verbrechen sichtbar zu machen, sondern dem Frieden mit den Mördern.

Deutsche Normalität sind vor allem die rassistischen, antiziganistischen und antisemitischen Übergriffe und Morde der letzten Jähre.

Wie die neue Bundesregierung Deutschland zur normalen Nation machen möchte, zeigt sich mit ganzen Deutlichkeit in Schröders Metapher vom "Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation". Damit wird die neue Verantwortung hervorgehoben, auf die Deutschland beharrt.

Spätestens seit 1989/90 gilt das Postulat der normalen Nation Unter Rotgrun wurde daraus die selbstbewußte Nation, die normale Nation mit besonderer Verantwortung.

Dabei handelt es sich um ein Postulat, das zwar auf die Verbrechen des Nationalsozialismus verweist, aber mit der Weigerung fortfährt, deren Opfer wahrzunehmen. Das Hervorheben der deutschen Verantwortung dient vielmehr der Durchsetzung nationaler Interessen. Und von diesen Interessen ist das Vordringliche: die Versöhnung mit der deutschen Vergangenheit.

Dem dient auch die Trivialisierung der deutschen Verbrechen. Auschwitz wird in eine frühe Phase der kindlichen Unzurechnungsfähigkeit Deutschlands verlagert: Das Bild des "Erwachsenseins" beinhaltet auch schon den Anspruch, als normale Großmacht nun auch militärisch agieren zu können. Einem Erwachsenen muß schließlich eine entsprechende Rolle zugebilligt werden. Erst recht wenn er aus einer besonderen Verantwortung heraus handelt.

Aus dieser Position heraus definieren die Deutschen, daß Auschwitz heute im Kosovo zu finden sei. Krieg zu führen wird wieder Teil deutscher Normalität. Auschwitz wird als Metapher für Gewalt und Kriegsverbrechen beliebig einsetzbar und damit zur Verhandlungssache.

Indem vom konkreten Ort des Verbrechen abstrahiert wird, verliert dieses auch den Bezug zu Deutschland. Der Antisemitismus wird mit der Verlagerung von Auschwitz an einen beliebigen Krisenherd genauso negiert, wie die deutsche Volksgemeinschaft unangetastet bleibt. Die implizit betriebene Gleichsetzung des Holocaust mit "Vertreibung" erfüllt dabei einen zusätzlichen Zweck. Die systematische Ermordung der europäischen Juden und Jüdinnen, der Sinti und Roma und der Slawen wird zu einer Vertreibung umdefiniert. Damit wird die Parallele zu den sogenannten deutschen Vertriebenen gezogen.

Im analogiegeladenen deutschen Blick wird alles gleich: Milosevic ist Hitler, das Kosovo das Auschwitz von heute, die Kosovo-Albaner sind mal die Verfolgten des Nationalsozialismus und mal die Deutschen, Deutschland heute entspricht dann den Alliierten. Die Grenze zwischen Opfern und Tätern wird so verwischt, und Auschwitz soll zum Verbrechen unter anderen werden.

Die Legitimation des deutsche Angriffskrieges folgt so einer Rhetorik, die Deutschland an die deutschen Verbrechen rückbindet und zugleich davon abtrennt. Zum einen wird die Verantwortung aus den deutschen Verbrechen hergeleitet, zum anderen der Zusammenhang zwischen diesen Verbrechen und der heutigen Nachkriegsgesellschaft negiert.

Während in der Entschädigungsdebatte dem Ausland noch die sich läuternde Nation vorgeführt werden sollte, die wenigstens pro forma bereit ist, sich zu den deutschen Verbrechen zu verhalten, war das kriegführende Deutschland Ausdruck der bereits geläuterten Nation.

Zeitgleich mit der Einstellung der Bombardements auf Jugoslawien gingen 16 deutschen Unternehmen mit ihrem Vorschlag für eine Entschädigungsstiftung an die Öffentlichkeit. Sie taten das offensichtlich mit gestärktem Selbstvertrauen. Die Kriterien dafür, wem, wieviel Entschädigung zugestanden werden soll, waren festgelegt, während eine genaue Geldsumme für die der Stiftung nicht genannt wurde. Selbstverständlich fand der Gang an die Öffentlichkeit ohne Absprache mit den Vertretern der Überlebenden statt. Es scheint, als habe der Krieg auch in Bezug auf die Entschädigungsdebatte den deutschen Anspruch auf das Definitionsrecht gestärkt.

Ein Kriegsziel war zumindest schon zu Beginn des Krieges erreicht: die Relativierung und Trivialisierung deutscher Verbrechen und die Wiedererlangung des Selbstbestimmungsrechts über die deutsche Geschichte.

Deutschland wiedergutgemacht, der Titel dieser Konferenz meint genau das: Die Wiedergutmachung Deutschlands mittels der bloßen Behauptung, aus der Vergangenheit gelernt zu haben, den Abschluß der Entschädigungsdebatte durch die Vergabe von Almosen, die Trivialisierung von Auschwitz durch die militärische Versöhnung mit der Vergangenheit.

Dagegen wendet sich unsere Konferenz.

Saskia Wenger, Marburg, für das bundesweite Bündnis gegen IG Farben, 3. Juli 1999

Gegen eine neue Art der Auschwitzlüge

Der bekannte Kommunist und Antfaschist Peter Gingold, 83 Jahre alt, hat diesen Beitrag für die antimilitaristische Studen-tenzeitung "illoyal" geschrieben. Wir möchten auch den UZ-Leserinnen und -Lesern diesen Beitrag zur Kenntnis bringen.

Als Anzeige in der "Frankfurter Rundschau' ganzseitig veröffent-licht, haben Überlebende des Holocaust, zu denen ich gehöre, in einem offenen Brief an den Au-Ben- und Innenminister sich dageverwahrt, mit einer neuen Auschwitzlüge die Toten von Auschwitz für ihre Kriegspropaganda zu mißbrauchen. Uns ist fast der Atem weggeblieben, als wir wahrnahmen, der Angriffskrieg, der Bombenterror gegen Jugoslawien mit Auschwitz ge-rechtfertigt. War es Zufall, daß Wochen vor Kriegsbeginn, Scharoung mit einer Gruppe von Bun-deswehrsoldaten die Gedenkstätte Auschwitz besuchte um dort zu erklären, damit Auschwitz sich nicht wiederhole, müssen deut-sche Soldaten nach Kosovo?!

Ehemalige Auschwitzhäftlinge haben in einer Presseerklärung des "Ausch- witzkomitees in der Bundesrepublik" tags darauf ihre helle Empörung zum Ausdruck gebracht, die Toten von Auschwitz, die dort Ausgerotteten, zu benützen, um in der deutschen Bevölkerung eine Zustimmung hervorzurufen, daß Deutschland wieder Krieg auf dem Balkan führt.

Doch dann gab es eine große Resonanz

Nur war unser Protest von den Medien so gut wie überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden. Das war ja auch zunächst das Schicksal des offenen Briefes an die Minister. Offenbar landete er in den Ministerkanzleien unbeachtet in der Ablage, oder auch im Papierkorb, wie sicherlich alle Briefe, die dort zuhauf täglich ankommen, die sich gegen die Teilnahme Deutscher an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg

nchten. Das "ND" und die UZ haben unseren Brief gebracht. Und er kam über Internet einem Kreis von gegen den Kosovo-Krieg Engagier-ten zur Kenntnis. Sie schätzen ihn so wichtig und beeindruckend ein, daß sie mir den Vorschlag machten, ihn ganzseitig in einer großen Zeitung als Anzeige zu veröffentlichen, um ihn einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wofiir sie das Geld - eine nicht unerhebliche Summe - von Sponsoren aufbringen wollen. Wir, die diesen Brief unterschrieben, diese Summe, die eine ganz-

seitige Anzeige in einer großen Zeitung kostet, hätten wir nie aufbringen können.

So konnten wir unseren Brief am 23. April in der "Frankfurter Rundschau" auf einer ganzen Seite veröffentlichen

Darauthin erreichte mich eine derartige Resonanz, ich hätte es mir nicht träumen lassnen. Eine unendliche Zahl von Zustimmungen, die Telefonanrufe hören nicht auf, ein Fax nach dem anderen, Berge von Briefen, viele teilen mir mit, daß sie den Brief vervielfältigen, verteilen, zehntau-sendmal war er auf diese Weise unter die Menschen gebracht. Es ist sicher, dieser Brief kam auf

den Schreibtisch aller Regie-rungsmitglieder Josef Fischer hatte auf ihn reagiert, indem er erklarte, er nehme die Stimme von Überlebenden des Holocaust ernst (in der "FR" veröffentlicht). Und doch wiederholt er immer wieder. weil er an Auschwitz denke, müs-se Deutschland am Krieg gegen Jugoslawien teilnehmen. In einem Spiegel-Gespräch mit dem Kulturminister Naumann spielte die Anzeige eine Rolle.

Brief aus Nis, der Stadt des jüdischen Martyriums

Während ich diesen Artikel schreibe, erhalte ich aus der so stark bombardierten und beschädigten Stadt Nis in Jugoslawien vom Dekan der Universität, Faculty of Law, einen Telefonanruf und ein Fax. Darin heißt es u. a.: The großartiger Brief hat uns als Vertreter der serbischen Rechtswissenschaft zutiefst berührt. Wir sind lhnen sehr dankbar für diesen Appell für die im heutigen Westen fast vergessene Sache des serbischen Volkes. In Ihnen sehen wir hre würdigsten Rechtsanwaus. Die Stadt Nis, jetzt einer der Blutzeugen der Nato-Bombardements, ist auch der stumme Zeuge Martyriums. Vor ihre würdigsten Rechtsanwälte. des jūdischen Martyriums. Vor dem zweiten Weltkrieg war sie das größte Zentrum der sephardischen Juden auf dem Balkan. Heute gibt es in Nis nur noch eine kleine Zahl Juden. Doch an unserer Universität wirkte auch eine Auschwitz-Überlebende, Prof. Prof. Dr. Eva Levi, die jetzt emeritiert

Abend für Abend die Bilder im Fernsehen, die sich in den Könfen

festfressen, von verstümmelten Leichen, Fotoaufnahmen, die Scharping in den Pressekonferen-

Welch eine ungeheuerliche Banalisierung

Zur psychologischen Kriegführung gehören vor allem die Bilder von verzweifelten Flüchtlingen und Vertriebenen, ein unendlicher Strom zugleich so suggeriert, als waren die Zielorte industrielle Massenvernichtungsfabriken.

Wie off werden diese Worte gebraucht wie Völkermord, Genozid das Menetekel ist Auschwitz Holocaust, Milosevic gleich Hitler, als führe er einen Angriffs-krieg gegen die EU-Staaten, als wolle er, gleich Hitler mit Eroberungs-, Ausplünderungs- und Ausrottungsfeldzügen die Welt erobern, thr eine Neuordnung unter der Herrschaft einer "Eliterasse" aufzuwingen.

Vertreibung gleich Holocaust. Sicherlich gab und gibt es entsetzliche Grausamkeiten und Morde im Bürgerkrieg zwischen serbischen Soldaten und Polizei mit der UCK von beiden Seiten. Niemand ist unberührt vom Elend der Flücht-linge und Vertriebenen, zumeist unschuldige Opfer, wenn wir vor allem die Kinder vor Augen ha-ben. Ihnen gehört mein Mitgefühl. wie auch den bislang über 1 500 durch Bomben zu Tode gekommenen und Tausenden Verletzten der serbischen Bevölkerung, "bedauerliche" Kollateralschäden Kollateralschäden, welch eine verlogene Sprache, wie ethnische Säuberung, Vertreibung, Luft-schläge, chirugische Eingriffe, Völkermord, Genozid.

Auschwitz, Holocaust! Welch ungeheuerliche Banalisierung dieses in der Weltgeschichte einmalig entsetzlichsten Verbrechens ge-gen die Menschheit, dieses Zivilisationsbruchs, als alle hohen Werte der deutschen Dichter und Philosophen, des "Wahren, Schönen, Guten" an Auschwitz zerschell-

Was war denn Holocaust?

Mit einer neuen Art der Auschwitzlüge haben wir zu tun, was wir mit unserem Brief anpranger-Mit der alten Auschwitzlüge wird die Existenz von Auschwitz geleugnet. Die neue Lüge leugnet die Einmaliekeit der Barbarei des deutschen Faschismus, indem es das, was im Kosovo an Entsetzli-



Peter Gingold, wie ihn viele kennen.

cheni und Barbarischeni ge-schieht, derartig überhöht, als würde sich der Holocaust wieder-

Holocaust, was war denn Holocaust?! Das war die Vernichtung, die Ausrottung von ...unwerten Leben", das millionenfaches Mor-den von Menschen, nur deshalb, weil sie geboren sind, wie Unge-ziefer ausgerottet. Sechs Millionen jüdischer Menschen, ein hal-be Million Sinti und Roma und auch Millionen der slawischen Bevölkerung.

Fast meine gesamten Verwandten in der Gaskammer ausgerottet Mein zweijähriges Kind mußte ich in einem Versteck unterbringen, um es vor der Gaskammer zu retten. Ach, waren die Millionen damals mit nichts anderem bedroht gewesen, wie schlimm es auch gewesen wäre, nur vertrie ben worden zu sein, aber das Leben erhalten zu können! Mit dem Verweis auf Auschwitz

diesen Krieg zu rechtfertigen, mit dem dann alle künftige Kriege rechtfertigt werden können, das wollen wir, die Überlebenden des Holocaust nicht zulassen! Auf diese Weise Deutschland von der Nazivergangenheit zu entsorgen, mit dem Metapher "Nie wieder Auschwitz", sich vom histori-schen Ballast zu befreien.

Als Warnung vor Krieg und Bar-barei hat Auschwitz bis jetzt gegolten, nun gift Auschwitz als moralische Rechtfertigung für Angriffskriege! Wir dürfen es nicht zulassen!

Wir, die Überlebenden des Holocaust, der Nazihölle nur mit viel Glück entronnen, selbst die schlimmsten Pessimisten unter

uns, konnten sich nicht vorstellen; daß jemals wieder auf europäi-schen Kontinent, geschweige om deutschen Boden aus, wieder Krieg geben könnte, als ein Meer on Blut und Tränen hinter uns

Gemessen an der Zahl ihrer Bevölkerung, haben jüst die Serben ım Widerstand gegen den deut-schen Faschismus die meisten Opfer zu beklagen. Auch daran haben wir in unserem Brief erinnert.

Kaum jemand in Europa, kaum je mand in unserem Land, der da-mals nicht sagte: Nie wieder! Nie wieder Krieg! Jetzt wird nach so-viel Leid, Not und Tod, Verwüstung und Vernichtung der ewige Friede kommen, dachte doch fast

Hoffnung auf eine neue Friedensbewegung

Schließlich entstand hieraus die UNO, die Vereinten Nationen, die Charta, aus der wir in unserem Brief zitierien: "um künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zwei-mal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat" - das bekanntlich vom deutschen Boden ausging. Sie beschlossen, die "Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu

Und nicht zuletzt ist die Existenz

der UNO eine Errungenschaft = antifaschistischen Widerstande die jetzt durch die NATO und rung der USA für allemal quidiert werden soll. Bei 2.5 Skepsis und vielleicht auch III. sionen über die Wirksamkeit au ser internationalen Institution, sa gilt es zu verteidigen, sie nich durch die NATO, so etwas wa Weltgendarmene ersetzer

Den Zuspruch, den wir bundes weit ans unterschiedlichsten Schichten der Bevölkerung erfaltren haben, darunter viele Profes-soren aus mehreren Universitäten von Schriftstellern und Künstlern hat uns ermutigt und viel Hoff-nung gegeben. Hoffnung vor allem darauf, daß angesichts des-sen daß unter Befürworter des Krieges die Einsicht wächst, daß der militärische Einsatz gegen Jugoslawien, die eigentliche "humanitäre Katastrophe" auslöste und der jugoslawischen Bevölkerung Existenzgrundlage vernichtet daß es doch noch zu einer massenhaften Friedensbewegung in unserem Lande kommen wird

Es ist die Hoffnung auf eine Wiederkehr einer ähnlichen machtvollen Friedensbewegung, wie damals in den 50er Jahren gegen die atomare Aufrüstung der Bun-deswehr, in den 80er Jahren gegen die Stattonierung von atomare Erstschlagwaffen und auch gegen den Golfkrieg. Vielleicht haben wir mit diesem Brief erwas dazu beigetragen.



Am Freitag, 23. April 99, erschien im politischen Teil der "Frankfurter Rundschau" als ganzseitige Anzeige der von acht Überlebenden des Holocaust unterzeichnete Offene Brief an die Minister Scharping und Fischer - mit dem Namen von Peter Gingold als Kontaktadresse. An ihn richteten wir einige Fragen:

Peter Gingold zur FR-Anzeige:

"Die Resonanz war überwältigend".

Eine ganzseitige Anzeige von Holocaust-Überlebenden und Mitgliedern der VVN-BdA in der "Frankfurter Rundschau" ist ja alles andere als alltäglich: Wie kam es dazu?

Gingold: Es war ein reiner Glücksfall, daß der Offene Brief an die Minister über Internet einem Kreis von Gegnern des Nato-Kriegs zur Kenntnis kam, die ihn als die beeindruckendste und wichtigste Aussage gegen den Krieg einschätzten. Darum machten sie mir den Vorschlag, ihn in einer großen Zeitung als Anzeige zu veröffentlichen, damit er einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wird. Sie brachten auch die enorme Summe auf, die eine ganzseitige Anzeige in der FR kostet - die wir, die Unterzeichnenden, nie, auch nicht durch Spendenaufrufe hätten aufbringen können.

Wie sah die Resonanz auf diese Anzeige aus?

Gingold: Sie war unerwartet überwältigend. Seit dem Tag des Erscheinens der Anzeige erreichten mich Anrufe und Faxe in unglaublicher Zahl. Berge von Briefen kamen an. Es ist unbeschreiblich, wie viele Menschen aus unterschiedlichsten Schichten ihre Ergriffenheit über den Brief mitteilten, den sie mit ihrer Unterschrift unterstützen, auch mit vielen Spenden. Die meisten fragten an, was sie noch gegen den Krieg tun könnten. Das Wichtigste war wohl, daß der Brief vielerorts kopiert wurde, bei den Antikriegs-Mahnwachen und Demonstrationen ist er ezhtausendfach unter die Menschen gebracht worden. Einen rührenden Dankesbrief bekam ich vom Dekan von Nis, der meist bombardierten Stadt in Serbien - im Namen aller Professoren und Assistenten der Universität.

Gibt es aufgrund dieser Resonanz neue Ideen für weitere Aktivitäten?

Gingold: Vor allem zeigte diese Resonanz, daß mit überzeugenden Argumenten Menschen aus ihrer Resignation gerissen werden können, zu mobilisieren sind. Bemerkenswert, daß von vielen der Wunsch geäußert wird, weiter in Kontakt zu bleiben, auch für weitere Aktivitäten, angesichts der zu erwartenden Aufrüstungswelle. Der Hinweis auf die Idee von Peter Handke, die Rüstungsgewinne zur Entschädigung der Bombenopfer einzusetzen, wäre wichtig für weitere Aktivitäten.

Diese Anzeige



hat gewirkt!

Wir danken allen, die uns schrieben, anriefen und uns Geld spendeten. Die unvergleichlich starke Resonanz und Wirkung der Anzeige wollen wir in einer Dokumentation widerspiegeln. Wer sie erwerben möchte, gebe uns Bescheid (bitte Postanschrift angeben). Wer daran interessiert ist, daß auch künftig das Wort derer gehört wird, die es erlitten haben, und wer sich nicht hilflos der Propaganda einer scheinbar übermächtigen psychologischen und medialen Kriegsführung ausliefern will, den rufen wir zur Mitarbeit und zu Spenden auf.

Für die Unterzeichner der Anzeige: Peter Gingold, Reichsforststr. 3, 60528 Frankfurt am Main, Tel. und Fax 069/67 26 31, Konto-Nr. 440477, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Stichwort "Anzeige".

Diese Dank-Anzeige erschien in der "Frankfurter Rundschau" und einigen anderen Blättern.

Das Recht mit Füßen getreten

In einem Interview im Deutschlandfunk hat am 2. Mai ein Sprecher des "Verteidigungsministeriums" in Zusammenhang mit dem Krieg gegen Jugoslawien die NATO als "Völkerrechtsgemeinschaft" bezeichnet. Völkerrechtsgemeinschaft? Was sagt denn das Völkerrecht zum Krieg?

Schon im Kellog-Pakt von 1928 wurde vereinbart, daß der Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle zu verurteilen sei. In der Charta der Vereinten Nationen heißt es folgerichtig in Artikel 2. Absatz 4: "Alle UN-Mitglieder unterlassen jede gegen die territoriale Unversehrtheit eines Staates gerichtete Androhung und Anwendung von Gewalt." Die Charta erlaubt nur die Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff. Doch Jugoslawien hat keinen anderen Staat angegrif-

fen; es wurde angegriffen - ein souveränder taat, Mitglied und Mitbegründer der UNO. Der Bombenkrieg der NATO war zugleich eine Verletzung des humanitären Völkerrechts, das dem Aggressor zusätzliche Schranken setzen soll.

In vier Genfer Konventionen und zwei Zusatzprotokollen sind ausdrücklich Angriffsarten verboten, die dem Zweck dienen, Schrecken unter der Bevölkerung zu verbreiten (Protokoll I, Art. 51, Abs. 2). Unter besonderem Schutz stehen Objekte, die für die Zivilbevölkerung lebensnotwendig sind, wie Nahrungsmittel- und Trinkwasserversorgungsanlagen, oder solche, deren Zerstörung die natürliche Umwelt gefährden könnte (Art. 55,56). Als das Grundgesetz erarbeitet wurde, war man sich klar darüber, daß das Recht auf

Fortsetzung auf Seite 4

Recht mit Füßen...

Frieden und die Pflicht zum Frieden von fundamentaler Bedeutung seien. Deswegen erscheint dieser Gedanke schon in der Präambel. Hier wird daran erinnert, daß unser Volk die Verantwortung habe, dem Frieden der Welt zu dienen. Und im Artikel 26 heißt es - sozusagen als Ergänzung dazu - folgendermaßen: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

Auch die Strafbestimmungen, die das Grundgesetz fordert, sind festgelegt worden. Es heißt im § 80 des Strafgesetzbuches: "Wer einen Angriffskrieg, an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft."

Noch ein Verstoß gegen Friedensgebot und Völkerrecht sei genannt: Am 12. September 1990 wurde der "Zwei-plus-Vier-Vertrag" abgeschlossen. Er gilt als Friedensvertrag. In ihm heißt es in Artikel 2: "Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschlands sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten

Aber: Von deutschem Boden ging wieder Krieg aus. Deutschland beteiligte sich an einem Angriffskrieg. Das Grundgesetz wurde mit Füßen getreten. Tragen wir gemeinsam mit allen demokratischen Kräften dazu bei, diese Entwicklung zu stoppen. Die Politik unseres Landes muß wieder von Grundgesetz und Völkerrecht, vom Friedensgebot bestimmt sein!

Jupp Angenfort

VVN/BdA im Internet:

Jetzt erst recht: Nie wieder Krieg!

Einige wichtige Lehren aus dem Kosovokrieg sind jetzt - schon wenige Tage nach Einstellung des Bombenkrieges und dem Einzug der Kfor-Truppen, als dieser Kommentar geschrieben wurde - bereits zu ziehen.

Wasim Juni in dem Friedensabkommen der G 8 mit Jugoslawien vereinbart wurde, hätte sich ohne den Bombenkrieg und dessen schreckliche Folgen besser und billiger erreichen lassen, wenn vor Kriegsbeginn von westlicher Seite nicht eine Kapitulationsforderung wie das Rambouillet-Diktat, sondern ernsthafte Kompromißangebote auf den Tisch gelegt worden wären. Vieles weist darauf hin, daß jedoch maßgebende Kräfte an diesem Krieg als einem "Präzedenzfall" interessiert waren und gezielt darauf zusteuerten.

Daß nach elf Wochen endlich ein Ende der Bombardierungen herbeigeführt wurde, war nicht der Erfolg der Nato, sondern das Ergebnis von Verhandlungen, bei denen vor allem Rußland eine wichtige Rolle spielte, und der Einschaltung der UNO - also das Gegenteil dessen, was Nato-Absicht war. Mehrmals war wohl deshalb versucht worden, diese Verhandlungen zu torpedieren.

Das Ende der Bombardierungen war zu begrüßen. Dazu beigetragen haben auch die Proteste gegen den Nato-Krieg, wenngleich sie insgesamt noch zu wenig waren. Diesen Vorwurf braucht sich die VVN-BdA allerdings nicht zu machen. Die große Mehrzahl der VVN-Mitglieder handelte im Sinne des Zieles "Nie wieder Krieg".

Das Ende des Bombenkrieges ist jedoch noch kein Frieden. Das zeigte
schon die Welle der neuen Gewalttaten: Tag für Tag fanden Morde. Plünderungen, Brandstiftungen und neue
Vertreibungen statt. Die Nato hat ihren
Bombenkrieg mit der Verhinderung von
Massakern zu rechtfertigen versucht
die es bis dahin in diesem Ausmaß
noch nicht gab. Das bestätigten auch
die Lageberichte aus dem Bonner Auswärtigen Amt. Die Bombenderungen
der Nato führten zum Dammbruch. Statt
Gewalttaten und Verreibungen zu verhindern, haben Bomben und Raketen
diese beschleunigt und erst herbeige-

führt. Das ist die Bestätigung dafür, daß Kriege keine Lösung sind, sondern in fast allen Fällen die Probleme noch verschärfen.

Schlimm ist und bleibt, daß die beteiligten Nato-Staaten sich über alle Schranken des Völkerrechts hinwegsetzten. Damit haben sie Barrieren eingerissen, die vor Kriegen schützen sollten. Der Nato-Krieg gegen Jugoslawien hat die Kriegsgefahr in aller Welt erhöht. Andere kriegführende oder kriegsbereite Kräfte fühlen sich durch den "Präzedenzfall" bereits ermuntert. Ähnliches zu tun.

Ebenfalls schlimm ist, daß in Deutschland die Regierung und die Mehrheit der sie tragenden Kräfte sich mit der Beteiligung am Nato-Krieg über die Verfassung, über Verträge und eigene Grundsätze hinwegsetzten- und den Nachkriegs-Konsens brachen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen soll. Schlimm sind auch die Versuche, Antifaschismus und antifaschistische Postulate für den Krieg zu instrumentalisieren. Überlebende des Holocaust haben darauf die richtige Antwort gegeben.

Dieser Nato-Krieg gegen Jugoslawien hat zusätzlich viele Menschen getötet, eine ganze Region zerstört, das Völkerrecht stranguliert und riesige Kosten verursacht. Diese liegen jetzt schon be über 40 Milliarden. Sie sind von as allen, auch von den Rentnem Arbeitsben und Armen zu bezahlen Gewinner sind die Rüstungsindustne und die Lieferanten der Aufbaum fen.

In diesem Bereich und erzt der Krieg mit anderen Mitteln forgeführt. Trotz der immensen Zerstörungen durch Nato-Bomben sollder serbische Teil Jugoslawens weine Aufbaunilie erhalten. Eine Spirale neuer Aufrustungen wurde in Gang gesetzt. Mit einer verstärkten Rüstung und Militanisierung der Europälschen Union will diese sich von den USA unabhängiger" machen. Die gesamt Entwicklung geht in Richtung Kriegführen.

Die wichtigste Schlußfolgerung ist: Wir müssen uns dieser Entwicklung mit allen Kräften - und mit allen Bündnispartnern, die dazu bereit sind - entgegenstemmen. Jetzt erst recht: Nie wieder Krieg! P.C. Walther

VVN-Broschüre zum Krieg

"Die Bundeswehr im Kriegseinsatz. Der dritte Feldzug gegen Serbien" heißt eine neue, von VVN-BdA-Bundessprecher Ulrich Sander verfaßte und im Auftrag des Bundesausschusses der VVN-BdA herausgegebene Broschüre, die sich mit den Hintergründen des Krieges befaßt. Zu beziehen ist sie über die Bundesgeschäftsstelle oder die Landesverbände der VVN-BdA (A5-Format, 44 Seiten. DM 4,00 + Porto).

Flugblatt zum 1. September

Als Kopiervorlage können die beiden folgenden "ar"-Seiten für die praktische Arbeit vor Ort genutzt werden:

Mit ihnen will die VVN-BdA dazu beitragen, daß der diesjährige 1. September als Antikriegstag weitere wichtige Signale für die Friedensarbeit setzt. Wir bitten unsere Mitglieder, Freundinnen und Freunde, das Flugblatt in großer Zahl unter die Bevölkerung zu bringen.

Reaktionen auf den Offenen Brief "Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge"

Folgende Personen/Organisationen haben uns geschrieben, ihre Meinung geäußert, und viele von ihnen haben Geld gespendet. (Wenn nicht anders vermerkt, erfolgte Zustimmung.) Weitere hunderte MitbürgerInnen haben Geld gespendet, ohne genannt werden zu wollen. Im Anhang veröffentlichen wir Briefe, die uns erreichten und Antworten aus dem Kreis der Unterzeichner der Anzeige.

Antifa Hameln-Pyrmont, Kristin Hagmann (Siehe Anhang.)

Dr. Sigrid Arnade, Journalismus ohne Barrieren JOB, Berlin (Siehe Anhang.)

Günter Arndt, Frankfurt/Main

Dr. Joachim Badelt/Gabriele Ley, Tünsdorf

Dr. Thomas Bauer, Karlsruhe (Siehe Anhang.)

Prof. Dr. Armin Bernhard, Westf. Wilhelms-Universität, Münster

Birgit Bock, Tübingen

Auszug: "... möchte ich mich dankbar zeigen für Ihr Engagement in diesem Krieg, für Ihren mutigen und starken Brief, der mir aus der Seele sprach, und für Ihre Demonstration vor dem neuen 'Reichstag'. Danke! (...) für Ihr Rückgrat, ihre Courage nach allem, was Sie erlebt haben. Ich selbst habe eine Woche in Auschwitz mit einer christlichen, politischen Gruppe verbracht vor acht Jahren und mir den festen Willen gefaßt, mich immer dafür einzusetzen, daß die Menschen 'eine solche Furchtbarkeit' nicht mehr zulassen. ... Ihre Kritik des Gebrauches der Begriffe 'Konzentrationslager' und 'Holocaust' trifft den Nagel auf den Kopf. Hier sehen wir eine gefährliche Mischung aus der Konstruktion eines Feindes mit Zuhilfenahme falscher historischer Konstruktionen, um kriegerische Interessen durchzusetzen."

Dr. Eva Borst, Johannes-Gutenberg-Univ. Mainz, Pädagogisches Institut, Mainz

Sieglinde und Günter Bouffier, Hofheim

Dipl.-Psych. Dipl.-Soz. Christian Brandt, Heilbronn

Annemarie Buntrock, Essen (Siehe Anhang.)

Dr. Aris Christidis, Aschaffenburg (Siehe Anhang.)

Pavle Ciric, Frankfurt(M.)

Zivojin Dacic, Anlässe - Forum der Serben in Deutschland, Tübingen (Siehe Anhang.)

Marko Dimitrijevic, Essen (Siehe Anhang.)

Prof. Dr. Vojislav Djurdjic, University of Nis/Jugoslavije, Nis (Siehe Anhang.)

Pribic Dragan, Frankfurt/M.

Kathrin Ehrenspeck, Darmstadt (Siehe Anhang.)

Beate Eichhorn, Lüneburg

Sie schreibt u.a. an den Bundesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen:

"...Die Deutschen haben sich nicht selbst vom Faschismus befreit. Das ist und bleibt eine beschämende schmerzliche Tatsache. Das Versäumte kann nicht nachgeholt werden. Auch dadurch nicht, daß man zukünftig auf der ganzen Welt Schlächter ausmacht, sie zum 2., 3., 4. Hitler ernennt und dann mit aller Härte und Gewalt Kriege gegen ihre Völker führt, um sie vom Faschismus zu befreien....."

Ursula und Dr. Gerd Georg Eigenwillig, Frankfurt/M.

M. Etzel-H. und H. A. Etzel, Bad Homburg (

und eine weitere Unterzeichner/in: I, Faber, übersandt vom Frauenmusikfestival Hunsrück

Andrea Feld, Kollig

Auszug aus ihrem Brief: "...Es macht mir Bauchschmerzen, daß der Präsident der größten Militärmacht der Welt sein Bedauern äußert über zwei verwirrte Jugendliche, die in einer Schule Amok laufen; traurig dar- über ist, daß 'Kinder ihre Konflikte nur mit Waffen austragen können' und nicht auf die Idee kommt, daß wir als Erwachsene die besten Vorbilder sind..."

R. Fetten, Waldsolms

Er lehnt den Brief an die Minister ab und schreibt: "Habt Ihr keine anderen Probleme! Anscheinend geht es Euch allen zu gut!"

Klaus Fichter, Frankfurt/M.

M. Fretz, Düsseldorf

Dr. Herbert Gasser, Fahrenbach

Er schreibt nach ausführlicher Auseinandersetzung mit den einzelnen Argumenten des "offenen Briefs u. a.: "...Sie werden jetzt verstehen, dass ich einen solchen Brief nicht unterschreiben kann; wenn ich Zeit und Mittel hätte, würde ich eine Aktion zu einer Unterschriftensammlung starten, die in etwa den Titel hätte: "Herr Milosevic machen Sie Frieden, beenden Sie das Morden und Vertreiben!" Auch in einem solchen Aufruf könnte man an die historischen Traditionen Jugoslawiens appellieren."

Claudia Georg, Ingelheim

Milorad Gligoric, Marburg

Helga Grotjahn-Schlie, Barsinghausen

Hans-Joachim Habermann, Frankfurt

Karl-Heinz Hackert-Wilberg, Gütersloh (Siehe Anhang.)

Monica Hamms, Saarbrücken

Sie schreibt u.a.: "In der FAZ (27. 3. 99) liest man vom 'Serben mit Tschetnik-Bart und stechendem Blick, obwohl er schon lange in Deutschland lebt', vom 'blonden Altbauer' (Saarbr. Zeitung), vom 'kantigen Holsteiner' und 'graublauen Augen' (Stern Nr. 14) - hinter den Herren Fischer und Scharping her, der 'bewußt' von KZ und Genocid redet (...) und einen Nazi in meiner allernächsten Nähe darin bestätigt, Hitler habe 'also doch recht gehabt', mit den Slawen so zu verfahren, hätte man sie ganz vernichtet, dann... Das alles zur Rechtfertigung dieses Macht-Test-Krieges, gegen jedes Recht. Meine Kinder und ich möchten unterzeichnen..."

Klaus Heffels, Frankfurt/M.

("Shalom, Mitglied jüdischer Gemeinde Frankfurt")

Dr. Frank und Alexandra Helus, Heidelberg

Sie schreiben: "...Wir möchten uns für Ihren ganzseitigen offenen Brief bedanken... Man findet in dieser Zeit neben Halbwahrheiten, Halblügen und Kriegspropaganda in 'Info-Medien' sehr selten so viel Fakten zusammen. ... P.S.: Ich selbst (F.H.) war Flüchtling in Konsequenz von Münchner Abkommen (von 'Sudeten' in Rest-CSR) und dann wieder in 1968, wenn die Russen kamen (von CSR nach Westen). Ich hasse dafür niemanden, nur habe ich große Sorgen um Frieden, Freiheit und europäische Zukunft."

Martina Henninger, Frankfurt/M .:

"Eine solche öffentliche Äußerung tat Not und war längst überfällig. Ich stimme Ihren darin gemachten Forderungen zu und möchte Ihnen hiermit meine Solidarität zum Ausdruck bringen."

Volker Hentschel, Vogelbach

Er schreibt u.a.: "Ich darf Ihnen sagen, daß ich als Kind (Jahrgang 36) erlebt habe, wie Menschen mit einem großen gelben Stern stigmatisiert durch die Straßen liefen. Man gab uns Kindern keine andere Erklärung als: das wären Juden. Die hatten nichts Böses getan. Ja, aber warum? Schweigen. Es hat mich damals sehr bedrückt, diese Situation der offenbaren Hilflosigkeit gegen Willkür der Machthaber. Diese gleiche bedrückende Hilflosigkeit empfinde ich wieder, und insofern gibt es für mich doch gewisse Parallelen zu dem, was im dritten Reich abgelaufen ist, und wofür nach Ihrer Auffassung der Begriff Holocaust exclusiv reserviert bleiben sollte. (...) Dazu braucht man ein Feindbild. Im dritten Reich ist es offenbar einem Psychopathen mit Charisma gelungen, eine Führungsmannschaft um sich zu sammeln und einem Teil des Volkes ein solches Feindbild in Gestalt der Juden zu vermitteln. Die entsetzlichen Folgen sind bekannt. Jetzt ist es offenbar wieder einem charismatischen Führer, Imperator und großen Terminator Bill Clinton I (...) gelungen, eine sogar internationale Führungsmannschaft um sich zu sammeln und der amerikanischen Öffentlichkeit (und einem Teil der Deutschen) ein Feindbild zu vermitteln: die teuflischen Serben, deren Bekämpfung eben Menschenopfer auf dem Altar der allgemeinen Menschenrechte in Form von Albanern und Serben erfordert...."

Karin Hochhuth, Nürnberg

Karola Holtmann, Bad Berleburg

Prof. Konrad Huchting, Fachhochschule Ostfriesland, Emden (Siehe Anhang.)

Inge Ivanovic-Hartmann, Köln

Sie schreibt u. a.: "Auch das bundesdeutsche Feindbild 'Serbien' speist sich zum großen Teil aus dem Bild, das die Medien einseitig gezeichnet haben. Nur wenige Journalisten und Politiker haben sich bisher die Mühe gemacht, die Situation des früheren Jugoslawien wirklich objektiv darzustellen. Wer nämlich den Angriffskrieg der Nato offen verurteilt (man denke an die Konfrontation Schröder/Gysi) wird schnell und fälschlich als Befürworter der Vertreibungen im Kosovo bezeichnet. (...) Aus diesem Grunde hat Ihr Schreiben.....ein solch unschätzbares moralisches Gewicht, das die rot-grüne Koalition nicht ignorieren kann.")

Heinz Jacobi, Wetterhuhn Verlag, Brackenheim

Dr. Uwe Jahnke, Enger

Dr. Eike Jander-Ahn, ohne Anschrift

Dr. Hans, Waltraud und Anni Jennes, Friedrichsdorf

Heinz Junge, Dortmund

Er schreibt u.a.: "...Ihr geht in Eurem Schreiben auf die Basis der Lügenpropaganda gegen Jugoslawien über, dabei habt Ihr doch die 'Vertreibung' von Deutschen aus der CSR und aus Polen in der Vorbereitung Hitlers auf seinen Krieg als Zeitzeugen bewußt erlebt."

Ria Kallweit, Malerin, Düsseldorf (Siehe Anhang.)

Dr. Johannes Kandel, Freudenberg

Er schreibt u.a.: "..mit Empörung habe ich Ihre Anzeige gelesen. Sie unterstellen unserem Verteidigungsminister Rudolf Scharping Infamie im Blick auf seine sicherlich nicht ganz glückliche Formulierung (...).ganz abgesehen von dem abscheulichen Versuch, die NATO (und damit die Bundeswehr) in die Traditionslinie kaiserlicher Militaristen und faschistischer Verbrecher zu rücken. Dieser Protest gegen den Krieg im Kosovo disqualifiziert sich selbst."

Bruno Kartheuser, Eupen-St. Vith (im Namen deutschsprachiger ostbelgischer Autoren, u. a. unterzeichnet von: Leo Gillessen, Ingo Jacobs, Gerhard Heuschen, Dietmar Sous, Robert Schaus)

Stefan Kayser, Berlin

I. Kelmendi, DVAD (Demokratische Vereinigung der Albaner in Deutschland), Bonn

"Bitte, hören Sie auf, uns Kosova-AlbanerInnen mit Ihrem solchen proserbischen Beitrag noch mehr zu schmerzen. Nun möchte ich Sie bitten, meinen Brief allen Mitunterzeichnern weiterzuleiten, damit wir mit Ihnen in eine sachliche Diskussion eintreten können...."

Dr. Dieter Keiner, Münster (Siehe Anhang.)

Birgit Kessel, Bonn (Siehe Anhang.)

Manfred Kiehne, Frankfurt/M.

Albrecht Kieser, Rheinisches JournalistInnenbüro, Köln (Siehe Anhang.)

Gisela Knoop, Kamen

Eva und Rainer König, Bremen

Martina Kreß, Offenbach, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main (Siehe Anhang.) Wolfgang Kuhlmann, Vereinigung Deutscher Juristinnen und Juristen e.V., Regionalgruppe Düsseldorf

Er schreibt u. a.: "Gestern habe ich ihn (Peter Gingold) in Berlin bei der Auftaktkundgebung am "Nolli" mit einer sehr bewegenden Rede erlebt. Ein sehr großer Teil der Wirkung des Offenen Briefes, die er dabei ergriffen schilderte, rührt mit Sicherheit daher, daß diese Veteran/innen des Antifa-Kampfes eine sehr hohe Glaubwürdigkeit ausstrahlen, die sich auch in der Glaubwürdigkeit ihrer politischen Aussage niederschlägt und daß sie eine universelle Sprache benutzen."

Olaf Lenz, Dipl. rer. pol. techn., Langen

Er schreibt u.a.: "Ihr Wunsch nach Frieden und Forderung auf Bombenstopp ist legitim. Aber Illusion. Wie wollen Sie Gewaltverbrecher stoppen (siehe Hitler)? Während der Gutwillige mit dem BGB oder der Uno-Charta oder dem Völkerrecht unter dem Arm herumläuft, macht der serbische Verbrecher gerade was er will (...) Gerade Deutsche sollten nach dieser menschlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Katastrophe der Nazizeit (und der DDR) an der vordersten Front stehen, um Töten, Vertreibung und Vergewaltigung von Minderheiten/Andersdenkenden zu verhindern. In der ersten Reihe. Notfalls mit Waffengewalt." Christian Mader. Köln

Bata Marianov, Atelier Deutschland, Frankfurt/M. (Siehe Anhang.)

Ulrich Maske, Hamburg

Josip Mestrovic, Frankfurt/M.

Er schreibt u.a.: "Es wächst hier (in Deutschland) zum ersten mal eine Generation heran, die sich zwar der Schuld ihrer Vorfahren bewußt ist, jedoch nicht in der Vergangenheit verweilt. Sie schaut in die Zukunft mit einem neuen Selbstbewußtsein und mit neuem Gerechtigkeitssinn, und dieser sagt ihnen, daß es richtig ist, die Kosovaren zu verteidigen. (...). Die Beteiligung an dieser Aktion für die Menschenrechte war für die Deutschen also ein Schritt in die richtige Richtung."

Ute-Dorothea Menzner, Leer

Curt Müller, Eisingen

Er lehnt den Brief ab und schreibt u. a.: "Auch Sie wissen von den Medien, daß die Vertreibung der Menschen im Kosovo schon lange vor dem "Krieg" in Jugoslawien begann, bis heute andauert. Für mich ist Ihre Anzeige nur die halbe Wahrheit und die halbe Forderung. Schade!"

John et Marie-Hélène Neelsen, Belleray/Verdun bzw. Prof. Dr. John P. Neelsen, Inst. f. Soziologie, Universität Tübingen

Schreibt u. a.: "...der Brief sagt alles, so daß ich es bei diesem Statement bewenden lasse, obgleich ich gern mehr zu diesem perfiden Legitimationsversuch und völlig inadäquaten Vergleich sagen würde. Aller-

dings werde ich den Text der Redaktion von Le Monde, die gerade am 30. April eine Eloge auf den grüner Außenminister unter Bezugnahme auf die Bedeutung von Auschwitz als Handlungsrahmen für Fschei gegenüber dem Kanzler geschrieben hat, zukommen lassen."

Dr. Thomas Odenweiler, Frankfurt/M.

Er schreibt einleitend: "Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie froh ich bin, daß endlich die unsägliche Auschwitz-Vergleiche zurechtgerückt werden!! Seit langen komme ich mir wie ein isolierter Einzelkämpfer gegen diese fürchterlichen Begriffsverdrehungen vor! Für diese Anzeige war es höchste Zeit. Eigentlich hätte man sowas schon vor Beginn des Krieges veröffentlichen müssen. ..."

Dr. Doris Offermann, Bielefeld

Sie schreibt u.a.: "...möchte ich Ihnen noch einmal ausdrücklich für Ihre klare und argumentativ so starke Zurückweisung der 'neuen Art der Auschwitz-Lüge' danken. ... Schließlich will ich auch sagen, daß ich Ihre Aktion als eine große Ermutigung für meinen eigenen Einsatz und den meiner Freunde und Freundinnen empfinde. Ich erlaube mir, Ihnen meinen Protestbrief an die verantwortlichen deutschen Politiker beizulegen, und den Aufruf, den unsere Bielefelder Regionalgruppe des Internationalen Versöhnungsbundes/Deutscher Zweig seit Beginn des Krieges auf dem Bielefelder Innenstadtplatz verteilt. Ich weiß nicht mehr zu sagen - ich bin so wütend und auch verzweifelt."

Einige Auszüge aus den Briefen von Frau Dr. Offermann:

"Mir ist unbegreiflich: - Warum haben Sie die Bedenken des Aktbundeskanzlers Schmidt nicht ernst genommen? Und Bedenken anderer 'alter Leute' - H. E. Richter, W. Jens, E. Bahr? - Warum haben Sie nicht spätestens mit Beginn der Regierungsübernahme - die Warnungen von PRO ASYL und anderen Menschenrechtsorganisationen gehört, die schon nach Abschluß des Dayton-Abkommens auf die explosive Situation im Kosovo hingewiesen haben? - Warum haben Sie nicht - spätestens mit Beginn der Regierungsabnahme die zivilen Friedenstruppen, die längst im Kosovo wie auch in Bosnien um eine gewaltfreie Konfliktbewältigung bemüht sind, materiell und ideell unterstützt?" Und: "Meine Hauptfrage ist allerdings: Was ist eigentlich in der Zeit vom 16. 10. 1998 - der namentlich gefällten Vorentscheidung des Parlaments - und dem 24. 3. 1999 - dem Beginn der 'Luftschläge' gegen Serbien - im Parlament geschehen? Ist Rambouillet bzw. sind die Forderungen der 'Kontaktgruppe' - die doch in ihrem militärischen Teil eine Ablehnung der Serben provozierten und die damit auf eine Selbstmandatierung der NATO hinauslaufen mußten - je im Parlament diskutiert worden? Was ist aus dem Vorbehalt geworden, den (am 16. 10. 1998) besonders deutlich G. Verheugen ausgesprochen hat: '...daß der Beschluß, den wir heute fassen, kein Vorratsbeschluß ist, der bedeutet, daß man in (...) zwölf Wochen darauf zurückkommen kann, sondern ...daß die Entscheidung, die heute getroffen wird, keinen militärischen Automatismus auslöst,...daß jederzeit die politische Möglichkeit gegeben ist, einen Prozeß anzuhalten...'?? Wenn ich den Fortgang der Ereignisse richtig erinnere, ist das Parlament am 24. 3. 1999 - wie auch die Bevölkerung - mit dem Vollzug des NATO-Einsatzbefehls und damit mit der Erfüllung des 'Vorratsbeschlusses' konfrontiert worden. Am Ende ging es nur noch darum, daß die "Glaubwürdigkeit" der NATO und die "Bündnistreue" der Deutschen nicht beschädigt würden."

Susanne Pfeifer, Rüsselsheim

Dr. Stefan und Margitta Poppe, Leipzig (Siehe Anhang.)

Dieter Renner, Kelsterbach

Ruth-Monika Ribold, Marburg (Siehe Anhang.)

Dr. Christiane Rieth, Darmstädter Friedensforum, Darmstadt

Sie schreibt: "..im Rahmen der 1. Mai-Veranstaltungen ... hat das Darmstädter Friedensforum Unterschriften unter Ihre Anzeige ... gesammelt. Die Unterzeichnenden stellen sich mit Ihrer Unterschrift hinter den Text der Anzeige, auch wenn sie selber nicht der VVN oder dem Auschwitz-Komitee angehören. Etliche Kopien der Anzeige konnten wir weiter verteilen, sie stieß auf großes Interesse. Ich persönlich danke Ihnen und allen Mitwirkenden für diese Anzeige, der Text ist hervorragend formuliert."

Weitere Unterzeichner (soweit lesbar):

Stefan Köhler, Darmstadt

Anna Rick/Dietrich Göbel-Rick, Inge Rick, Ober-Ramstadt

Siegfried Rietschel, Darmstadt

Franz Masak, Darmstadt

Marika Eickmann, Darmstadt

Astrid Messerschmidt, Darmstadt

Norbert Grossmann, Darmstadt

Christof Göbel, Darmstadt

Kaela Venuto, Darmstadt

Birgit Jacob, Darmstadt

Friedemann Keller, Darmstadt

Peter Zoller, Darmstadt

Anette Merkelbach, Darmstadt

Dr. Christiane Rieth/Peter Rieth, Darmstadt

Regina Hagen, Darmstadt

Ellen Schüßler, Darmstadt

Bernhard Bienick, Darmstadt

Helmut Schäfer, Darmstadt

Aleka Kereteris, Griesheim

Peter Betscher, Darmstadt

Stephanie Lag, Darmstadt

Edeltraud Schnegelsberg, Darmstadt

Brigitte Rinne, Bückeburg (Siehe Anhang.)

Prof. Dr. Jürgen und Inge Rochlitz, Burgwald (Siehe Anhang.)

Heinrich Saal, Neuhäusel/Ww.

Heleno Sana, Autor, Darmstadt (Siehe Anhang.)

Dr. Werner Sauer, A - Graz

Axel Scharfenberg/Beate Knauf-Scharfenberg, Weimar

Er schreibt u. a. an Peter Gingold: "Er (Horst-Eberhard Richter) hat mir die Anzeige gegeben und mir erzählt, daß Ihr Euch kennengelernt habt. Auch er ist begeistert von Deinem Engagement und Deinem Charme. Wir möchten nicht nur den offenen Brief mit unterschreiben, sondern Dir auch herzlich danken, daß Du Dich so sehr für den Frieden, gegen die Sprache der Kriegsbefürworter, gegen die Völkerhaßpropaganda

Dr. Dietrich Schirmer, Berlin

Schreibt u.a.: "Auch ich sehe eine Verharmlosung der Naziverbrechen darin, wenn sich deutsche Minister (und in ihrem Gefolge ein erheblicher Teil der deutschen Bevölkerung) zur Begründung einer Kriegsbeteiligung gegen Jugoslawien auf Auschwitz berufen. Allerdings sehe ich in dem Vertreibungskrieg, den das Milosevic-Regime gegen große Bevölkerungsgruppen im eigenen Land führt, barbarische Menschenrechtsverletzungen, denen unbedingt Einhalt geboten werden muß. (...) Besonders wichtig erscheinen mir die Hinweise in Ihrer Anzeige darauf, was den Serben in zwei Weltkriegen von deutscher Seite angetan worden ist und wie verheerend sich deutsche Politik jetzt wieder über Völkerrecht und andere Verträge und Regelungen

Jörg Schneider, Bonn

Mitunterzeichner:

Wilfried Hoog, 50933

Will Firth, Berlin

Ralf Stautisebach, Köln

Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Frankfurt/M.

Mitunterzeichner:

Philipp Banz, Darmstadt

Hanni Skroblies, Darmstadt

John Seraphim, Darmstadt

W. Scharrmann, Darmstadt

O. Schüttler, Darmstadt

U. Wittenstein, Darmstadt

H. Amann, Darmstadt

E. Ordelt, Darmstadt

Hannelore Roth, Darmstadt

Robert u. Inge Schmidt, Darmstadt

Karl und Gerti Löffert, Rödermark

Hermann Unterhinninghofen, Frankfurt/M.

Christoph Jetter, Darmstadt

Detlef Schabicki, Frankfurt/M.

Prof. Reiner Diederich, Frankfurt/M.

Wiebke u. Horst Trapp, Frankfurt/M.

Prof. Dr. Hans Mausbach, Frankfurt am Main

Horst Stuckmann, Neu-Isenburg

Dieter Dehm, Elterfeld

Lothar Bisky, Hohen Neuendorf

Willi van Oyen, Frankfurt/M.

Dr. Barbara Bromberger, Frankfurt/M.

Jürgen Hinzer, Frankfurt/M.

Marek Schneider, Frankfurt/M.

Manfred Coppik, Offenburg

Bernhard Stöver, Frankfurt/M.

Christian Sigrist, Münster (Siehe Anhang.)

Claudia Stellmach, Dipl.-Sozialwiss., Bonn

Roland Stiegler, Münster

A. Storz, i. A. DFG-VK Mannheim

U.a.: "Wir begrüßen die Initiative, die Mauer des Desinteresses und der Gleichschaltung zu durchbrechen …"

Irene Maria Sturm, MdL a.D., Schwandorf (Siehe Anhang.)

Dr. Dietmut Thilenius, Bad Soden

Constanze Thurm, Hamburg

Andreas Venzke, Schriftsteller, Freiburg

Er schreibt u.a. "Ihre heutige Anzeige (...) aus dem Herzen gesprochen. Zum Glück vermeiden Sie darin den Begriff 'Instrumentalisierung', der in diesem Zusammenhang eigentlich gerechtfertigt ist, tatsächlich auch in anderen Aufrufen gebraucht wird und doch durch Walsers 'Friedenspreis'-Rede ganz fehl am Platz ist."

Eva Völpel, Gruppe "J.e.I.S.", Zeitschrift "Arrancal", Berlin

Hans Louis Vogel, Kassel

Schreibt mit Auftakt "Oswiecem/Kosovo - Shalom" u. a. Ja saren Se mal, Herr Gingold, müssen Sie Ihren Klittersenf unbedingt ganzseitig in der FR....ablassen? Ich dachte, ich sei im 'falschen Streifen'. Weshalb denn kommt Ihre Mahn-, Hetz- und Verdrehanzeige erst jetzt? ... Das Honorar für Gestaltung + Schaltung dieser Anzeige wäre besser als Spende direkt an die Soldateska-Opfer der Serben gegangen. Ach, wie lieb und brav gemeint Ihr Appell: wir sind gegen jeden Krieg Ja, lieber Junge, manchmal braucht das 'Wahrhafte das Wehrhafte', und nix Anderes! ...der fettfelste Titel in dem das Wort 'Auschwitz-Lüge' erscheint, prädestiniert Sie für eine schallende Ohrfeige. Sind Sie krank?"

Hans-Jürgen Volk, Pfarrer, Zell/Mosel

Schreibt u. a.: "...Sie stellen damit die Minister Scharping und Fischer sowie alle anderem, die die NATO-Aktionen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien auch im Blox auf Erfahrungen aus der jüngeren deutschen Geschichte befürworten, in die Nähe von Rechtsextrem sten und Nebnazis, die die Existenz der Vernichtungslager leugnen – gewiß mit provozierender Absicht. (1) Sie beantworten in an keiner Stelle, wie Sie dem Elend der Deportierten begegnen wollen. Verhandeln mit der in Kniegs erbrechen verstrickten serbischen Führung? (...). Ratgeber für den rechten Umgang mit Geschichte und eigener Vergangenheit sind Sie nicht."

Valinovic-Zlatan Veselin, Rüsselsheim

Schreibt u. a.: "Sie mit Ihrem offenen Brief haben ein vorbildliches Beispie und dargestellt. Ich bin ein von 600.000 vertriebenen Serben aus Kroatien und unser tragisches Schlickse wird nigendwo erwähnt."

Dr. rer. pol. Hartmut Weber, Münster (Siehe Anhang.)

Brigitte L. Werkmann, Journalistin, Frankfurt/M.

Schreibt: "...die zum Schwerte greifen, werden durch das Schwert umkommen" - ...ganz herzlich für Ihre Initiative bedanken..."

Frank Winter, Freiburg

Schreibt u. a.: "...Ich unterstütze Ihre Kritik voll und ganz. Ich habe gehört, daß auch der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Belgrad sich scharf gegen die NATO-Angriffe und insbesondere gegen die deutsche Regierung gewandt hat. Er, der sechzig Angehörige in Auschwitz verloren hat, verurteilte Fischer und Scharping dafür, sich in ihrer Argumentation auf Auschwitz zu berufen, er sprach ihnen jegliches Recht und jede Legitimation dazu ab." (weiter siehe Anhang)

Marlies Willhöft und Dr. Rita Bake, Hamburg

(im Namen der Hamburger Frauenstudien mit 14 Unterschriften, ohne Anschrift)

Karl-Heinz Winkelmann, Bad Oeynhausen

Telephonisch: "..gut, aber Verfälschung des Begriffs Auschwitz hätte viel früher thematisiert werden müssen."

Merret Wohlrab, Bielefeld

Arnd Wossidlo, Göttingen

Borvin Wulf, Norderstedt (Siehe Anhang.)

Milan Zeljkovic, Hamburg (Siehe Anhang.)

Fritz Zerle, Lauingen/Bayern (ablehnend, siehe Anhang)



facilial since offine Bar sier

Medienburo

Fax. 069/67/26 31 Poter Gingold

Dr. Sigrid Arnade

D-13503 8=rin Test + 429 (\$1,30-4,31,27,16) erich HGHSWandhe us For +4910/30 430 42 42 REPROTOTOR

Prodict appropriate was 14

Berlin, den 26. April 1999

Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping

Sehr geehrier Herr Gingold,

gerne indohre ich ihren Offenen Brief unterzeichnen. Als 1955 Geborene zahle ich birordings nicht zu den Holobaust-Überlebenden. Wie verfahren Sie mit solchen Un-

Ich wande mich an Sie, weil ich die Inhalte Ihres Briefes unterstütze und weil Mitglie-der unserer Familie in Theresienstadt und Auschwitz-ermondet wurden,

Für eine Antwort bin ich dankbar und bleibe

त्ता freundictien Grußen

Antifa Hameln-Pyrmont I.A Kristin Hagmann Hunoldstr. 7 31785 Hameln

Lieber Peter!

Nachträglich wünschen wir Dir alles Gute zu Deiner 2. Geburt. Die Veröffentlichung in der FR ist super geworden und wir haben uns daruber gefreut, deß alles so gut funktionien hat. Wir haben die Anzeige heute bei unserem Info-Tisch in der Innenstadt aufgehangt,

Noch einmal : Gute Besserung für Emil Carlebach

Wir wünschen Dir und Demer Frau viele weitere glückliche erfolg eiche Jähre und freuen

Mit antifaschistischen Grüßen

Kristin

Antifa Hameln-Pyrmont

817 250 100 30 Konin Nr 369 3 1-505 Postback Panager

Dr. Thomas Bauer Gartenweg 13 76228 Karlsruhe

24.4.99

Reichsforststr. 3 60528 Frankfurt Peter Gingold

Sehr geehrter Herr Gingold,

als langjähriger Leser der Frankfurter Rundschau habe ich mit großem Interesse Iliren großformatigen "offenen Brief" vom 23.4.99 gelesen. Zu einigen Teilen des Inhalts und seinem Tenor habe ich mich sehr geärgert, und ich möchte Ihnen erklären, warum: Sie erwecken den Eindruck, als ob der Krieg gegen Jugoslavien hauptsächlich von dt.Boden Waffensysteme auszuprobieren. Kein Wort davon in Ihrer Anzeige. Wie oft haben die USA seit 1945 gegen die UN-Charta verstoßen? Ich erinnere nur an Vietnam und Grenada. Haben Sie in den USA und GB auch solche Anzeigen veröffentlicht? Ich glaube kaum, denn die ausgeht und vornehmlich von der Bundeswehr geführt wird. Das ist unzutreffend. Hauptanteil an diesem Krieg tragen die USA und Großbritannien, um u.a. wieder einmal Ihre neuen USA sind Ja die "good boys", als Europas Befreier vom Faschismus über jeden Zweifel

erlittenes Leid quasi einen Freischein für zu begehende Verbrechen bekommen hat. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratische Land, Jugoslawien ein Staat mit allen Sie erwecken den Eindruck, als ob das serbische Volk für sein unter Hitler-Deutschland Merkmalen einer faschistischen Diktatur.

Es ist Ihrerseits infam, die von der jugoslawischen Regierung und Ihrer Scheigen begangenen Verbrechen, die da heißen organisierter Völkermord- und Vertreibung, mit den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und Israel zu vergleichen.

Massenerschießungen von Männern, Wieviele Serben sind wegen Volkermond in Denthauf Krieg gegen Slovenien, Krieg gegen Kroalien, Krieg gegen die Moslems in Bosnien, und jetzt der Volkermord am albanischen Volk. Massaker an schuldlosen Kindem und Frauen, angeklagt? Sie wissen es,

Jedes Volk verdient den Herrscher, den es verdient, und das serbische hat den Kriegstreiber geschrieben? Glauben Sie derm, die serbischen Menschon wissen nicht, was im Kosiavar von sich geht? Den Deutschen wirtt man immer vor, daß es von den schrocklichen faten der und Menschenrechtsverletzter Milosovic gewahlt. Haben Sie am Ihn auch einen offenen Unor Nazis gegen das jüdische Volk angeblich nichts gewußt hube. erwecken den Eindruck, als ob man mit Herrn Milosovic und sonner Muchtellte verhandeln kann. Mit Faschisten kann man nicht verhandeln, was geschieht, wenn min m frotzdem versucht und Ihnen Zugeständnisse macht, mußten die westlichen Demokrallen von dem 2.Weltkrieg, Sie selbst und das jüdische Volk auf schreckliche Weise erfahren Sie erwecken den Eindruck, als ob der 1.Weltkrieg allein von Deutschland ausgelost wurde. Sie wissen, daß dies nicht zutrifft und können es bei renommierten, nicht-deutschen Geschichtsschreibern nachlesen. Ich habe den Eindruck , daß den Unterzeichnenden auf Grund Ihres persönlich enlitenen Leids unter der Hitter-Diktatur die notwendige Objektivität abhandengeommen ist, der persönliche Haß ist immer wieder zwischen den Zeiten zu lesen. Ich kann dies verstehn, aber bitte erlauben Sie mir auch, meine Meinung zu Ihren Ansichten mitzuteiten.

In der Hoffnung auf eine gerechte und friedliche Lösung im Kosovo verbleibe ich hochachtungsvoll

Annemarie Bantrock Frohnhauser Str. 142 45144 Essen Fel.: (0201) 74 46 98

April 1999

Liebe Autorinnen und Autoren,

liebe Freunde,

Artikel und Kommentare gesammelt. Sollten Sie daran interessiert sein, bin ich gern bereit, Ihnen niervon eine Ausimmer, wenn ich dabei war, eine Leserzuschrift zum Krieg Inzwischen habe ich viele besonnene Stimmen und klärende auf dem Balkan an führende Zeitungen zu entwerfen, haben andere schon meine Gedanken vorweg genoamen.

Heute nun Ihnen einen "Offenen Brief" aus der Frankfurter Offentlichkeit zum Widerstand gegen das Gemetzel aus der Luft und auch gegen die Volksverdummung zu mobilisteren? Unterschrift - oder anderweitig - helfen, eine breite Rundschau vom 23.4.99. Vielleicht können Sie mit Ihrer

wahl zu schicken.

Bombenterrors Mitgefühl für die Tragödle der Kosové-Albaner ter Welf - ohne einen Hnuch von Ritterlichkeit - das kleine and alnon verarmien belogenen Volkes "moralisch gerechtcinzigen Brandstifters in Bolgrad, der ja els Ansprechpartner unorliables scheint, die machtigate Streitmacht abzusprechen. Unfaßbar aber, daß angeblich wegen eines Es gehört wohl zur infamen Propaganda, den Gegnern des ortigt" in Schutt und Asche bombt. Ole Rustungskonzerne jubilieren! anzuhalten, Lister Poter Gingstol, the inter it stor I -

Wen kummern die Gaftschwaden, die furchtbaren Umweltschuden, in der Hoffnung, daß es gelingt, die Spirale der Gewall ganz zu schweigen von den vielen unschuldigen Opforn? grüße ich Sie.

Annomorie Buntruck

Zusammenhang ein: Albert Schwellent, Welfeng Borchert und Drei Namen - neben vielen anderen - Inllen mir in diesem natürlich Gandhi.

Empound (+ 12. 16 11. 20. 15)

Sandgasse 35

06021/218823 63739 Aschaffenburg . . e

email: christidis@acm.org lags.: 06073 / 12 - 4754 0172 / 844 81 22

42107 Wuppertal

Herrn Ulrich Sander

c/o VVN - BdA Gathe 55

Dr. Aris Christidis

12.05.1999

Guernica - Eure Anzeige in der FR vom 23.04.99

Liebe Freundinnen und Freunde,

Eure o.a. Anzeige "traf" mich im Zug, wo ich, beruflich unterwegs, die Untaten des und ich nahm mir vor, (ich, der Balkaner - da Grieche, der Wuppertaler - da 15 Jahre Tages lesen wollte. Plötzlich standen mir die Tränen in den aufgerissenen Augen – formulierten Dankesbrief zu verfassen an die wenigen in dieser Republik noch lang bis letzten Februar Bewohner der Hochstraße) einen hochelaborierten, wohl-Energie und Zeit für giftige Briefe an meine Ex-Freunde vom "Atlantischen Bündnis integren Menschen. Doch ich merke, die Zeit vergeht und ich komme nur dazu, 90 - Die Oliv-Grünen" und vergleichbare "legale-illegale-scheißegale" Organisationen zu mobilisieren, nicht aber für einen Brief an Euch. Also wird es ein einfacher, Vielleicht habe ich auch nicht so viel zu sagen, Ihr habt schon alles gesagt...

lch erlaube mir, Euch eine kleine Spende beizulegen (Scheck über DM 100,-) verbunden mit dem Angebot, bei Wiederholung einer solchen Anzeige (und bei Bedarf) mich als Mitunterzeichner aufzuführen. In ähnlicher Weise stehe ich zur Verfügung gegen unsere Kriegsminister, denn bisher konnte ich zu solchen Schritten weder die als Mitankläger bei eventuellen (nationalen oder internationalen) Strafanzeigen Bundestagsfraktion gewinnen. Und als juristischer Laie sehe ich mich allein dazu Basis der Grünen noch das Komitee für Grundrechte u. Demokratie, noch die PDS-

Liebe Freundinnen und Freunde,

Instanz, die für mich und viele andere Menschen in diesem Land ihre Stimme gegen eine Vereinnahmung der Opfer durch die Täter erheben darf. Ich wünschte, Ihr hättet Ihr könnt die Bedeutuny Eurer Anzeige nicht überschätzen. Ihr seid die einzige es ein paar Wochen fürher getan – nicht, weil es etwas in der militärischen Entwicklung geändert hätte, sondern weil die Öffentlichkeitswirkung ggf. etwas breiter gewesen wäre. Aber wichtig ist mir nur, daß Ihr diese Anzeige aufgegeben habt.

Habt dafür vielen Dank! Solidarisch

S ANLAS

14

FORUM DER SERBEN IN DEUTSCHLAND

Živojin Dacić, Redaktion:

72076 Tübingea, Im Schönblick 12/1 Tel. c7071-63435 Fax o7071-67797

per Fax o69/672631

60528 Frankfurt/Main

Reichsforststr. 3

Peter Gingold

Herra

Tübingen, 24. April 1999

Sehr geehrter Herr Gingold,

AlSCHWITZ-Lüge" haben begrüßenswerte Zeichen in dieser – für einen Teil Sie und die übrigen ünzerzeichner der Anzeige "GEGEN ELKS NEUS AFT par Iuropās — tragischen Zeit gesetzt.

Die Betroffenen danken Innen.

Wir denken ebenso, daß wir Ihre Anzelge weiter vermitteln dürfen.

Mit fraundlichen Grüßen

D: - Živojan Dacić

der jüdischen Gemeinde in Belgrad übermittelt, deren Vorsitzender, Herr PS.: Eine Person aus dem Forum der Serben hat heute morgen Ihre Auzeige Aca Singer, Sie alle grüßen leßt.

Sehr geehrte Damen und Herrstei

Im Namen meiner Familie und meines Heimatlandes Jugoslawien möchte lein mich bei Ihnen für Ihre Anzeige in der Frankfurter Rundschaufam 23.4.99 oedanken.

is hat mich gefreut innerhalb Deutschfands, eine Reaktion gagen den Krieg ch die deutsche Berichterstattung im Vergeseich zu allen (ink | hrabischen) Zu schen.Da Ich einen Internetzugang und Satellitenseneh habe, kann anderen als "Hetze gegen Serbien" bezhillmen;

- Die Frankfurter Allgerneine bezeichtiget die Serben als "salanisches Volk" Die Berliner Zeitung sehreibt,daß felle Bosartigkeit der Serben geneuisch

übertragen wird"

Journalisten die über Greueltaten an berichten wollen ,werden

als "Pro-Serbische-Propagandisteit" Higewuhrgt.

angeschrien wurde sie solle doch ihrt "dreckige serbische Schnauze Bei einer "Talk im Turm" Ausgab Wollte eine Jugoslavin über Herm Daniel Colien-Bendit, dar alect Gast in der Senduhle war, ca 2000 vergewaltigte serbische Hallen berichten als sie von

Als 1995 ca 560.000 Serben aus Redditten vertrieben wur den jund tausende von der US-geschulten kfohtischen Armee exeklitieri wurden ,wur das den hiesigen Medich vielleicht einen h einen Artikel wert. Von NATO-Bombardidningen war überhaupt nicht die Rede.

Herr Scharping hat angegeben, daß er in direktem Kontakt zu einem der 100 n. die angeblich das Nunumern schild einds Autos fotografieren können besuzz. sin kleines Land in dem übrigens auch Uligarn, Bulgaren, Sinhe und Roma Tornados, millionen-teure unbenannte Autklarungs Dronen, und Satelliten Massenexekutionen, oder ven Albanizm hilt mensohliche Schulz schilder threr steht, und seine Informationen vor ihm bezieht Beziehl er seine Dowohl ich in Deutschland geboren bitt filtt ich mich zunehrliend als ch verstehe nicht ,daß Deutschlandhochindderne Aufklarungs/(ECR) Griechen "Mazedonier und Agypter leben wurd 24 Stunden Rland um hie Uhr bombardiert und den deutschen Medien zufoige gibt es keine lugoslawe. Nicht aus Nationalismus, sondurn aus einer Ablehhlung and kein einziges Foto ven vermeinflichen XZs existiert, von nformationen über die Türkei auch voh Abdullah Ocallahn? der weit verbreiteten BILD-Zeitungs Mentalität hier Opfer bei den Serben.

ezeichnet worden ist Hen Schröder definiach die fünfte Kolkone Albaniens???? terr Gysi der nach Belgrad geflogen ist um, es statt mit Bomben, mit Worten u versuchen, ist von der Bundesregieneng als "fünfte Kollonge Belgrads"

times hat in den Achtziger Jahren fast wöchentlich über die Vertreibung im auf Ilire Anzeige zu kommen,die ich schon von der idee ber super finde der Serben durch die albanische Bevolkerung berichtet (Diese Artikel Sie schreiben über das Vorgehon der jugoslawischen Führung gegen albanische Minderheiten; die Albanen im Kosovo machen aber 90%, der Bevolkerung (im Kosovo)aus Denken sie sich noch die 30.000 hewaffreten UCK Einheiten aus Albanien dazu und überlegen sie sich dann nochmal wer auf wen Druck aus ubt. Die New Nork verde ich Ihnen geme schicken)

Bomben mit abgereichertem Uran zu benützen. Also kommt neben dem Verstoß Gulf-War Syndrome"verbringen????(Splittestens liter stellt sich mir die Frage der erwartet man von den Albanern, die ja eines Tages zurückkehren sollen, daß sie in einem "strahlenden"Kosovo leiten und ihren Lebensabend mit dem egen die UN-charta auch der Verstoss gegen die Genfer Konteention hinzu. Wie Sie vielleicht schon wissen hat de NATO zugegeben, Munition und ur wen der Krieg wirklich geführt wird!

Agenturen (Ruder Finn), die den Propagandakrieg für die Albaner führen ,etwas ür mich ist die erfolgreiche Jagd der Juden auf Nazi-Verbrecher vorbildlich!! cu unternehmen (James Harf, der Besittet der Agentur Ruder Finn har schon ersuchen, zumindest gegen die deutsche Regierung und/oder die Marketing erklagt wurden. Obwohl ich kein Geld jugd keine Mittel habe werde ich ch war auch erstaunt zu sehen "daßjdie Schweizer Bannken erlolgreich 'ur die Kroaten die Public Reiation theenbrumen)

Brganisationen haben, oder zu den Anwalten, die den Prozess gegen die Schweiz geführt haben ???Ich wäre Ihnen Für jehie Form der Umerstulfung unsagbar ch wurde gerne wissen ob sie Konakt zu irrgendwelchen Paziffsuschen lankbar, und wurde mich über eine Antwert freuen

Marko Dimitrijevic Hochachtungsvoll

Fon/fax:0201/515686 Grendplatz 5 45276 Essen

E-mail:www.MarkoD@r-online.de

rieges vor dem US. Konsulat gegen eind Bombardierung dephonstriert haben

ch sage nicht, daß die Serben Engel sind aber Teufel bestimmt nicht!

laben wir aus dem Golfkrieg sowetilg gelemt??????

Allein in Belgrad leben 100.000 Albance die selber am Anfang des



Phone (+381-18) 523-545, 523-967 Fax: (+381-18) 523-947

frg Vejsic lugoslavlie i f 7U 1800(NIS POF 122

FACULTY OF LAW University of Nis

den Repräsentanten der Holocaust-Ucberiebenden An Herm Peter Gingold, Fax: 9949/69/67-26-31 in Deutschland

ge hrte Damen und Herren, Sein ;

dankbar für Gesen Appell für die im heutigen Westen fast vergessene S. dr.: des iln gro sartiger Brief in der Frankfurter Rundschau vom 23, April 199 hat ans 21s. Vertreter der serbischen Rechtswissenschaft zutiefst berührt. Wir sind II .e. . In serbischen Volks. In Ihnen sehen wir ihre würdigsten Rechtsanwähre.

stumme Zeage des jüdichen Martyriums. Vor dem Zweiten Weitkrieg was sie das geöstle Zentrum des :ephardischen Juden auf dem Balkan. Heute gibt es in Nis nur nech eine Die Sr of MS, jetzt einer der Blutzeugen der Nato-Bombardements, i't a. ch der ganz kleine Zahl fuden. Doch an uaserer Universität wirkte auch eine Aus Eintz-Deberlebende Prof. Dr Eva Levi, die jetzt emeritiert ist.

Wir wollten geme weitere Kontakte mit Ihnen pflegen, insbesondere mit den Juristen aus Purer Mitte. Nach dem Ende der Peindseligkeiten plant unsere Fa' 11.a. en e. Konserenz zu dem Thema, die UNO im letzten Jahrzehnt. Dazu wurden wir ge 1e Illie Vertreter als : Jäste empfangen.

Mögen Sie unsere herzlichsten Grüsse empfangen!

Im Numen der Professoren, Dozenten und Assistenten der Rechtst kult Universität v.m Niš



P.S. Web site unsezer Fakultát ist: www.prafak.prafak.ni.ac.yu. Dort können S.2 sich uber ur sere Informationstätigkeit bezüglich des Krieges erkundigen. http:// prafak.prafak.ni.ac.yu

Peter Gingold - Reichsförststr.3 60528 Frankfürr am Main Tel-Fax (168/672631

Who Post absenchill am 2.6.99

da Reine Verbindeng per fax

An den Dekan Prof. Dr. Vojislav Djurdjie

FACULTY OF LAW

University of Nis

Sehr verehrter Prof. Dr. Djungjie

mitgereift haben. Auch wir sind hiervon zutiefst berührt. Auch darüber, was Sreuns über Ihre Stadt Ibnen und allen Prefessoren. Dozenten und Assistenten der Rechtsfakultät der Unversuat von Nisunseren berzlichen Dank für Ihre Reaktion auf unserem Brief an die Mmister, die Sie uns per Fax als Blutzengin des Nato-Bombardements und als stumme Zeugin des jüdischen Martyrhinns

Um so mehr, angesiehts der jungsten deutschen Geschichte, die tausend Grunde liefert, daß gerade die Wir empfinden jede Bombe auf Ihr Land, insbesondere auf Ihre Stadt, als wirden sie uns treffen und gewesen ware ihn zu verhindem. Den feigsten, verlogensten und schamlosesien Krieg, der je geftihrt wir sehämen uns, daß umsere Friedensbewegung nicht die Kraft aufgebracht hatte es zu verhindern Deutschen diesen Augriffskrieg gegen Serbien, wie kein anderes Volk auf der Erde, verpflichter

Doen Brief worden wir der Öffentlichkeit zugänglich machen. Denn er ist für alle, die sieh gegen den sich greift angesichts des barbarischen Vernichtungskrieges, was auch Wut und Zorn bei immer mehr Mensethen hervorraft, die sich einsetzen, dem Bombenterror Einhalt zu gebieten. Ich erlebe es. da ich verbrevtete Zustimmung för den Krieg mehr und mehr abbröckelt, große Rarlosigkeit, Unbehagen um beenden. Wir haben große Hoffnung, daß hierfür die Bewegung doch machtiger wird, zumal die weit fag für Lag in Versammlungen gegen den Krieg unterwegs bin, in denen ich nan auch Thren Brief Kineg engagieren ein großer Ansporn, noch mehr Menschen zu mobifisieren, um den Krieg zu

Wir bewundern Ihre Widerstandsfahigkeit und hoffen auf ein doch baldiges Ende dieses Entsetzens

threr Eakulfat nach dem Ende des Krieges. Ich werde mich darum beminken, daß Juristen unter uns mit Auch vielen herzlichen Dank für die Einladung an die Juristen in unserem Kreis, an der Konterenz fbnen den Kontakt pflegen, die sicherlich anßerst mteressiert sein werden, an Ilner Konferenz

solidarischer, internationalistischer Verbundenheit unsere innigst herzlichsten Grüße und würtschen Ihnen und allen Ihren Kollegrunen und Kollegen, daß Sie unverschrt diesen Krieg überleben. Wir, die Überlebenden des Holocaust, in deren Namen ich Ihnen schreibe, senden Ihnen in

Für die Überlebenden des Holocaust, die den Brief an die Minister unterschrieben haben

Peter Gingold

P.S. Vicle herzliche Grüße an Frau Prof Dr. Eva Lovi

25.4.99



Tig to ske . gother je 11 VJ 1800c ve 10 s 122

FACULTY OF LAW University of NIS

Peter Gingold Reichsforsts 1. 3,

60525 Frankfurt am Mair

Tel /ux 069/672631

5, y grehmer Herr Grigold, Jeher Freund,

Luibbrer is inavischen zu Ende, zoor seine Polgen stad kniastrophal. Das Gros anser e And langer Reisezeit Ind uas In Brief, der uns sehr erfrettle, aneicht. Der hadester en zerstäng auch die grüssten Brücken, dech was vielleich auch 33. ACLAN viern and schlimasten ist, ein unermesslichen ökologischer sunden issue ordery conce Dioxin-Freisseaug, ist grassunden Und von dem Kring aus enses Land arnes des geschadesten Eurapas. Wit hoffen, den einmal die Zeit nommen wird. de desa neue Weitordnung, oder -unordnung", so oder so "absearben" värd.

hese, a lated konen. Sie affemat juf unsere Hilfe rechnen. Die der Unterricht in 13-20. tal all Stadenten, die wegen der Krieges verändent wurden, am Stadium orden I... A in bedanken uns für alles, was Sie für den Frieden fun und getar frio n tel meaning, such in Sommer la den muss, wird die geplante Konferenz wahrsbrocket grs. in Cartlerbsi dieses Jabres scattlinden. Doch die Kontekte mit Peren Junsten nietsen and whaten the Brief and der Uebersetzang ins Serbische ist ebenset im a vince ties ansore web site zu lesen

Fun, kopie Inces Briefes kaben wir Prof. Dr. Eva Levi geschickt

10. Namen der Professoren, Dozenten und Assistenten unserer Fakultät grand ich Six and afte Mitglieder der Assozia ion der Uebenlebenden des Holoceust am herzlich. (en

Der Deisom, Proty Dr. Volgisch Diurdie L.B. A. S.

An as the extras with passt, bursst , masse " when hisher" when I do eincuprehales die Nachrichten verkündet, dass liner Satury sur Lettrolize outgo-Schweringer hat, de sich das techt anolic NATO sich offiziell durch Indoruny einen Kries 24 Geginnen 16t bin susprenne auch anter Rissachtury des Kolhernechts and eine Un-Tanolat. Danis our hat mich shr plant. Insunislan hith Justes Intresse as Intermedian when Ose Sie sich stade vorhalten worden and mind, ein anderes hand auzugrifen und Schr zechrar Herr Bizgold Thre Anzeys jets in der FR Thre About.

Lastle. Cougsest SWERSTR. 22 64283 DARTISTADT For OGIST-21625 MATHEIN EHRENSPECK

Karl-Heinz Hackert-Villberg 33334 Gütersloh Mozartweg 15

Tel: 05241 - 16616 Fax: 05241 - 16685 Auto: 0161 - 1536340 = -Nisil: havn hackert-wilberg@T-online de 24. April 1959

Telefax

Herrn Peter Gingold and Ulrich Sander

Ihre Anzeige in der "Frankfurter Rundschau" vom 23.64.99

Sehr geehrte Herren,

veröffentlichen sollen, denn von dort kommt doch die moralische Unterstutzung im Sie hatten das Geid für die Anzeige lieber den Vertriebsnun der Volkermorde auf dem Balkan spenden sollen, oder eine entsprechende Anzeige in der Prayda derartige Taten

Das es annliche Geschehnisse auch in der Türkei gibt, ist aus nieiner Sicht ebense verwerflich wie das was die Serben machen

Hatte Amerika, Frankreich und England gegen Hitler ahmlich reagren wie neute die NATO gegen die Serben, dann saho die Weitkante heute anders dus.

Mit freundlichen Graßen gez Hackert-Wilberg P.S.M. Grandt + E.Z.Lis Pastudes Gardin

In Fachberater für technische Verbindungssysteine

Eichendarffatr. 23 Günter Hansel 41464 Neuss

17. Mai 1999

der Mitunterzeichner der Anzeige gegen die "neue Auschwitz-Lüge" auf Ihren Brief kurz einzugehen. Da das Echo - übrigens in hohen Sehr geehrter Herr Hackert-Wilberg, ich erlaube mir, als einer Maße zustimmend – auf die Anzelge sehr groß war, haben wir die Beantwortung auf mehrere Unterzelchner aufgeteilt. Dafür bitte

gegen die Verbrechen des türkischen Staates an den Kurden und die türkischen Übertalle auf Kurden-Gebiet im Irak, gegen den NAIO-Krieg, dem zunehmend und von NAIO-Seite zugegeben Pemonstrationer und Kundgebungen gegen die Vertreibung von Menschen, gegen jede nationalistische Politik protestiert haben, Thre Friedensaktivitären kenna ich nicht - ich weiß aber, daß Sämtliche Unterzeichner öffentlich, in Erklärungen, auch mit Zivilbevolkeruny - serbische und albanische - zum Opfer fällt, ganz abgeseher vom velkerrechtswidrigen Überfall auf einen souveranen Staat.

Frieden und die Menschenrechte, und wir werden nicht nachlassen, Jedenfalls: Wir haben Weiben Nachholbedarf an Einsatz für den uns gegen Unmenschlichkeit zur Webr zu setzen. Vielleicht begegnen Wir uns einmal bei einer dieser vielen Aktionen, die gerade in diesem Tagem und Wochen stattfinden.

6 7-

> dee Vorgange in Jugosiawien mit "Auschwitz" zu vergleichen, was den Holocaust und die einmaligen und unvergleichlichen Verbrechen der Nazis in einer unertraglichen Weise verharmlost und Jozzt ging es uns darum, die Ongeheuerlichkeit zurückzuweisen,

und auch der Rest der mutterlichen Familie in Auschwitz ermordet worden sind, habe ich ein Recht zu erklaren: Meine Toten stehen als Begrundung für ein NATO-Bombardement nicht zur Verfügung! Auch Sie ziehen Hitler zum Vergieich heran und nahern sich demit der Verharmlosung. Ich mochte auch Sie bitten, zur Kenntnis zu Ds - um ein Beispiel du nennen - meine Mutter, meine Großmudter Hinterbliebenen des Holocaust. Es kommt mir so vor, als würder meine Toten und die Millignen Toten überhaupt ein zweites Malermordet und zur Begründung für einen Bombenkrieg "verarbeitet" Dagegen haben wir uns gewandt. Und dabei möchten wir auch nehmen: So eine Demagog:e verletzt alle Opfer und die

Hcchachtungsvoll

Prof. Konrad Huchting Fachhochschule Ostfriesland Constantiaplatz 4 26723 EMDEN Tel. 04921 / 807273

Erndra, 24.4.99

hibes Hos fingold, bielen Dank für den Offenen Brief un der gestrigen FR " Jegen eine nem Art der Auschwitz-hinge". The bin Mitghied in Freuendshires des Aunchloitees and micht gern unterzeidnen folm es noch eine Wieffertlichung gibt. 200, - DM überlosise ich. Tel bewundere There Vandfertig -Actilian fry & Huching

Sehr Geenrter Herr Gingold,

60528 Frankfurt an Main Reichsferstatraße 3

Peter Gingold

Kia Kaliweii Kalerin Beamalgeanses Str. 1070 40225 Bünnelgorf 0211-1644?

aer hente ganzseitig in der Frankfurier Amdschau erschien, blo für laren offenen Brief an die Minister Fischer und Scharpfing, ich Ihner und allen Unterzeichnern sehr danktar.

"memen Auschwitz", das "verhindert" and damit Krieg rechtferti auch ich verurteile son selchtfertigen Sprachgebrasch vom gen soll,

Jagoslawien und den verjangten Bofortmaßnahmen schließe ich mi Three Forderung nach sofortiger heandigung des Erieges gegen

Thre initiative mochie toh mit moiner Uniterschrift unterstütze ing the mit der Verbifentilehung binverstanden.

Mit freundlichen Grüßen

42107 Wuppertal c/o VVN-BdA Ulrich Sander Gathe 55

0228/635333 53119 Bonn

Bonn, den 25,4,99

Schr geehrte Damen und Herren,

dafür herzlich danken und auch - im Rahmen meiner Möglichkeiten - eine Spende wachsendem Entsetzen. Mit dem Informationsbedarf meiner Schüler hinsichtlich Geschehen im Kosovo und die Bombardements im Kriegsgebiet verfolge ich mit Holocaust-Überlebenden zu einer "neuen Art der Auschwitzlüge" ist daher von Minister Fischer und Scharping hat mich sehr bewegt. Und ich möchte Ihnen Ich unterrichte Englisch und Französisch an einem Bonner Gymnasium. Das des Kosovo-Kniegs werde ich täglich konfrontiert. Die Stellungnahme von unschätzbarem Wert auch für meinen Unterricht. Ihr offener Brief an die auf das Konto "Brief an Minister" überweisen.

Ich glaube fest daran, daß Sie in der Bevölkerung breiten Zuspruch finden und

mit freundlichen Grüßen

My Cleany

Bornheimerstr. 116 Birgit Kessel

DR. DIETER KEINER

EUPENER WEG 11 A D-48149 MUNSTER TELEFON 0251789297 TELEFAX 0251781909

Umfay; I be

UR. DIETER KEINER EUPENER WEG IE.A. O. 18117 HUNSTER

0202-450629

FAX an. 069-672631

bud der Pritte, brick sir elië Litte der Unter Richaus Ilos hit Atiola wisdum Enipen Anfongs and melenen.

14067

Die neue Auschwitz-Lüge in der Kriegspropaganda der Bundesregierung

vorgetragen bei der Anti-Kriegsdemonstration auf dem Prinzipalmarkt in Münster/Westla-Ien am 17. April 1999 Dieser Krieg enthält nur schwer zu verarbeitende Zumutungen und Widersprüche. Der Bombenterror richtet sich gegen Jugoslawien. Der Propagandaterror richtet sich gegen uns. Es ist schon wieder so weit, dass diejenigen, die gegen Krieg und für Frieden sind, sich sagen lassen müssen, sie seien die "Weißwäscher eines neuen Faschismus" (Fischer). Es ist schon wieder so weit, dass diejenigen, die gegen den Krieg sind, auch sagen sollen, dass sie gegen Milosevie sind, dass sie nicht für ethnische Säuberungen eintreten.

Die neue NATO-Strategie und die Woltmachtambitionen der BRD erfordem eine Analyse der gegenwärtigen Kriegspropaganda. Ich beschränke mich beute auf einen Aspekt: Auschwitz in der Kriegspropaganda der Bundesregierung.

Die Propaganda-Maschine der Bundesregienung, unsbesondere die Herren Fischer und Scharping, arbeiten mit einer neuen Auschwitz-Lüge

Mit der alten Auschwitz-Lüge wurde versucht, die Existenz von Auschwitz zu leugnen. Die neue Auschwitz-Lüge beinhaltet die Leugnung der Einmaligkeit der Verbrechens und der Barbarei des deutschen Faschismus, sie leugnict den mit Auschwitz verbundenen Zwitisationsbruch und sie suggeriert, dass sieh mit Verweis auf Auschwitz dieser Klueg und zukünfüge Kriege als gerechte Kriege legitimieren und führen lassen – unn ein neues Auschwitz zu verhindern.

Damit verkommt Auschwitz zu einem Instrument in einem mediengestützten und mediengerechten Knegs-Marketing der Bundesregierung. 4.

Wie wird argumentiert, was wird unterstellt, welche Projektionen werden vorgenommen, welche Implikationen hat diese Funktionalisierung und Instrumentalisierung von Auschwitz in der gegenwärtigen Kriegspropaganda?

Die Denkfigur ist einfach, die Projektionen sollen plausibel erscheinen:

Milosevic = Hitler

Serbien = faschistisches Deutschland

Vertreibung = Völkermord

Großserbien = Großdeutschland

Serbische Sonderpolizei = SS.

Mit diesen Propaganda-Projektionen werden wichtige und gerude durch die 68er-Generation geförderte Erkenntnisse über Genese und Strukturen faschistischer Herrschaft negiert. Die Qualität der Projektionen ist ungefähr so, als würden die Gegner dieses Krieges Herrn Fischer mit Goebbels oder Herrn Scharping mit Eichmann vergleichen – solcher Projektionen sollten wir uns enthalten und auch der Versuchung widerstehen, die Projektionen der serbischen Propaganda zu akzeptieren, ilmen nicht zu widersprechen.

Die Figur des Denkens, die uns insbesondere von den Hørren Fischer und Scharping vorgefihrt wird, ist gerade wegen der Feindbildprojektionen als Ausdruck einer Kontinultät aus dem Faschismus in die Gegenwart hinein zu begreifen, sie ist gerade weil sie die antzivilisatorischen Folgen auch dieses Krieges negiert und im Prinzip jeden Krieg als gerechten Krieg zu legitimieren versucht, der im Namen einer Verhinderung eines neuen Auschwitz geführt wird, gefährlich – bei bewusster Leugnung wichtiger Differenzen zwischen Jugoslawien und dem faschistischen Deutschland.

Zur Erinnerung: In der in den 60er Jahren entscheidend von der Studentenbewegung begonnenen Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus meinte "Auseinwitz" innner zweierlei. I. Metapher für die beispiellose anti-zivilisatorische Barbarei des deutschen Faschismus, sprachlich festgehalten in der Sprache der Täter; und 2. Ort der konkreten Barbarei.

Was aber meinen eigentlich die Fischers und die Scharpings, wenn sie Auschwitz bemühen lär die Legitimation dieses Krieges?

Wollen sie sagen, Milosevie führe einen Angriffskrieg gegen die EU-Staaten, um einen Völkermord zu begehen? Wollen sie sagen, die mit Menschen vollgepackten Züge, die wir im Fernsehen seben, hätten als Zielorte großindustrielle Menschenvernichtungsfabriken.

Wieso wird das, was unter den Augen der Weltöffentlichkeit und nit Duldung der EU, der NATO, der Bundesrepublik und der USA an vielen Orten und in vielen Repionen der Welt und nicht nur in Jugoslawien stattlindet, von der Bundesregierung nicht, aber mit Blick auf Jugoslawien sehr wohl zum Menetekel eines neuen Auschwitz erklutt? Warum eigentlich?

2

5

Welche Absichten werden also mit der neuen Ausehwitz-Lüge verfolgt? Welche Implikationen sind erkennbar?

Es wird nicht nut, wie Gregor Gysi in der Bundestagsdebatte am 15.4.1999 betont hat, die deutsche Geschichte bagatellisiert, es werden nicht nur die Opfer des Faschismus verhöhnt dadurch, dass in ihrem Namen neues Leid legitimiert wird – es geht auch um die Fortsetung des Historikerstreites wie auch der Walser-Debatte mit perversen Propaganda-Mitteln und mit dem Ziel, ein angemessenes und differenziertes Bewusstsein und Wissen über Deutschland, seine Geschichte und über Auschwitz auszulöschen, die Weltmachtambitiowen im NATO-Bündnis mit diesem Krieg abzusichem und diesen mit der Parole "Nie publik in ihrer ueuen Rolle und mit Blick auf ihre Einbindung in die von den USA diktieren neue NATO-Strategie gerade mit dem legitimiert, was bislang als das größte Verbrechen Augeressionen entgegenstehen sollte – nämlich mit Auschwitz.

Das Gefasel des Helmut Kohl von der Gnade der späten Geburt erscheint nachgerade alls Kavaliersdelikt des Vertreters einer fett gewordenen, selbstgerechten Generation im Vergleich zu der Perversion des Denkens und Handelns der jetzigen Bundesregierung, die gegenüber der Bevölkerung der BRD und gegenüber der Weltöffentlichkeit das Wissen und die Erkenntnisse über Faschismus und Auschwitz, sowohl als Metapher wie als konkreter Ort der Barbarei, preisgibt für Propagandazwecke und damit bewusst gravierende Differenzen zwischen Milosevie und Hitler leichtfertig negiert.

Früher galt Auschwitz als Warnung vor Krieg und Barbarei, jetzt dient es als Propagandamittel für einen Angriffskrieg.

5

Die Klarheit des Denkens für Propagandazwecke und vordergründige politische Ziele preiszugeben hat, zumindest in einer Demokratie, als Verbrechen zu gelten, das allerdings nicht durch Gerichtshöfe gealundet wird.

Der uns angedienten Perversion des Denkens und Fühlens und des Verzichts auf eine historisch-analytische Denkfähigkeit können wir nur durch private und öffentliche Anstrengungen begegnen, die uns urteilsfähig und widerstandsfähig machen, auch gegenüber der gegenwärtigen bundesrepublikanischen Kriegspropaganda.

Diese erscheint mir als ein Beitrag zur inneren Faschisierung der Gesellschaft der BRD. Sie zielt, immer wieder neu, auf die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols gegenüber den Menschen, auf Verdumnung und Gehorsan, auf Feindbilder und auf eine Manipulation unseres Denkens und Fühlens, sie spekuliert mit der Ohnmacht der Menschen und zielt auf deren Zustimmung zu einem Angriffskrieg, sie legt uns nahe, dass wir uns mit den Opfern identifizieren sollen, aber nur um zum Aggressor zu werden bzw. um die aggressive Kriegspolitik gegen emen souveränen Staat zu billigen, sie will das Volk in einem auch das Versagen deutscher Diplomatie und Politik seit der allzu schnellen und allzu vergessen machen und sich damit aus der politischen Verantwortung für die heutigen Verhälbnisse in Jugoslawien herausstehlen.

7

Dass wir uns am Ende dieses Jahrhunderts hier und heute öffentlich mit der Kriegspropagande einer deutschen Bundesregierung beschäftigen müssen, zeigt auch, dass diese Bundesregierung im NATO-Bündnis ihre Souveränität an die USA und an deren globalen Gewaltmonopolanspruch abgetreien hat. Diese Bundesregierung hätte sich mit Blick auf die deutsche Geschichte nie in diesen Krieg hineinziehen lassen dürfen, sie hätte alles tun diesen Krieg zu verhindern, sie hätte längst jede weitere Beteifigung an Bündnis für eine reflektierte, nationalstaatlich souveräne Politik, auch gegenüber Mehrsie keine zu haben? Oder gibt es tatsächlich keine Spielräume in diesen heitspositionen in diesem Bündnis? Hatte die Bundesregierung keine Wahl – oder glaubte wien genau das, was sie politisch wollte?

Dass diese Bundesregierung aus Propagandainteressen die gravierende Differenz zwischen Hitler und Milosevie, zwischen dem faschistischen Deutschland und Jogoslawien, negiert und dafür Auschwitz fünktionalisiert, zeigt, dass am Ende dieses Jahrhunderts historischer Ballast abgeworfen und im selben Moment mit den besonderen Merkmalen der deutschen Geschichte eine Politik begründet werden soll für die aggressive Durchsetzung einer neuen Weltordnung, mit den USA als Ordnungs- und Schutzmacht für das global agierende Kapital, mit der NATO als der schnellen Eingreitfruppe und als Schutz- und Überwachungsmacht für Europa und mit der Bundesrepublik als zahlendem Bündnis-Vasall.

Hierin liegt die Logik der Instrumentalisierung und der Funktionalisierung von Auschwitz für Propagandazwecke – zugleich als gefährliche, strukturelle Verharmlosung vergangener wie als demagogische Überzeichnung gegenwärtiger Barbarei.

JOHNNEWSTANTEN

The second of the second of the second second of the secon

Peter Gingold per fax.: 069/67 25 31

Morowingorstraffe 5-7 50677 Wald Tel © (02.21) 31 70 91 Telefax(02.21) 33 1 67 52

Gigi Deppe Beate Hinfichs Abrecht Kleser Birgit Morgemath Reit Rössel

23. April 1999

betr.: Anzeige in der FR

Sehr geehrter Herr Gingold!

Haben Sie herzlichen Dank für den Offenen Brief in der Franklurter Rundschau, der die tatsächlich infame Funktionalisierung von Auschwitz für den NATO-Angriff gebührend kritisiert. Ähnlich verkommen ist die Funktionalisierung der Kosovo-Flüchtlinger die in kleiner Zahl, dafür mit umso mehr Pomp und Trara nach Deutschland ausgeflogen werden, um hier ohne Chance auf ein eigenständiges Leben in Würde als Menschen zweiter Klasse gehalten zu werden: ohne Abeltserlaubnis, mit immer nur kurzfristigen Duldungen, ohne Recht auf Familienzusammenführung. Gleichzeitig bleiben bekanntlich die Grenzen für Flüchtlinge, die ohne staatlichen Transport nach Deutschland, wohlmöglich zu ihren Verwandten kommen woilen, verschiossen. Die Humanität dieses Krieges ist wahrhaftig von erschreckender Qualität.

Mit freundlichen Grüßen.

Rhemisches Journalistinnenbürd Albrecht Kieser

Fax an Peter Gingold (für den Aufruf der Holocaust-Überlebenden) Fax: 672631

Betrifft: Offener Brief "Gegen die neue Auschwitz-Lüge"

Liebe Verfasser des Offenen Briefes.

ich möchte Ihnen meine Hochachtung vor Ihrem Mut und meinen Dank für diesen Aufruf übermitteln.

Die Punkte, die sie den Leuten ins Bewußtsein rücken wollen sind sehr wichtig, da unsere Regierung ja eben mit der moralischen Wucht des Hitler/Völkermord-Vergleichs die Parteien und Bevölkerung hinter ihrer Kriegsstrategie zu sammeln sucht.

Ein welteres Argument gegen die Diabolisierung Milosewics liefert heute übrigens die FR in ihrem Artikel "Vertreibung erst nach Angriff". Bekämpfung der UCK hatten die Serben vor, nicht Vertreibung der Bevölkerung. Das ist erst nach der Borrbardierung dabei herausgekommen.

Die Vertreibung der Kosovo-Albaner erscheint mir zwar nicht entschuldbar, aber erklärbar: Wenn die Nato mit Verweis auf diesen Bevölkerungsteil ihre Bombenangriffe startet, macht sie diese Volksgruppe in den Augen der Serben automatisch zur 5. Kolonne des Feindes.

Für unsere Regierung sind die Menschenrechte teilbar, denn sie ignoriert die rassistische Ausrichtung der UCK genauso, wie sie die Vertreibung der Serben durch die Kroalen aus der Volwodina ignorierte. Wie kann man mit Krieg für Menschenrechte argumentieren, wenn man gerade gewaltig dabei ist, ein Zusammenleben der betroffenen Volksgruppen dauerhaft zu verunmöglichen. Hinzu kommen noch die Schäden die die Nato zur Zeit anrichtet, und die dafür sorgen, daß noch jede Menge Menschen (Serben, wie Albaner) an den Folgen der Armut sterben werden.

Der letzte Punkt ihres Aufrufs, in dem sie den Vertrag von Rambouillet bewerten, ist mir besonders wichtig. Die Juso-Sprecherin Nahles hatte den Punkt mit der Stationierung und Bewegungsfreiheit von Nato-Truppen auf jugoslawischem Staatsgebiet, als für die Jugoslawen völlig unakzeptabel schon dem Außenminister vorgehalten, der medienwirksam schwor, er habe alles diplomatisch Mögliche unternommen, den Krieg zu vertindern.

In der Hoffnung auf eine positive Wirkung des Aufrufes

verbleibe ich

N. Drep

Martina Kreß, Offenbach

Franklint den 13.05,1999.

Sehr geehrter Herr Gingold

in einer Kunstgalerie zur Verutssage der Ausstehtung niemes Kollegen und Nachburn Max Weinberg, landet ein Flugblatt mit dem Titel "Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge", in mene Hände. Dieses Flugblatt habe ich dann in aller Ruhe Zubause gelesen. Als ich anfing es zu lesen, sehien es nur, als ob es nicht wäre. "Das gibt s doch nicht?" Iabe ich nur gedacht "Ehren" jetzt Juden wieder auf eine öffentliche Weise die Wahrheit?... Ja Herr Gingold, so soil es soint thr labt in meanem Herzen wieder ein wenig Hoffnung hergestellt, ein wenig Walurheit haben. Nehmen Sie es bitte nicht als Schmeichelei. Seit langem habe ich seton aufgehört mich vor Hoffnung, daß uns Wahrheit meht nur un Himmel offenbart wird, sondem vielleicht einigermalsen auch auf nämlich den Überlebenden von Auschwitz formuliert wird, kann man wenigstens ein wenig Hoffnung auf Erden. Und wenn dieser offene Brief an Minister Fischer und Scharping von der höchsten moralischen Autorifät, diesseitigen Moralautoritäten" zu beugen. Ihre Stellungrahme har mein Herz ein wenig wiedererwärmt.

Kurz zu meiner Brographie. Ich bin ein aus dem rumänischen Banat stammender Serbe, von Beruf Künstler und lebenden Völkergruppen haben sieh zeitlebens gut verstanden und besondere Spannungen zwischen uns gab es seif über 15 Jahren in Frankfurt selbtaft. Der Banat war und ist heute noch ein mutrikulturelter Ort. Die dort nie, im Vergleich zu anderen Regionen Rumäniens, in denen sich nur zwei Völker gegenüberstanden, z.B. Rumanon and Ungarn and das hat sich eigendich bis heute nicht verändert.

Zu rucinen besten Freunden zählen Juden, vielkeicht wegen der Tiefe und Schnelligkeit ihrer geistigen Bewegungen?... Diese Freunde labe ich noch immer in der ganzen Welt verstreut, eine schreckliche Diktatur hat uns vertrieben, der "Ceausisauus"... Im Vergleich zu unseren Nachkum, dem dannals freien und gut lebenden Jugoslaven", war bei uns die Hölle los.

Was eine Diktatur mit den Menschen machen kann ist mir wohl bekann. Desavegen verureile ich mit atlen Konsequenzen Milosevic's Regime, abor die Ungerechtigkeit gegenüber einem Volk, das volens nolens mein Volk ist, fiel mir sehr schwer. Ich würde unseren Politikern geme eine Frage stellen, und zwar. "Wieso hat sich vor civigent Jahren keine Stimme erhoben als aus der kreatischen Kraina, wo vorwiegend Serben Jebten, eine halbe Million Menschen deportiert oder vertrieben wurde?... Und wohin? Iu ein damals unter volligem Embargo stehendes "kleines" Jugosławien. Diese Menschen sind heute Teil des Volkes, das unter den NATO-Bomben (Sturm - Nachahmung der Operation Wüstensturm), abgemetzelt und heute erledigen das die NATO-Jels und deutsche Tornados sind mit dabei... Oder eine andere Frage bezäglich der Tatsache, daß in einem kroaubschen Weltkrieg sieben- bis neunhunderflausend Menschenleben gekostet hat (vorwiegend Serben - Nota benel), in entem Scheitprozes sitzi, Sakio "geniebi" im Gefängnis einen privilegierten Status eines ungenannten "Nationalheldes" und ich frage ruich wiese? Außerdem Frage ich mich, wiese Simon Wiesenfhal nie etwas zusammen mit den anderen Serben stirbt. Damals wurden sre von kroatischen Jets unter der Operation "Oluja" Gefängnis der ktzte Kommandant des gefürchteten KZ-Lagers "Jasenovae", das schatzungsweise im zweiten dayegen gesagt oder getan hat.

pathethisch klingen und wäre heute besonders "unglaubwürdig", deswegen sage ich es aus dem Herzen eines Herr Gingold, ich danke Ihuen aus trefstem Herzen. Aus dem Herzen eines Serben wurde vielleicht etwas zu Menschen, der sich nach Gerechtigkeit sehm

Ich unterstütze mit diesem Brief diese Aktion, die von Holocaust - Überlebenden initiien wurde.

Hochachtungsvoll

Bata Marianov

Dr. Hefan Poppe

+49 341 5642862 1./MI

Dr. Stefan Poppe - Wartenburgstraße 2 - 04159 Leipaig

pu Tax: 0202/450629

The affines Brig " in the TR v. 23/4/199

Silve gutte Hort Cingold

73

as Ostdentsolv and as justin ist is clown testading not mide dezughoite, mad Espectanis lond politikan Eliter integration and valuenden Lans, sogue zur Beibermidung und Rubfletigung mitrovicher Euseilt word wies Kraiges. Die tolem daraus sind tunk wis ja num and gehoven, Venschen und Volkenrelle - micht zu Mnorde - vom Osten unjordeste, als deines wie liver and breighned, das besten, 24 dem tolauben Sie, dats wis uns mit unseras lentración de tromas de seras de seras de seras des seras seras des seras de seras was get midt absolber.

Stylon for Marylla Poppe Tit frenchlichen Carpen

Ribold, Ru£h-Monika Ockershäuser Allee 7a, 35037 Marburg Tel. 06421/161080

Herrn Peter Gingold Reichsforststr.3 60528 Frankfurt/Main

, den 6.5.99

Lieber Herr Gingold,

ich habe mich nun doch dazu entschlossen noch einmal einen Bezug aufdas gestrige Telefonat mit Ihhen zu nehmen. Gleichzeitig ist es für mich persönlich äußerst wichtig, daß es Überlebende der nationalsozialistischen Verfolgung gibt, die sich gegen die Verhöhnung der Opfer deutscher Konzentrations-und Vernichtungslager auflehnen. Ausgerechnet im Nachfolgestaat wird die "Auschwitzkeule" tagtäglich geschwungen. Meine persönlichen Gefühle tendieren von Wut bis zur Ohnmacht.

Meine eigene Erziehung wurde und ist durch die Ermordung meiner deutsch-jüdischen Identität geprägt worden und deshalb lasse auch ich die Vergleiche Kosovo-Auschwitz niemals

Ich empfinde das geradezu perfide!

Aber es ist eben die Nichtaufarbeitung der Verbrechen von einst. Nie ist doch in diesem Land weder Richter^M, Ärzten, usw. irgend etwas ernsthaft geschehen. Die Prozesse waren doch stets nur Farce. Wie gesagt, war Vater über ein Jahr mit Herrn Prof.Kaul in Frankfurt/Main um gegen den Mulka auszusagen. 30 Jahre später hat die Stadt Frankfurt unzählige Veranstaltungen durchgeführt, nur die fünf Nebenkläger für ihre ermordeten jüdischen Familien aus der ehemaligen DDB wurden einfach gestrichen. Das Fritz-Bauer-Institut ist damit fast "Weltmeister". Ich frage mich wahrhaftig, welche Bücher wurden den eigentlich gelesen, daß nur Hitler wegmußte und dann war das deutsche "unschuldige" Volk wieder sauber.

III -

Jeder hatte einen Juden im Keller versteckt, eigentlich hätte damit in Auschwitz, Maidanek, usw. kein einziger Jude sein brauchen, denn die waren ja von den Deutschen beschützt worden. Als vor Jahrzehnten die für Vater und mich simple Holo-caustserie aus den USA im Westfernsehen lief und die BRD-Bürger "aufwachten", haben wir nur böse lachen können. Die angebliche studentische Revolte von 1968 hat vor den eigenen Familien doch stets halt gemacht und somit kann eben heute aus den angeblich "Friedensbewegten" einfach sozusagen über Nacht Kriegsbewegte werden.

Das Vokabular ist so offensichtlich Deutschlands Geschichte umzumünzen, wie es eben seit über 5 Jahrzehnten geschehen ist. Ich bin weit davon entfernt die DDR-Geschichtsschreibung als Vorbild hinzustellen, denn ich habe auch meine eigenen bösen Erfahrungen. Aber in der DDR hat mir niemand gesagt, daß ich in Auschwitz wohl vergessen wurde (wie es mir in Marburg u.a. geschehen ist).

Victor Klemperer hat es aufgeschrieben, Wiesel hat Auschwitz und den Todesmarsch beschrieben. Was Deportationen, Genozid und Täter und Opfer (neudeutsch wurde ja eine Ummäntelung gefunden; alles in einen Topf und das wird dann mit "Zeitzeugen," benannt) gewesen sind,wurde jahrzehntelang geleugnet.

Die Traumata der Überlebenden, der Kinder aus den Vernichtungslager werden bis heute in Deutschland mehr oder weniger bestritten und die Nachkommen werden in solchem Fall als Halbirre abgetan. Jetzt aber haben die Vertriebenen aus dem Kosovo all die Schäden, die den Shoah-Überlebenden stets abge-sprochen wurden.

Wohlgemerkt, ich bin gegen jede Vertreibung. Nur Verteibung sollte auch so benannt werden.

Deshalb und in Erinnerung meiner virlen ermordeten Vorfahren, in Erinnerung der sich Suizidierten nach 1945 kann ich es nicht verantworten diese Art von Verhöhnung zuzulassen. Deshalb auch mein personliches Angebot mich einzubinden.

Mit freundl.Gruß

Ruft - Momika Ribold

Prof. Dr. Jürgen Rochlitz

35099 Burgwald Die Ecke 1

Prof. Dr. Lurgen Rochist; Die Ecke 1 33692 Burgwald

E-Mail 1 rochlitz@r-online de

per Fax 069-672631(Offener Brief an

eter Gingold

Ascher und Scharping)

Burgwald, den 23. April 1999

Lieber Herr Gingold,

Sberweisung von 100.- DM geht auf Ihr Sonderkonto. Mit der Veröffentlichung ganz herzüchen Glückwunsch und vor allem Dank für Ihren offenen Brief au Fischer und R. Scharpung "Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge". Mit den folgenden Unterschriften unterstützen wir Ihren Aufruf, eine inserer Namen sind wir einverstanden.

Mit solidarischen Grußer.

'rof.Dr.Jürgen Rochlitz, ex-MdB Bündnis-90-GRÜNE,

ingrid Rochitz, 35099-Burgwald

Rose Glaser-Langemann, ex-MdL Bundnis-90-GRÜNE

Enblanung.

Ich bin mit dem Inhold der am 23.04,99 in der Frankfurter Rundschau erschienenen Angeige: "Offener Brief an clie Minister Eischer atiste den Inhalt aus Übertzugung und Erfahrung als der I. Welt krieg begann und 20 Jahre minn, 12 Jahr Glar er ende te. 31675 Bückelung, d. 25,04,99 Brigitle Rinne gub. Saumann

HELENO SAÑA
18ENINSTRASSE 2
64223 DARMSTABE
11LEFON 108131] 7.5548

Herrn Peter Gingold Reichsforststrasse 3 60258 Frankfurt am Main 24.April 1999

Sehr geehrter Herr Gingold,

mit uneingeschränkter Zustimmung und tief bewegt, habe ich in der FR den Inhalt des offenen Briefes an Josehka Fischer und Rudolf Scharping gelesen, den Sie und andere Überlebende vom Auseimier-Inferno veröffentlicht haben.

Mit diesen Zeilen möchte ich mich mit Ibrer bewundernswerten Stellungnahme solidarisieren. Sie haben selbstverständlich die Erlaubuis, meinen Namen als Unterzeichner zu verwenden. lch schäme mich für die Juden, die, im Gegensatz zu Ihnen und Ihren Leidensgenossen, die brutale und sinnlose NA10-Aggression gutgeheißen oder darüber geschwiegen haben. Natürlich schäme jeh mich auch für die Deutschen, die sich mit der beilizistischen Politik der Bundcsregierung identlizieren, anstatt sie zu verurteilen. Das gilt an erster Stelle für die Intellektuellen, Buchautoren und Journalisten, die ihr öffentliches Benommee und ihren medialen Einfluß nutzen, um sich als Kriegspropagandisten zu betätigen. Und die Liste ist lang. Als besonders verwerflich und infam empfinde Liste der Mißbrauch des Genozids an den Juden und anderen Hinderheiten durch die Nazis als zusätzliches Argument zur Rechtfertigung des Bombenterrors gegen Jugoslawien. Meine schlimmsten Erbaurige Realität geworden.

ich werde mich im Rahmen meiner Möglichkeiten für 1hr Anliegen engagieren, so auf der bevorstehenden faquoq des P.t.N.-Clobs in Bremen.

Es umarmt Sic

H lunga

Kurz über mich: Staatsangehörigkeit: Spanier Religion: Katholisch Verfasser von folgenden Büchern über Deutschland: VERSTEHEN SIE DEUTSCHLAND? DIE VERKLEMMTE NATION. Zur Seelenlage der Deutschen. DAS VIERIE REICH. Deutschlands später Sieg.

Irene Maria Sturm, MdL a.D.

Stadtrătin (<u>parteilos)</u>
Augustinstraße 2
92421 Schwandorf
Tel.: 09431/42348
Fax: 09431/42954
E-Mail: L.STURM@SADNET.DE

irene Visia Sturn * AugustineDaße 2 * 92421 Schwander

Herrn Ulrich Sander VVN-BdA Gathe 55 42107 Wuppertal

Schwandorf, den 26.4,99

Sehr geehrter Herr Sander,

Ich unterstütze Ihren Aufruf "Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge" in der FR vom 23.4.99 und werde diesen, wie mit Ihnen telefonisch besprochen, auf DIN A 4 verkleinert als Flugblatt weiterverleilen.

Mit freundlichen Grüßen

Mate M. Sturre

76

48155 Munster, 24-4-99 Valdbava 36 0251/615836 fax " 627748 Christian SIGRIST

www.live never Port der Austruit Plinge" und ilmen Ogenlaidets vergessuhing under entschuldigen haaren. die Tanvranten rund whrhinderten Konniher are, Grandelt min ein eler Tark chie wan ound neit dem michigen Silve wereleter theor Gingsled, ich raddieße mid dem von Threen mituntensielneter "Offeren Brief" an Mix intiologicalen Grifsen

S Weiker Angelow any Black 2

Christian Magnet

SIGAIST / BEM2

Enbel eines von Siemens olune twengs-arleis in oln Guiriod zuhirbuen zuele (en wuger noch mie 74 faure Handruid mane, nach der Befrieser Berlin Brynsestien auch Suized). Seine 80 jalunge Schwerke wursen in Theresien stock umgebrackt. Dr. phie, Pry. f. Soriologie an der Uni Müster Angalan zeur Ressan

Mein Schriden wine. Blatt 2 hourne bi offerthia vermender.

D -48161 Minister, den 23.04.1999 Formege 10 Tel. (02.51) 86-17.50

Herrn

Peter Gingold Reichsforststr. 3

60528 Frankfurt

Sehr geehrter Herr "ingold,

eben las ich Ibre Anzeige in der FR. Deb stimme Ibnen völlig zu und werde Ibnen Montag 100,--DM überweisen.

Zu meiner Person:

vember 1944 in Göttingen, wo ich studierte. - In den Weibnacht: der West und Alantin (Sefton Delmer) abgebört. Wir unben lat-"Wegen Peigheit vorm Feind erschossen, der Wehrwolf". Joh habe 1985 ein Buch mitherausgegeben, in dem diese Dinge genehildert teln die Sender Beromünster, Radio London und den Goldnteumenwerden: "Rinteln 1945. Offiziere und Beamte retten oin Stadt". Von den Alt- und Weo-Nazis wurde dieses Buch heftig attackiert. der von diesen drei Sendern keinerlei Bestittiguog für die inin Oberschlesien geschäben schreckliche Winge. Das war im Nofreiwillig zur Wehrmacht gemeldet, erfror mir dank mangelnder ferien baben wir daraufhin im Elternbaus meiner Prau in Kinnicht da -, daß ihr Onkel, ein boher SS-Führen erzühlt habe, Unterschenkeln amputiert und zog mir aufgrund all dessen ein als Leiche aufgefunden wurde mit einem Schild um den Hala: formation bören können, so daß ich eret nach Erlegnende von Winterkleidung im Februa r 1942 beide Füße, wurde an beiden anerkannt wurde. - Von Auschwitz habe ich nur gerüchteweise Deutsche beschämenden Tatsache habe ich mie geaveifelt, ob ich in Rinteln erlebt batte, daß ein untsdellger Officier storbenen Mutter hat meiner Frau erzählt - ich war leider Ich bin Jg. 1922, war begeisterter Hitlerjunge, habe mich gebört. Eine Bekannte einer Freundin meiner bereits ver -Auschwitz authentirch erfuhr. An der Wahrhelt Aleser uns Herzleiden zu, das ebenfalls als Webrdienstbeschädigung

Ich war vom 1. Juni 1953 bis zum 30. Härz dieses Jahres Mit-glied der SPD. Ich bin seit 57 Jahren Kriegskrüppel. Ich bin im Vergleich zu anderen noch sehr gut wergekommen. Trotzdem wünsche ich Weinem meine Behinderungen. Der deutsche Terror-

Angriff auf Coventry hat den Durchhaltewillen der Engländer nicht geschwächt, sondern gestärkt. Die allijerten Terrorangriffe auf deutsche Ständte haben unseren Durchhaltewillen nicht geschwächt, sondern gestärkt. Aber Geschichtskenntnisse sind in derjenigenGeneration, die heute das Sagen hat, offen sichtlich pure Glückssache.

Des gilt in gewisser Weise auch für Auschwitz. Über Auschwit wird vergessen, daß es — entschuldigen Sie den Vergleich — "nur" der Punkte war, der noch nötig war, um den Holocaust einsufeiten. Der Antisemitismus im 19. Jhd., im "ilhelminischen Kaiserreich, in der Weimarer Republik aind viel zu wenig bekannt. Dasß Stahlhelm und Deutsc nationale Volkspartei ebenfalls den Arier-Paragraphen hatte, weiß kaum noch einer.Daß das deutsche sog. nationale Bürgertum (im damalig Sprachgebrauch) den Nazismus erst ermöglichten, wird verderingt. der weiß heute noch, daß es im Kabinett Adenauer ein SS-Nurmführer Oberländer gab?

Ich sehe angesichts der Hillitarisierung auch noch folgende Gefabr: Gegen die ethischen Sekundär-Werte wie Gehorsam, Tapferkeit, Mut usw. ist an sich nichts einzuwenden. Ich bin in ibnen erzogen worden. Man muß sich nur fragen: Wofür werden diese Tugenden eingesetzt? – Zwei Tugenden hat man meine Generation nicht beibegebracht: Kritisches Bewußtsein und Zivilcourage.

Die Verwendung des Terminus "Auschwitz" durch die Herren Placher und Scharping kann dazu führen, daß dahinter wieder zur "Tugend" Kadavergeborsam erzogen werden kann. Let wurde es sehr begrüßen, wenn Sie in einer nächsten Anzeige auf diese Tatsachen Oufwerksam machen könnten, Ich sehe bier eine große Gefahr, auch aufgrund meiner schmerzlichen Erkenntnis, daß ich, nicht zuletzt durch die Erziebung in Elternhaus, Schule und Kirche, meine Knochen für einen Verbrecher und ein Verbrechen hergegeben habe.

Hit freundlichen Grüssen

His Fork

Id white Ign title vall and fans. belon lot, with Fiely = d Soloping de Folischen Gemeinde Behad bid rehigt by fen die Nato-Aprife =-d i-stero-der Lait-3, 18-5.99 Id hase zelioid, days and de Usiridude Jezo die detode Region Jewant lut. defin, sich in the defenthion of descent in the some interest in some fine and Schoping in de Pandschuson Er de sedrig Aglisinge in Archite #5 ist Emedorified, dass die Binumen de Überlebenden der Strad und 18me 284 voi pin pas Tagen hase ist den 23. April Jelesen. Lise Her Gingeld, 79 Moster 3 The Will Bayends. 16

Amylionish so very Celis, the Besting of the ich, der die be Wilson Ariff von der Sories Che Wilson Ariff von der Sories Che Line ou des Sories John Tielen de des Sories Che Listen de des Sories Che Listen Charted friend Sories Collis La Solling Charted friend Charted friend Charted friend Charted friend Charted friens Charted friend Charted Charted friend Charted Charted friends Charted Charted friends Charted Charted friends Charted Charted Charted friends Charted Ch

Ç

22850 Morderstedt Birkenweg 14 Tel.: 040/5285318(priv.) 040/701017-26(Dust. den 27.04.99

> Nerrn Feter Gingold VVN-BGA Bundessprecher Reichsfortstraße 3

60528 Frankfurt/Main

Horra Ulrich Sender c/o VVN-Bák Getae 55 42107 Wuppertal

etr.: Thre Anzeige in "FRINKFURIER RUMBSCAM" v. 25.04.99 Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping, "Gegen eine neuc Art der Auschwitz-Lüge"

Schr geehrter Herr Gingold, Sehr geehrter Herr Sander, de mir in diesen Zeiten, die einst Heinrich Heine so trefflich auf den Seriff brachte ("Denk' ich am Deutschland in der Necht, so bin ich um den Schlaf gebracht..."), Froude über irgend etwas zu empfinden, wchrlich schwer fällt, zögere ich – offen gestanden – beim Suchen nach der angenessenen Wortwahl, wenn ich versuche, Innen gegenüber zum Ausdruck zu bringen, daß leh mich derüber noch eufbringen, einen solehen offenen hich nervulsnde den Aut er Libringen einen solehen offenen Brief – so, vie er klar und deutlich und ohne Schnörkel formullert ist – in einer überrenten nachen Tageszeitung zur Veröffenblichung und demit einen genom Kreuten er ben nötlich und eineschen zur Kenntnis zu bringen. Den nötlich matr, Ilmen genom über, eine große Hochschtung ab!

In nachgeradezu obzöner Art und Weise werden die Lennehen vinnell Vernittels medisler Herrschaft über ihre Köpfe mit den Aufleichen Counterpropsgande und psychologischen Kriegsführung Anfillufond indoktriniert, kolonislert und emotionalisiert, prinzippell Reinen beut enders als 1939, nur technisch und psychologisch mug von höherem subtilen Aiveau. Lich besuchte vor einigen Aufen Werbung von "Cuba si" ein sehr viel jüngerer Freund, als ich en blu, der nachdenklich zu mir sagte, jetzt verstünde er ctwes benart werung die überwältigende Menrheit der Deutschen – so sie nicht en bereite vor 1933 in Geiste nationasozialistisch, antisemitisch, antisculatisch and rassistisch konditioniert weren – zu mentisten Olngweuren geworden waren.

Kurzum..., Ihren offenen Brief unterzeichne ich biermit. Und zur Finanzierung desselben in Form der FR-inzeige werde ich Ihran mit gleicher Fost einen meinen finanziellen Verhöltnissen entsprechenden Betrag überweisen.

Gestatten Sic mir bitte allerdings meh, daß ich, zurückhultend

ausgedrückt, meine - wie soll ich segen - Irritation darliber zum Ausdruck bringe, daß Sie und die Erstunterzeichneten die Minister Fischer und Scherping in Inren offenen Brief mit "sehr geehrte" Herren Außenminister/"Verteidigungs"minister anreden und Inren offenen men Erief zum Schluß mit der Grußformel "Hochschungsvoll" schließen.

Engesichts cessen, worun es (Innen) geht, ist das m. E. keine zu vernachlässigende Renderscheinung. Ich unterstelle, daß Sie – gerade weil Sie doch die von Joschka Fischer in die Welt gesetzte neue Form der Auschmitzlige auf das schärfste inkriminieren – mit Sprache nicht mur ungehon können, sondern sich, mit Verlaub, auch des Sinngehalts von (deutscher) Spracke bewußt sind, Will sagen: Sind Sie Wirklich enr Auffassung, daß es nichtsdestotnetz angeschaft der Sie Wirklich der Auffassung, daß es nichtsdestotnetz angeschaft er beiden kunktionsträgen, Joschka Fischer und Rudolf Scharping, mit der Initiierung, Führung und Unterstützung dieses – in seinen politischen Zielen imperialistischen Ageressionskrieges seitens der NATO gegen den souveränen Jugoslawischen Attach met verhültnismäßig ist, diese erbärmlichen Gherrektermesken – zumal Effentlichteswitzen en mit "sehr geehrte" Herren anzureden und ihnen, auch wenn das logischerweise "nur" eine, die sog. Eöflichkeit (sngeblichi) gebietende Grußformel 1st, zum Schluß des offenen Briefes auch noch Hochachtung zu zollen?

Mag sein, daß cuch densitige Eresturen und Erlegstreiber, die im Elberstamentstischen Sinne gleiches mit gleichem vergelten (gemeint ist hier von mir die Unrechtspolitik serbischer Politiker und Militärs pauschel den Kösovo-Albenern gegenüber)) und die durch die ohne jeg-Nobl die Infrastructur-, die Eristenz- sowie die Lebensgrundlagen eines genzen Volkes in Schutt und Asche legen und die Menschen morden, verborenen und verstümmeln, nichtsdestutrotz einen Anspruch auf menschlichen Anstrad haben, wenn man vie Sie, wie wir und endere gezwungen 1st, mit ihnen irgenäwie umzugehen, sie anzureden, wenn Mensch an sie, z. B. in 70rm eines Offenen Briefes, appoliliert bzw. sie ins sie, z. B. in 70rm eines Offenen Briefes, appoliliert bzw. sie ins sie, z. B. in vorm eines Gefenen Briefes deutsche Frankentlachen Unrecht zu setzen versucht. Gemäß einer solchen logik our weischenmenschlichen Höflichkeit oder des diplometischen Frir nuch wegelessen helte (was sie bekanntermaßen ja nicht tat), genausoner meten effenen Briefes "hochwchtungsvoll" schlieswegen zum Schluß anner geleben offenen Briefes "hochwchtungsvoll" schlies-

Srgun Sie micht, des seiem unsteitbiefte Vergleiche. Vor den serbischen, vor den jugoslawischen Leichen, ellesant Opfer der deutschen Gemoligen IS- und heutigen MATO-Berberei, sind solche Folitiker- und Militärkrekturen zu recht alle gleich. Genz engenessen und einfach zu schreiben, "Herr Minisber...", und den offenen Brief mit "gez."... zu schließen, wäre m. E. nicht weniger, sondern mehr wirkungsvoller gewesen. Urrechtsbewüßtsein ob der Inhalte des offenen Briefes zu entwickeln, Scham ob ihrer komplizenhaften Verbrechen zu eupfinden, ist solchen Herren(wenschen) - zugegebenennaßen - allerdings fremd. Mein vernünftiger Mensch wird sich de anch nur eine Sckunde einer solchen lilusion fingeben.

Lit freundlichen Grißen

Borvin Walf (ancasaliges SPD-Mitglied der Worderstedter Stadtvertretung)

Marienwerder-Str. 29 c Tel. + Fax 640 51 08 22175 Hamburg Milan Zeljkovic

(040)

Ulrich Sander VPB-NAA 9/3 Gathe 55 42107 Wuppertal

Felefax: (0202) 45 06 29

Hamburg, 25.04.1999

Betr.: Stichwort "Brief an Minister"

Sehr geehrte Damen und Herren, mit Interesse habe ich von dem Inhall Ihrer obigen Anzeige in der FR vom 23.04.99 gelesen,

Ich bin Jugoslawe und lebe seit 30 Jahren in der BR Deutschland.

Daß man trotz jahrzehntelang anhaltender Beschwörungen ("Nie wieder Krieg von deutschem Boden") jetzt doch wieder umfällt und Krieg führt, ist für mich etwas Unfaßbares.

Das Institument der Propaganda machte es moglich

Wen interessiert die Frage: "Wer hat hier wen angegriffen?"

Wer fragt heute noch nach dem Anlaß?

sich jetzt ausschließlich auf das Szenario der Flüchtlinge, um die Meinung der Masse um dieses Efend zu Nachdem man den Bösewicht in Milosevic gefunden hatte, konzentriert die Presse im In- und Ausland

Das Instriiment der Propaganda nurchte es möglich

Was meinen Landsleuten passiert, ihr Elend ist für die Presse tabu (ausgenommen die FR).

Seit ich Ende 69 nach Deutschland kam hatte ich immer den Eindruck, daß in Deutschland viel Arbeit für die Völkerverständigung getan wird.

Aber jetzt ist es umgekehrt. Die meisten deutschen Pressestimmen schreiben unwahrscheinliche Dinge über das serbische Volk. Dinge, die überhaupt nicht stimmen. Aber das ist ihr Alibi, um diesen fürchterlichen Knieg, um die täglichen Bombardements, um diesen grausamen Angrilfskrieg führen zu können.

Wir müssen uns verteidigen. Doch haben wir keine Angriffskriege geführt. Der Weltpresse kann man entnehmen, daß Jugoslawien Krieg gegen 19 Nationen führt.

Was wäre in Wirklichkeit, wenn wir tatsächlich ein anderes Land angegriffen hätten?

splitterung Jugoslawiens. Dieser Plan wurde 1990 in Paris entworfen und von der damaligen Bundesregie-rung mitgetragen. Die Einmischung von außen war einkalkuliertes Risiko und der heute stattlindende Der Verfall Jugoslawiens begann 1990. Der Wegfall der innerdeutschen Grenze war der Anfang der Zer-Krieg vorprogrammiert.

Wir waren immer ein freies Valk. Wir wollen die Souveränität unseres Landes gewahrt wissen. Wir wollen keine Bevormundung und uns keinen Amerikanismus aufzwingen lassen.

In der Vergangenheit haben auch wir Zeiten der Unterdrückung (ca. 300 Jahre) kennengelernt. Wir wissen die Freiheit zu schätzen. Und alle diejenigen, die mit uns im Frieden leben mächten sind willkommen, jederzeit mit uns zu leben. Unser Land kann man nicht auffeilen nach Volksstämmen, weil wir so viele verschiedene Nationen haben. anderen Ländern ist eine solche geographische Trennung nach Volksgruppen auch nicht möglich. Beispie-Deshalb wäre as besser, wenn man diesen Plan der Teilung nach Volksgruppen nicht gemacht hätte. In le sind ausreichend bekannt

Wer Sachkennfnis hat und ehrlich ist, wird unserer Regierung zugestehen, daß der Weg des Demokratisierungsprozesses beschrilten wurde,

dem Kosovo ein Sonderstatus eingeräumt. Anstatt daß die Menschen die Mittel für den Bau von Straßen, gowina, wo der größte Teil der Bevölkening moslemisch war (ca. 40 % Bevölkerungsanteil). Die meisten von ihnen können weder lesen noch schreiben. So ist es nur verständlich, daß der Demokratierungspro-Kosovo war immer der ärmste Teil Juguslawiens. Aber durch Zugeständnisse und Subventionen wurde Fabriken und Schulen einsetzten, haben sie Moscheen gebaut. Ähnlich war die Lage in Bosnien Herzezeß entsprechend mühsam ist.

Aber leider ist er durch internationale Einmischung behanrlich und auf gemeine Weise untergraben worden. Pate gestanden haben der CIA und BND u.a.

Albaner eingesetzt hat. Auch das war eine fatale Entscheidung. Fatal besonders für die gemäßigten Kräfte Deutschland unterstützt wurden. Damit hat sie - die BR Deutschland - für viele Insider ein schlechtes Beiin unserem Land. Das wurde von uns so verstanden, daß revolutionäre Kräfte gegen uns mit Mitteln aus spiel abgegeben. Staff die Mittel - die Herr Kinkel den Albaners eingeräumt hat - für den Ausbau der In-Auffällig war, als damals Hr, Kinkel in der Funktion des Außenministers, sich für die Unterstützung der frastruktur zu verwenden, wurden Waffen gekauft und die UCK aufgerüstet. Wak Inschareneuen eine

"Sastura and sectors (sector sections betains page)

Hat sich die BR Deutschland mit dem Verrat an Jugoslawien, mit der Spaltung meines Landes den Anspruch auf die Führungsrolle in Europa erkauft?

Seit 1990, dem Beschluß von Paris, ist die Destabilisierung meines Landes kontinuierlich vorangetrieben worden. Wirtschaftlich und sozial total runiert, mitleiderregende Armut in der Bevölkerung. Boykottierung Niernand stand auf unserer Seite mit Ausnahme von Griechenland. Die Griechen waren immer loyal und unserer Produkte auf dem internationalen Markt, haben ihren Teil zum Verfall Jugoslawiens beigetragen verstehen unsere Probleme genau.

daß ich mich nach den deutschen Gesetzen richte, daß ich mich anpasse. Ich kann unser System nicht Deutschland ist nicht mein Heimalland, aber z. Zt. meine Wahlheimal. Erwarten kann man von mir, mit hierher bringen und versuchen, es hier durchzusetzen.

nen. Auch gegen mich genöhlete Aggression habe ich nicht mit Gewalt beantwortet. So verhalten sich die Darf ich betonen, daß die Anpassung an das Leben in Deutschland nicht leicht war. Es gab Konfrontatiomeisten meiner Landsteute. Deswegen glaube ich auch, daß wir - bis zum Ausbruch dieses Konfliktes international großen Ansehen hatten. Wir waren ein freies Land. Wir konnten überhall hin reisen.

Bis 1984 haben alle westlichen Länder Tito unterstützt. Nach seinem Tod hat sich dies geandert, Aus Sympathie wurde Antipathie.

Dann kam die Isolation

Dann die Schwächung durch Abbruch diplomatischer und wirtschaftlicher Kontakte,

Und nun das Inferno.

Nach 30 Tagen "Bombardements"") hat der Westen Mato immer noch Ambitionen sich in dem Aufgebot (*) Dieses so schreckliche Wort, das uns die Presse anscheinend mit einer Art von Hochgenuß fortwäh-Tallen Mordinishpanenske danst glantlaget am rend so kaltblütig vorgekaut, läßt erschaudem). an Knegspotential zu steigem. 3

19 Länder ausgenüstet bis an die Zähne mit High Tech und das gegen ein so kleines Land, Warum ? Warum ? (hierzu hätte ich geme eine Antwort).

Das Instrument der Propaganda machte es möglich.

82

Besonders propagandistische Äußerungen von den Herren Scharping, Fischer und Schröder reißen so liefe Wunden auf, die nicht reparabel sind. Solche Politiker müßlen wegen Volksverheizung vor Gericht Abgesehen von der wirtschaftlichen Zerstörung meines Landes, lehne ich mich vor allem gegen die gezielte Zerstörung des Ansehens meiner Landsleute auf. gestellit werden.

Die anderen, die Kroaten und Moslems sind willkommene Verhandlungspartner. Wir aber, die Serben sind die Bösen. Das mußte zur Folge haben, daß wir als Volk zusammenstehen. Und in dieser Zeit der Kondie Bösen. Das mußte Nicht nur die Serben, sondem auch andere Volksstämme in Jugoslawien waren Kommunisten. rontation stehen wir gemeinsam für unseren Präsidenten Milosevic.

Hinsichtlich der Problematik auf dem Balkan hat sich der Westen verschätzt.

Aufgrund der Ausführungen - wie oben - verstehen Sie, daß es nicht leicht ist, heute noch in Deutschland zu leben.

Während meines gesamten Aufenthaltes war ich immer berufstälig und habe immer zwischen 40 bis 50 % Krieg, der meine Familie, meine Mutter, meine Geschwister und Angehörigen lebensgefährlich bedroht. meines Gehaltes versteuem müssen, um u.a. eine Politik zu finanzieren, die nun auf die wirtschaftliche, Eine Regierung, die einen Krieg führt, der 5-Jahrzehnte Aufbauarbeit in Europa zunichte macht, einen kulturelle und moralische Vernichtung meines Landes abzielt. Das tut mir sehr weh.

Gem würde ich Ihren Friedensappell mit unterzeichnen

Mit freundlichen Grüßen

Zagkova Milon

Stadtrat, Ortsvorsitzender der SPD, aktiv tätig in violen Vereinen, Fritz Zerle, Kurlandstraße 6e, 89415 Lauingen

Reichsforststr. 3 Peter Gingold

60528 Frenkfurt am Main

Sehr geehder Herr Gingold, und die anderen Verfasser, Unterzeichner

zu Ihrem Brief an Verteidigungsminister Scharping und Außenminister Fischer.

dieser Generation angehören, anhören, daß wir Deutsche keine Rechte mehr haben, da wir Schärtste, Aber wer von alen Völkern auf der Erde ist reinen Gewissens, frage ich sie? Sie israelische Staat behandelt die Palästinenser auch nicht wie Freunde. Und was fun sie uns and schreiben gelemt haben, dauernd und ständig von ihnen, die sie wahrscheinlich auch das nuram Rande. GELD; GELD und nochmals GELD das ist Devise vieler Nachkommen lch als Angehöriger der Nachkriegsgeneration, geboren 1951, müssen uhs, seit wir lesen ehem. Bundeskanzler Schmid auf schändlichste beleidigt. Wir zahlen und zahlten an den immer noch erhoben, zum Vergleich, mein Vater (Kriegstellnehmer) durfte gerade mei 60 einbezahlten Beiträgen an Versicherungen auch keinen Schadenersatz bekommen, aber Forderungen an Firmen, Versicherungen und Banken werden nach über 54 (!!) Jahren von den jüdischen Institutionen lid, an nichts anderes erinnert werden, als das wir (ich) Schuld und nochmal Schuld hätten. Ich veruiteile das, was damals geschehen ist aufs an, die wir das Glück hatten, einen überlebenden Vater zu haben? Sie haben unseren können die genze Geschichte durchgehen, immer Krieg und Mora und Unrecht. Der israelischen Staat und deren Angebörigen Milliarden und aber Miliarden(i). Neueste Jahre lebsa. Meine Großeltern väterlicher und müttedicherseits haben von ihren (welche Nachkommen, weim alte in den Vernichtungstagem des Hitler-Regimes ungekommen sind, frage ich mich?);

Vorgonen der Serbon, standrechlliches Erschießen der Zivilbevölkerung, Vergewaltigen der ch möchte nar eines, daß nicht das deutsche Volk (das schon lange nicht mehr so deutsch Staaten sind dabel) und daß wir nicht läglich an die 12 Jahre erinnert werden. Für meine Das wir es n'e vergessen machen duten, ist unsere Pflicht. Nur nervt es mich ungemein, Kampagnen, alleine die Schuld an diesem von keinem gewoliten Krieg trägt (alle NATO-Kinder und Enkel ist das soweit weg wie für mich Napoleon und der Dreißigjähnge Krieg. Frauer u.v.a.m. ist nichts anderes ist oder für Sie etwa schon? Natürlich nicht in diesem ist, ich meine des in Bezug auf muttiluretell und feblender Indentität, auch Dank inren wenn unsere Generation keine Vergleiche mit dem Hotocaus! zieben dart, weil das Ausmaß, des weiß ich zuch.

Wir wollen de mahr Krag, aber wir wellen auch nie mehr Diktatoren auf der Wett, die andera Volkar unterdrücken und das ist doch auch in Ihrem Sinne.

Wit freundlichem Gruß

auf ein Gutes und Nettes Zusammenleben

-ritz Zerie

Eichendorffstr. 23 Gunter Hansel 41464 Neuss 17. Mai 1999

Sehr geehrter Herr Zerle, als einer der Mitunterzeichner der Anzeige gegen die "neue Auschwitz-Lüge" erlaube ich mir, auf einige Punkte Ihres Briefes einzugehen.

Unterzeichner sind emigziert, haben sich versteckt oder - wie Frau Bejerano öder Herr Goldstein - haben Auschwitz überlebt. Das Auf alle Punkte einzugeben, fällt mir schwer, da einige Ihrer Auslassungen für mich doch sehr unappetitlich sind. So z. B. die Zumal Sie sich auch noch die spaßige Frage erlauben, weshalb wir denn noch leben: Meine Familie ist in Auschwitz ermordet worden, Unterstellung, den Nachkommen ginge es hur um "GELD; GELD und nochmals GELD". Ich bin Jahrgang 1931 und kenne die Geschichte wom raffgierigen Juden zur zu gut, und wenn ich das heute bei Ihnen lese, ist das nicht weniger ekelhaft als es damals war. ich war ein Kind und bir durch Zufall übriggeblieben; andere mussen Sie eben verschmerzen.

Su ein paar Punkten:

Niemald hat je beliatpiet, geschrieben oder gesagt, "daß wir Deutsche Keine Rechie mehr haben". Ich kenne eine solche Außerung oder Einlassung nicht.

einmalige am deutschen Mord ist seine Industrialisierung und die Tatsache, daß den Ermordeten - insbesondere den Juden und Slawen - das Menschseit aberkannt worden ist, sie als Untermenschen und Rutten dargestellt wurden, was inre Tötung rechtfertigen sollte. Ein solches Verbrechen mit einer solchen ideologischen Untermanerung 15: ellisig in der Geschichte und auf der Welt. Oberall ist general: worden, schreiben Sie. Das stimmt. Das

leisten sollen – was ist daran falsch, außer daß es sehr spat und für Tausende zu spät kernt? Wenn die Sklavenarbeiter – KZ-Haftlinge, Kriegsgefangene, verschleppte Zwangsarbeiter – in deutschen Unternehmen – von Daimler bis VW, von Slemens bis zur Jahren zusammengekommen an vorenthaltenem Lonn und nichtgezahlten Bank heute - of Jahre math Kriegsbeginn - Schadensersatz fur die Und schließlich: Wenn I. S. die Dresdner Bank oder die Deutsche kleinsten Bude irgendwo - umsonst und oft bis zum Tode arbeiten multer und diese Unternehmen aus dieser Sklavenarbeit große Gewinne gezogen haben - was meinen Sie, wieviel ist nach 60 gestohlenem Eigentum oder der Sklavenarbeit gezogen haben, vermarkteten Goldzahne, den Gewinn, den die Banken aus Socialabdaben einschilefilch Zins und Zinseszins?

auch noch wir, die Bevölkerng, die Steuerzahler geleistet haben All das bat mit staatlichen Zahlungen an den Staat Israel - die Uberhaupt nichts zu tun.

7

56-90-

wie Sie, der von alleine nicht solche Überlegungen anstellt, nicht überzeuge: werde – zumal Sie aus einer Denkweise schreiben, Ich bim sicher, daß ich einen SPD-Stadtrat und Ortsvorsitzenden die mir absolut fremd 1st, die ich allerdings bei einem Sozialdemokraten auch noch nicht entdeckt habe.

Nehmen Sie's als ein paar Gedanken von mir. Und lassen wir es dahei.

Hochachtungsvoli

Günter Hansel:

83